

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnentspreis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgrößte Annoncen-
 zeile ober deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Socialismus in Großbritannien.

London, 2. April.

Während der Osterfeiertage halten die beiden sozialistischen Organisationen Großbritanniens ihre Jahreskongresse ab: die Socialdemokratische Föderation (S. D. F.) in Burnley, die Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei = I. L. P.) in Cardiff. Die S. D. F. ist über zwanzig Jahre alt, die I. L. P. dreizehn Jahre. Schon in ihren Namen prägt sich der Charakter dieser Organisationen aus. Die S. D. F. legt das Hauptgewicht auf das Endziel und steht theoretisch auf dem Boden des Marxismus. Die I. L. P. will vor allem die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien loslösen und eine parlamentarische Arbeiterpartei gründen, die immer und überall die Arbeiterinteressen vertreten soll. Sie kümmert sich weniger um Theorie, sie appelliert mehr an das Gefühl der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit und ruft auf diese Weise an das Geistesleben an, das sie bei den Arbeitern, meistens Anhängern demokratischer Religionsfeste, vorfindet. Die S. D. F. ist abstrakter, gelehrter und deshalb revolutionärer; die I. L. P. ist praktischer, sich mehr an die gegebenen Verhältnisse haltend, und deshalb zu Kompromissen mit verwandten Organisationen geneigt. Außer diesen beiden sozialistischen Organisationen giebt es noch eine dritte: die seit 1884 bestehende Fabian Society (F. S.), die auf die Gründung einer besonderen Partei verzichtet, vielmehr ihre Aufgabe darin sieht, jede gesetzliche Maßnahme zu fördern, die ihrer Ansicht nach in der Richtung zum Socialismus liegt. Sie bemüht sich, sowohl die Bedeutung sozialpolitischer Gesetze durch Vorträge und Berichte dem Volke verständlich zu machen, wie an der Durchführung derselben teilzunehmen, indem die Fabier sich in die verschiedenen lokalen Körperschaften wählen lassen. Die F. S. ist eine sozialpolitische Schule, die sozusagen die Technik, die Praxis des Socialismus lehrt. Die Haltung der S. D. F. und I. L. P. gegenüber der F. S. ergibt sich nach dem Gefagten von selbst. Die S. D. F. sieht ihr fern, die I. L. P. sieht ihr sehr nahe. Dasselbe gilt von dem Labour Representation Committee (Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung = L. R. C.), das vor vier Jahren gegründet wurde und bereits eine Million Trades-Unionisten zählt, die eine Arbeiterpartei gründen wollen, um die Arbeiterinteressen im allgemeinen zu vertreten und besonders das alte Gewerkschaftsrecht, das durch verschiedene Richterurteile in den letzten Jahren zerstört wurde, wieder herzustellen. Die S. D. F. sieht dem L. R. C. fern, da dieses den Socialismus ablehnt, die I. L. P. geht mit dem L. R. C. zusammen, da dieses die Arbeiterinteressen durch Arbeitervertreter fördern will.

Die sozialistische Organisationen enthalten eine rege Propaganda; ihre Führer, Redner und Schriftsteller sind mit großem Eifer tätig; was Menschen leisten können, um den Sieg an ihre Sache zu heften, wird von Hyndman, Durlé, Keir Hardie und den andern sozialistischen Führern geleistet, und doch giebt es in Großbritannien, dem politisch und industriell am meisten entwickelten Lande, keine nennenswerte sozialistische Arbeiterbewegung! Es ist, als ob die ganze sozialistische Denk- und Ausdrucksweise, die auf dem europäischen Festlande vorherrscht, für England gar keine Bedeutung hätte. Der britische Arbeiter lehnt den Namen Proletariat als etwas Beschämendes ab; er fühlt sich nicht als Mitglied einer Klasse, sondern als das einer Nation; der Klassenkampf erscheint ihm ebenso brutal wie der Bürgerkrieg; er will nichts negieren, — mit einem Worte: er versteht nicht die marxistische Sprache der kontinentalen Socialisten. Die Jahreskongresse der S. D. F. und I. L. P. interessieren ihn ebensowenig oder ebensowenig wie die Zusammenkünfte der Kampfgegner, Tierkämpfer oder Vegetarier.

Wie ist dieses Problem zu erklären? Welche Ursachen machen England zu einer Ausnahme in der internationalen sozialistischen Bewegung?

Die Ursachen sind sowohl sachlich wie persönlich. Sie sind sowohl in den politischen und wirtschaftlichen Zuständen, wie in der Geistesverfassung des zeitgenössischen Englands zu finden.

Die objektiven Ursachen sind die Demokratie und der Reichtum Englands; die subjektiven Ursachen sind der Mangel an theoretischem Sinn im allgemeinen und der niedrige Bildungsgrad der Arbeiter im Vergleich zu der bewundernswerten geistigen Verfeinerung der Bourgeoisie.

Die Demokratie, die Teilnahme breiter Volksmassen an der Gesetzgebung und an der centralen und lokalen Verwaltung des Staates, setzt eine gewisse wirtschaftliche Gleichheit und eine gewisse Uebereinstimmung in den sozialen Grundgedanken bei den Volksgenossen voraus. In einer komplizierten und zerklüfteten Gesellschaft ist die Demokratie nicht möglich. Ständen zum Beispiel die sozialen Grundgedanken der beiden großen Parteien Englands in einem Gegensatz zu einander, so wäre ihre Abwägung in der Regierung unmöglich; ein großer Teil des Volkes, der sich in der Opposition befände, würde gegen dessen Willen registriert werden, was eben undemokratisch ist. Wo wir aber in einer zerklüfteten Gesellschaft die Demokratie entstehen sehen, da ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die untere und bislang unterdrückte Klasse im Aufsteigen begriffen ist. Dieser Aufstieg ist von einem Klassenkampf begleitet, bei dem es sich in erster Linie um die Erlangung politischer Macht handelt. Die schärfere oder mildere Keufierung des Klassenkampfes hängt von dem wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsgrade der Gesellschaft ab. In einem rückständigen Lande, wo die Aristokratie noch nicht überwunden und der Nationalreichtum nicht groß ist, nimmt der Klassenkampf eine Schärfe an, die allen Beteiligten zum Bewußtsein kommt; die Klassenkampflehre bedarf da keiner besonderen logischen Demonstration; sie wird in nicht mißzuverstehender Weise von den Staatsanwälten und der Polizei bewiesen. Anders in einer freiheitlichen Gesellschaft,

wo das Prinzip der Volkssouveränität und des gesellschaftlichen Fortschritts anerkannt ist. Hier handelt es sich den Herrschenden nicht mehr um die vollständige Zurückdrängung der emporkommenden Klasse und ihrer Ideen, sondern um die Verlangsamung ihres Vormarsches; die herrschende Klasse stellt sich nicht mehr die Aufgabe, die Volksmassen niederzuhalten, sondern ihren Aufstieg im Interesse der bestehenden Ordnung zu regulieren. In einer rückständigen Gesellschaft sind Polizei und Gewalt die Repressionsmittel, die die sociale Klust nur erweitern; in einer freiheitlichen Gesellschaft das Kompromiß und das Bestreben, sich durch gegenseitige Konzessionen zu nähern, die Klust auszufüllen und die geistige Uebereinstimmung wieder herzustellen, ohne die eine Demokratie nicht möglich ist.

Allein die demokratische Arbeitsmethode: das Kompromiß ist nicht ohne Nachteile für das zeitgenössische geistige Leben. Das Bestreben, eine Uebereinstimmung in den sozialökonomischen Ansichten zu erzielen, führt zu einer Verwischung der scharfen Begriffsdefinitionen, der ökonomisch-politischen Wissenschaft. Sie verliert an Generalisationen, an der klaren Herausarbeitung der Theorie, an dem Gesamtbild auf die Gesellschaft und beschränkt sich auf einzelne Parteien, analog der praktischen Arbeit der Demokratie, die sich mit der Reform einzelner Uebel beschäftigt. Auch diese geistige Disposition der Demokratie ist dem Marxismus, bei dem die scharf ausgeprägte Definition und die umfassende Generalisation vorherrschen, nicht günstig.

Kann schon der revolutionäre Socialismus in der politischen und geistigen Atmosphäre Englands nicht gut gedeihen, so verliert er noch an Wirkungsfähigkeit infolge des phänomenalen englischen Nationalreichtums, der es den herrschenden Klassen ermöglicht, die organisierten Arbeiter, die tüchtigsten und kampffähigsten Elemente des Proletariats einigermassen zu befriedigen. Nach Angaben Mr. Dowley auf dem Kongresse der Britischen Association, Southport 1903, beläuft sich gegenwärtig das Nationaleinkommen des Vereinigten Königreichs auf etwa 1000 Millionen Pfund Sterling. Da das Vereinigte Königreich ungefähr acht Millionen Familien zählt, so entfällt auf die Familie ein Einkommen von 90 Mk. die Woche. Der Uebergang Englands von Wohlhabenheit zu Reichtum scheint sich erst in den letzten 40 Jahren vollzogen zu haben, wie folgende Zahlen beweisen mögen. Im Jahre 1801 betrug der Profit von Häusern rund 62 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1901 185 Millionen; im Jahre 1881 (frühere Daten sind nicht vorhanden) beliefen sich die Profite von ausländischen Anlagen und Papieren auf rund 31 Millionen, im Jahre 1901 63 Millionen; im Jahre 1861 beliefen sich die Einlagen in Sparkassen auf rund 42 Millionen; im Jahre 1903 107 Millionen; Einlagen in Unterstützungsvereinen (Friendly Societies) im Jahre 1871 8 Millionen, im Jahre 1901 43 Millionen; Gesamt-Außenhandel im Jahre 1861 377 Millionen, im Jahre 1902 677 Millionen Pfund Sterling; Zonnage britischer Schiffe, die in Häfen des Vereinigten Königreichs einlaufen und löschen: im Jahre 1861 15 Millionen, im Jahre 1902 65 Millionen (Condition of Trade and People, Parliamentary Return, 12. August 1903). In dieser Periode der nationalen Bereicherung nahmen die Trades-Unions ihren Aufschwung und zwangen den Unternehmern bessere Bedingungen für die Arbeiter ab. Diese Vorteile kamen selbstredend in erster Linie den organisierten Arbeitern zu gute. Diese Periode sah gleichzeitig den Uebergang Englands vom Liberalismus zur Demokratie. Die Lage der Trades-Unionisten wurde nach den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine viel bessere als vorher. Ihre Wünsche wurden in der Gesetzgebung aus den Jahren 1871—70 verwirklicht. Politisch befreit durch die Demokratie, materiell geschützt durch die Trades-Union, frei von Militärpflicht, leicht besteuert und mit billigen Nahrungsmitteln versehen, sind die organisierten Arbeiter Englands nun schwer einer Agitation zugänglich, die ihnen vom Klassenstaat, von der Verslavung und Verelendung des Proletariats erzählt. Margens „Kapital“ war in den sechziger Jahren, als der Umschwung Englands vom individualistisch-liberalen Kapitalismus zu Demokratie und Großkapitalismus sich vollzog, bereits fertig und illustrierte eine Periode, die für die britischen Trades-Unionisten zur Vergangenheit gehört.

Die Wirkung dieses Umschwungs auf das Geistesleben der britischen Arbeiterklasse war merkwürdigerweise keine gute. Die Trades-Unionisten trennten sich von den Millionen Arbeitern, die an und unter der Armutslinie leben und außerhalb der Trades-Unions stehen, und bildeten eine Aristokratie der Arbeit, die wie jede Aristokratie konterwärtig und exklusiv ist. Die Beschränkung auf den täglichen Kampf um verhältnismäßig geringfügige Vorteile verengte ihren geistigen Gesichtskreis. Alle Beobachter des Trades-Unionismus sind darin einig, daß das geistige Interesse der organisierten Arbeiter ganz minimal ist. Nur etwa zehn Prozent derselben kaufen Bücher und Zeitungen. Die meisten lesen überhaupt nichts. Von allen Arbeitern der europäischen Kulturländer sind die englischen die einzigen, die keine eigne politische Presse haben. Ihre Vertreter im Unterhause sind denn auch den parlamentarischen Gladiatoren der Bourgeoisie nicht gewachsen. Sie werden von der geistigen Ueberlegenheit der bürgerlichen Vertreter einfach erdrückt.

Aus allen diesen Gründen ist England kein günstiger Boden für den revolutionären Socialismus. Dagegen sind die meisten Trades-Unionisten gute Demokraten und für eine sozialpolitische Gesetzgebung eingenommen. Die entstehende Arbeiterpartei, wie sie sich im „Labour Representation Committee“ antündigt, wird offenbar eine solche Demokratie sein.

Die Aufgabe der Socialisten Englands dürfte demnach darin bestehen, die Vorhut dieser Arbeiterpartei zu werden, denn die Existenz einer sozialistischen Partei nach kontinental-europäischem Muster scheint in England unmöglich. Das beweist am besten die

24jährige Existenz der S. D. F., die zwar sehr vieles für die Verbreitung und Popularisierung des sozialistischen Gedankens getan hat, aber es zu keiner sozialrevolutionären Bewegung bringen konnte.

Diese Einsicht bricht sich auch in der S. D. F. Bahn. In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel in der „Justice“ vom 2. April, überschrieben „Die 24. Jahreskonferenz der S. D. F.“, sagt Genosse Hyndman: „... Die S. D. F. muß zweifellos mit der Zeit fortschreiten. Die Methoden und Wege, die sich nützlich und unvermeidlich zu einer Zeit erwiesen, als wir noch eine kleine, verfolgte Sekte von Fanatikern bildeten, sind jetzt nicht mehr am Plage, da die ganze Gesellschaft gezwungen wurde, vom Socialismus und von den Socialisten Notiz zu nehmen. Um für die Arbeiter nützliche Resultate zu erzielen, müssen wir, wie die Erfahrung zeigt, auch mit denjenigen zusammenarbeiten, die mit uns nicht ganz übereinstimmen. Durch eine solche zeitweilige Zusammenarbeit mit Leuten, die für dieselben Maßnahmen wie wir streben, brauchen wir kein Jota von unsren Grundsätzen zu opfern. ... Jeden unsrer Ansichten sich von der Stufe einer Sekte zu der einer Partei entwickeln, sind Takt und richtiges Urteil ebenso wichtig wie Enthusiasmus und Disziplin. ... Unser Kongreß wird ein Erfolg sein, wenn er erkennt, daß organisierte Demokratie die fähige Verwaltung zum Nutzen der Gemeinschaft bedeutet.“

Mit diesen Ansichten wird es der S. D. F. nicht schwer fallen, sich mit der I. L. P. zu vereinigen und eine sozialistische Vorhut zu bilden, die der entstehenden Arbeiterpartei als Wegweiser dienen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. April.

Raubbau im Ruhrkohlen-Revier.

Die durch die Stilllegung von Zechen im Ruhrrevier hervorgerufene Erbitterung zieht immer weitere Kreise, stehen doch Zehntausende von Arbeitern und viele Tausende sonstige Eingesehene im südlichen Ruhrbezirk vor dem Ruin, wenn nicht dem Beginn der großen Synchitischen Einhalt geschieht! Durch die Stilllegung von „Steingatt“ und „Marianna“ sind schon über 2000 Arbeiter von ihrer alten Erwerbsstätte vertrieben. In den bedrohten Revieren waren 1903 über 20 000 Arbeiter beschäftigt; viele haben Haus und Hof — gerade im südlichen Ruhrrevier giebt es die meisten Eigentümer unter den Vergleuten. Ihr sauer erworbenes Eigentum steht auf dem Spiele. Der Kapitalismus jagt die Leute von Haus und Hof! Ohne den dort seit vielen Jahrzehnten betriebenen Bergbau sind die Städte und Dörfer nicht erhaltbar! Bauern, Handwerker, Geschäftslenten, überhaupt allen erwerbsfähigen Eintönnern droht der wirtschaftliche Ruin! Die Gemeinden haben, veranlaßt durch den Industrie, bedeutende Anlagen gemacht, haben große Anleihen aufgenommen, deren Verzinsung und Abzahlung ausgeschlossen ist, wenn die Gruben stillgelegt oder auch nur wesentlich eingeschränkt werden. Denn die Vergleute und ihre Familien müssen auswandern, nur ein geringer Teil wird bleiben können. Die Masse zieht nach dem Norden, gründet dort neue Siedlungen, industrialisiert die bisher landwirtschaftlichen Gegenden des „Münsterlandes“! Neu Erwerbszweige können in den verlassenen Bezirken nicht auskommen, schon weil es an tausenden Menschen fehlt. Der Landwirtschaft aber haben die Gruben die besten Bodenstücke entzogen; viel Boden ist unfruchtbar geworden, weil das Wasser abzog.

Treffend schildert die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ die durch die Profitgier hervorgerufene Raubbaupolitik der großen Zechen, die sie ebenso wie unser letzter „Wirtschaftlicher Wochenbericht“ auf den neuen Modus der Anteilsquoten-Festsetzung des Kohlenhandels zurückführt. „Mit den früheren immerhin anständigen Ueberflüssen pro Tonne“, schreibt sie, „sind die durch die Mesen dividende der Hochkonjunktur vertriehten Unternehmer nicht mehr zufrieden. Als 1900 die Aktien-Gesellschaft Arenberg 75 Proz. Dividende verteilte, sogar da klagte ein Aktionär über die „hohen Arbeiterlöhne!“ 5, 6, 7 Proz. Dividende sind „zu armfelig“, wenn keine 10 bis 75 Proz. herauskommen, reden die Herren von „schlechten Geschäften“. So hohe Dividenden können freilich die südlichen Gruben nur ausnahmsweise oder gar nicht einbringen, während die großen Schächte im Norden mit Ueberflüssen von 2—4 Mk. pro Tonne abschließen. Das hat die Unternehmer „begehrlich“ gemacht, sie wollen möglichst alle Beteiligungsziffern auf die hochrentablen Schächte übertragen und deshalb kaufen sie zwecks Stilllegung die mindertwertigen Zechen auf! Mont Genis kaufte Commerzbanks Tiefbau, richtiger gesagt: die 175 000 Tonnen Beteiligungsziffer dieser Ruhrzeche. Da Mont Genis pro Tonne 2,88 Mk. Ueberflus hatte, so wird die Gesellschaft, wie ein Gewerke von Commerzbank berechnet, schon in drei Jahren die Kaufsumme herausgewirtschaftet haben! Und dann kann mit Vollbampf gefördert werden die viel höhere Beteiligungsziffer, der Mißesser ist beilegt. Das ist des Pudels Kern, alles Abstreifen ist nutzlos.“

Leider sind die großen Vergewerks-Gesellschaften schon zu übermächtig geworden, als daß auf anderem Wege als dem des Staats-einspruchs und der Verstaatlichung der Gruben dem von den niedrigsten Profitinstücken geleiteten Treiben Einhalt geschehen könnte. Mit Recht warnt die „Bergarbeiter-Zeitung“ vor einem Streik. „In dieser kritischen Zeit“, schreibt sie, „tritt an die Vergleute besonders das Gebot heran, keine unabsehbaren Schritte zu unternehmen, die schließlich sogar gewünscht werden könnten von denen, gegen die sich der Arbeiterzorn wendet. Könnte den Unternehmern denn ein größerer Gesallen erwiesen werden als mit einem Streik der Arbeiter? Ein Ausstand im südlichen Ruhrgebiet würde eventuell zur sofortigen Stilllegung der betreffenden Zechen führen, und die Unternehmer hätten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: 1. die erst später geplante Stilllegung „unrentabler“ Zechen könnte sofort erfolgen.

2. Die Unternehmer würden dann die streikenden Arbeiter für die Stilllegung verantwortlich machen und durch die feile Presse den Zorn der geschädigten Bürger geschickt auf die Vergleiche ablenken! So würde es kommen und die Arbeiter wären in doppelter Hinsicht die Leidtragenden, die Unternehmer lachten sich ins Häuschen."

Zufällig käme den Zeichenbesitzern zur Zeit ein Streik recht gelegen. Nachdem die Organisation des Kohlen Syndikats und des Kohlencomptoirs vollendet ist und das Syndikat endlich die lang-ersehnte Macht erlangt hat, dem westdeutschen Kohlenmarkt seine Befehle zu diktieren, fühlen sie sich als wohlgerüstet. Die zahlreichen feiblen Provolationen, die sich in letzter Zeit verschiedene Zeichen ihren Arbeitern gegenüber geleistet haben, beweisen das zur Genüge.

Liberaler Monarchismus.

Unsere Nationalliberalen sind bekanntlich „monarchisch bis auf die Knochen“. Namentlich wenn es gilt, gegen die Socialdemokratie scharf zu machen, feiert ihr Byzantinismus wahre Orgien. Daß man gelegentlich mit einer Revision der monarchischen Anschauungen gedroht, sucht man durch einen Schwall hyperbolischer Medensarten vergessen zu machen. Aber zuweilen äußert sich der Monarchismus doch noch in recht eigentümlichen Formen. So hat der Umstand, daß Baden für die Aufhebung des § 2 des Jesuiten-Gesetzes gestimmt hat, die badischen Liberalen derart verbroffen, daß man folgenden Artikel in die „Leipziger Neueste Nachrichten“ lanciert hat:

„Die Großherzogin hat von jeher einen außerordentlichen Einfluß auf ihren Gemahl gehabt. . . . Nachdem es den kirchlich Gesinnten bei Hofe, denen die Großherzogin von jeher als Kristallisationspunkt ihrer Bestrebungen erschienen ist, gelungen war, den „herrschgewaltigen“ Minister Jolly, wie ihn Wader in abgedrehter Tendenz nach oben noch heute citiert, im Sommer 1876 zu stürzen, da geriet die Leitung der Staatsgeschäfte wieder vollständig in die Hände des Großherzogs und der aufstrebende Hof machte drei Kreuze hinter dem abgehenden Minister. Aus den letzten Jahren seiner Amtszeit existiert eine prächtige Anekdote, welche den dramatischen Ausgang der Aera Jolly, des badischen Bismarcks, trefflich illustriert. „Regieren Sie oder ich?“ Zu dieser erregten Frage soll es zwischen dem Großherzog und seinem Staatsminister gekommen sein und das pikante an der Sache ist, daß nur wenige Augenblicke wußten, wer von beiden der Fragesteller war, der Großherzog oder der Minister. Jollys Epigonen, so liberal, aber in steter und zunehmender Abschattung sie noch „ministrieren“ durften, haben sich nur durch ihre jeweilige größere oder geringere Fügsamkeit gegenüber dem Großherzog und vor allem gegenüber den unablässigen politischen Wünschen seiner Gemahlin im Sattel zu halten vermocht. Allzu tiefes Niedergelassenheit vor dem Hofe und beim Wiederankommen alsdann Anstoß bei den hinter ihm stehenden Liberalen, parlamentarisch unhaltbare Situationen, deren Herbeiführung der Centrumsführer Wader meisterhaft verstand, waren die Folgen. Jeder den Vorgänger ablösende Minister erhielt mit den wachsenden Centrumsstimmen auch verstärkte Versöhnungsaufträge, und mit dem Abbruch der liberalen Reformgesetze, der Merikalisation des Schulwesens, Einnichtung der katholischen Orden wurde begonnen. Die Schulbehörden erfreuten sich alsbald der liebevollsten Aufmerksamkeit der für ihre katolischen Landeslinder so sehr besorgten Landesmutter, und bald sah man den Großherzog gemeinsam mit seiner erlauchten Gemahlin den Frauenklöster Besuch abhalten, was natürlich von den Merikalen mit Entzücken aufgenommen und weiblich ausgenutzt wurde. Der katholische Adel erfreut sich längst der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Großherzogin, die bei der Auswahl ihrer Hofdamen, den ständigen und den stellvertretenden, stets die Parteilichkeit geschildert herauslehrt, katholische Abtisse aber mit Vorliebe und vorzugsweise in ihrem Dienst bezug in ihrer Umgebung behält. Wie sie früher Preußens Sache gefördert hat, als es galt, den Weg zur nationalen Einheit zu beschreiten, wie sie Bismarck und Jolly bekämpfte mit dem „Feuerkopf“ ihrer Mutter, von dem nach Bismarcks Ueberlieferung der alte Kaiser so manches zu erzählen wußte, so hat sie auch mit ruheloser Geschäftigkeit und geplagt von dem roten Gespenst, wie ihr Gemahl seit Jahren dem Emporkommen des Merikalismus bewußt oder unbewußt vorgearbeitet, wo immer es ging, und wo es die Sache des Ultramontanismus zu fördern galt. So ist sie auch jetzt wieder im Interesse der preussischen Wünsche thätig gewesen, als es darauf ankam, dem Grafen Wilow mit Ach und Krach zu seiner geringen Majorität zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrate zu verhelfen, und Graf v. Wertheim, der badische Gesandte in Berlin, ein altes Faktotum der Großherzogin, hat das Seinige dabei redlich gethan. Daß diese politische Wirksamkeit der badischen Landesmutter nur dort Weisfall findet, wo eine politische Partei Vorteil davon zieht, ist sehr begreiflich, so begreiflich wie der latente Verdruß auf unserer Seite und die dadurch erzeugte Spannung.“

Wir erkennen uns zerknirscht — bemerkt dazu die „Vollstimme“ — als geschlagen auf dem Gebiete der „Untergrabung des monarchischen Empfindens“ im Volke angeht dieser liberalen Leistung, die mit dem Begriff des „Gottesgnadentums“ in einer Weise umgeht, wie wir es der socialistischen Presse schon mit Rücksicht auf gewisse monarchiefeindliche Paragrafen des Strafgesetzbuches unter keinen Umständen empfehlen möchten.

Uebrigens wendet sich der Artikel an eine ganz falsche Adresse. Wenn heute in Baden Merikale Stidluft weht, so sind daran zunächst die Nationalliberalen schuld. Aus Furcht vor dem roten Gespenst sind sie im Kampf wider den Merikalismus bis auf den heutigen Tag vor jedem entscheidenden Schritt zurückgewichen. Ihr Gerede vom „kommenden Sturm“ nimmt kein Mensch ernst. Wer fürchtet sich heutzutage noch vor einem „Sturm“ der Nationalliberalen!

Deutsches Reich.

Kopps Rückzug. Der Fürstbischof Kopp hat nunmehr auch den zweiten Klage-Antrag gegen den „Gornossagal“, besonders gegen den Redakteur Kowalczuk und Genossen bei dem Weiskener Landgerichte zurückgezogen. Der Kardinal empfiehlt den Geistlichen, auch ihrerseits die an diesen Klage-Antrag angeschlossenen Anträge zurückzunehmen.

Inzwischen fährt die katholische Presse fort, durch „Erklärungen“ der Geistlichen die fatalen Zeugenaussagen zu verwirren. Früher hätte man wohl die Zeugen verbrannt, das kann sich der heutige Merikalismus nicht mehr leisten, und so „begnügt“ er sich damit, die Gläubigen des Meineids zu beschuldigen. Natürlich widmet sich die „Gornossaga“ diesem Geschäft am eifrigsten; dagegen findet sie kein Wort für ihre Mitteilungen aus der „Schwarzen Garnison“, die das Berliner Leo-Hospiz so erbärmlich schilderten.

Ein Gesekentwurf zur Bekämpfung der Rechts ist dem Reichstage zugegangen.

Ein Erlass gegen Soldatenmissethungen ist kürzlich vom Generalcommando des dritten bayerischen Armee-corps an die Truppenteile dieses Corps hinausgegeben worden. Der Erlass verlangt zunächst, daß den Ueberschreitungen der Dienstpflicht entgegengetreten werde, zu denen die Untergebenen durch Unachtsamkeit, Unordentlichkeit, schlechte Gewohnheit und bösen Willen den Anlaß geben. „Sämtliche Vorgesetzten, insbesondere aber die Compagnie- u. Chef müssen dahin wirken, daß rohe Ausdrücke, die

sehr häufig ohne weitere Ueberlegung und ohne schlimme Absicht, mehr gewohnheitsmäßig gebraucht werden, aber trotzdem geeignet sind, die Untergebenen zu beleidigen, verschwinden.“

Der zweite Teil des Erlasses wendet sich gegen „fortgesetzte Quälereien Untergebenen und planmäßige Misshandlungen“. Diese Ausschreitungen sollen nicht nur bekämpft, sondern auch ausgerottet werden und das sei auch möglich bis auf seltene und kurzlebige Ausnahmen. Die bloße Androhung strengster Ahndung sei da allerdings nicht genügend, vorbeugend helfe nur unermüdete Aufsicht, die Einrichtung einer häufigen, unvernünftigen und gründlichen Kontrolle. Was das Beschwerderecht betrifft, so sei es Pflicht der Vorgesetzten, „mit allen Mitteln zu verhüten, daß ein Beschwerdeführer, selbst wenn eine Beschwerde sich nicht als voll begründet erweisen sollte, wegen Einlegung derselben im Verhältnis zu seinen Kameraden zurückgesetzt oder irgendwie geschädigt werde. Hierauf sind ganz besonders seine Vorgesetzten aufmerksam zu machen, gegen welche eine Beschwerde gerichtet war.“

Endlich wird den Vorgesetzten Geduld in der Behandlung der wegen öfterer und längerer Krankheit im Dienst zurückgebliebenen Mannschaften zur besondern Pflicht gemacht. „Drohung von Nachsetzen in der Ausbildung oder ein Heruntersetzen des Mannes in den Augen der Kameraden darf niemals erfolgen.“

Der Autor dieses Erlasses ist der General Heinrich v. Thlander. Leider ist er nicht in der Lage, auch die Ausführung seines Corpsbefehls zu überwachen. Wenige Tage nach der Hinausgabe des Erlasses ist er nämlich wegen andauernder Krankheit in Pension gegangen!

Ein Erpressungsversuch gegen den Abgeordneten Kaplan Dabach hatte den Kellner Lambert Pohl aus Bielich bei Bonn vor die Köhler Straßammer gebracht. Die Verhandlung fand unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt und dauerte vier Stunden. Der Kellner war zur Zeit in Berlin anwesend. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, hatte der Kellner an Herrn Dabach geschrieben, er sei Mitwisser eines über diesen umgehenden Gerichtes bezüglich des § 175 des Strafgesetzbuchs; er werde schweigen, wenn Dabach 100 M. an ihn einleibe.

Die Gerichte wurden von dem Bericht nicht als erwiesen angesehen. In einem zweiten Falle wurde der Gegenstand des Erpressungsversuchs im Urteil nicht genannt. Der neunjährige Angeklagte ist schon zweimal wegen Erpressung verurteilt. Es wurden ihm vier Monate auf die Vorhaft angerechnet. Wegen der bekundeten ehelichen Befähigung erlangte das Gericht auch auf fünf Jahre Ehrverlust. Kürzlich wurde in Berlin ein Hotel polizeilich ausgenommen, in dem der durch den § 175 verbotene Verkehr gepflegt wurde. Herr Dabach wohnte in diesem Hotel, ohne dessen Charakter zu kennen. Er verließ es natürlich sofort. Darauf scheint sich jener Erpressungsversuch zu gründen!

Ultramontane Dividendenjäger. Die von einer Genossenschaftsbankerei in Berlin verteilten Dividenden haben der ultramontanen Presse schon wiederholt Anlaß gegeben, sich über „socialdemokratische Dividendenjäger“ zu entristen. Daß die biedereren Centrumsorgane aber gar keine Ursache haben, sich in solcher Weise über die „socialdemokratischen“ Genossenschaften zu entristen, beweist ein Vortrag, der sich kürzlich in München abspielte. Dort besteht ein Konsumverein, der von bürgerlichen Elementen geleitet wird. Dieser hat nach dem Vorschlag der Verwaltung für das abgelaufene Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende bezahlt. In der Generalversammlung wurde von der Opposition vorgeschlagen, nur 7 Prozent zur Verteilung zu bringen und diese erzielte Ersparung zur Gehaltsaufbesserung für das Personal zu verwenden. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und zwar unter Mitwirkung der anwesenden heilsüchtigen Arbeiter, unter denen sich auch der Hauptführer der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Bayern befand. Von dieser Dividendenjägererei auf Kosten der Angestellten erzählen natürlich die Centrumsblätter nichts.

Aus einem Herero-Brief.

nämlich dem Brief eines nach Britisch-Südwestafrika ausgewanderten Herero, den die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht, verdient folgende Stelle vermerkt zu werden:

„Ich teile Dir mit, das Land der Engländer ist wahrscheinlich ein gutes Land, da sind keine Misshandlungen; Weiber und Schwarzer stehen auf gleicher Stufe, und wenn er Dich schlägt, (unfehlbar) allenthalben, wo Du willst. Und da ist viel Arbeit und viel Geld, und wenn auch Dein Vorgesetzter da ist, so schlägt er Dich nicht, aber wenn er Dich schlägt, und hat das Gesetz übertreten, so wird er auch bestraft.“

Deutsch-Südwestafrika scheint der Herero nicht für ein „gutes Land“ zu halten!

Der Gewöhnemann der „Täglichen Rundschau“ fügt dem Briefe denn auch hinzu:

„Der Brief ist charakteristisch, und ich glaube, daß es für die Öffentlichkeit belehrend wäre, von ihm Kenntnis zu erhalten. Wir haben wohl manchen Weihen im Schutzgebiet, der nicht in der Lage wäre, einen solchen Brief zu schreiben. Die Forderung des Deutschen Kolonialbundes, daß jeder Weiße als ein „höheres Wesen“ betrachtet werden solle, ist daher in Südwestafrika, wo Weiße aller Stände und jeden Charakters einzuwandern, schwer durchführbar. Haben wir doch manchen Boeren, welcher kaum lesen und schreiben kann. Charakteristisch ist auch der Passus über das „gute Land“ der Engländer. Etwa 700 Eingeborene aus unserm Schutzgebiete befinden sich zur Zeit in Johannesburg, und diese werden alle die gleichen Vergleiche zwischen unsrer und der englischen Eingeborenenpolitik anstellen und die entsprechenden Schlüsse hieraus mit hierher zurückbringen.“

Von der „Wahlfälschung“ freigesprochen. Ein Maurergehilfe aus Herbsleben hatte sich vor dem Landgericht in Gotha wegen Wahlfälschung zu verantworten. Er sollte bei der letzten Reichstagswahl zweimal gewählt haben. Der Angeklagte wählte bei der Hauptwahl in Herbsleben, weil er dort seinen ständigen Wohnsitz hatte. In Erfurt arbeitete er und wohnte auch dort. Unwichtiglich teilte er Sonntags bei seiner Familie. Er war auch in Erfurt aufgefördert worden, zu wählen. Bei der Stichwahl sei dies wieder geschehen, und dann habe er der Aufforderung Folge gegeben. Der Staatsanwalt beantragte vierzehn Tage Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten aber frei, weil es sich von der Schuld nicht überzeugen konnte. — Im Falle des Dr. Herzfeld dachten die Berliner Richter anders, und auch die Erfurter Richter waren in einem ähnlichen Falle anderer Ansicht.

Aus dem ober-schlesischen Arbeiter-Dorado.

In Oberschlesien erscheint ein von dem Unternehmertum ausgehendes Organ, der „Arbeiterfreund“, der es seit dem 1. April 1900 wöchentlich zweimal unternimmt, den Arbeitern ihr glückseliges Los in den rosigsten Farben zu schildern und das bekannte „warne Herz“ der ober-schlesischen Industriemagnaten in den rührendsten Tönen anzupreisen. So hieß es in der Nummer 70 des vorigen Jahrgangs:

„Bei uns besteht auch in schlechten Zeiten die Haupt-sorge der Industriellen darin, wie sie ihre Arbeiter, wenn möglich ohne jede Einbuße im Verdienst, über diese Zeiten hinwegbringen. In Amerika ist in den meisten Fällen der Gewinn der Unternehmer die Hauptsache, der Arbeiter Neben-sache; der letztere muß gehen, wenn seine Ver-baltung keinen Gewinn mehr bringt. Bei uns arbeitet die Industrie lieber ohne Gewinn, vielfach sogar mit Verlust, ehe sie ein Werk still legt und auch nur einen Arbeiter mehr als unbedingt notwendig entläßt. Es ist dies ein Unter-

schied, auf den unsre Industrie stolz sein kann und der im hohen Grade geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit unsrer Arbeiter zu erhöhen.“

Um dieser für Arbeiter wie Arbeitgeber gleich genutzreichen Lektüre eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen, hat der Verlag des „Arbeiterfreund“ folgendes Circular verfaßt, das der Breslauer „Vollwacht“ von ungefähr auf den Redaktionstisch geflogen ist:

Arbeiter-Zeitschrift Kattowitz, 20. Februar 1901.
„Der Oberschlesische Arbeiterfreund“,
Oberleitung.
J.-Nr. A. 603.
Vertraulich!

Die Verwaltungen der ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerke.

Der unter der Oberleitung des mitunterzeichneten Dr. Voss herausgegebene „Oberschlesische Arbeiterfreund“, welcher seit dem 1. April 1900 zweimal wöchentlich zur Ausgabe gelangt, hat sich im verflossenen Jahre eines ganz besonders regen Inter-esses über darauf abnommierten Verwaltungen sowie der Ar-beiter (?) derselben zu erfreuen gehabt. Die erhebliche Zahl von 15 429 abonnierten Exemplaren (wozu noch 500 Frei-Exemplare für die Lazarette treten), welche für das laufende Jahr zu ver-zeichnen ist (gegenüber 12 274 im ersten Jahr des zweimaligen Erscheinens und 3563 im ersten Jahr der diesseitigen Heraus-gabe eines Arbeiterblattes), beweist am deutlichsten, daß das Blatt in weiten Kreisen (!) für nützlich und zweckentsprechend gehalten wird.

Dieser große Anstieg, welchen das Blatt immer mehr findet, hat die mit der Herausgabe desselben betraute Kommission veranlaßt, der Frage näher zu treten, ob man nicht dem zweifellos vorhandenen Verbedürfnis unsrer Arbeiterbevölkerung durch noch öfteres Erscheinen des Blattes noch mehr als bis jetzt entgegenkommen solle. Sie ging hierbei von der Ansicht aus, daß angesichts des sich immer mehr steigenden Angebotes an polnische Zeitungsblätter wohl kaum etwas Zweckmäßigeres und für unsre Arbeiterbevölkerung Nützlicheres er-scheinen werden könne, als ein möglichst oft erscheinendes deutsches Arbeiterblatt. (!) Da unser „Arbeiterfreund“ in der Gesamtzeit seines jetzt vierzehnjährigen Bestehens bewiesen hat, daß er ohne jede Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei-richtung lediglich eine deutsch-nationale, sowie antigrößspolnische und antisocialdemokratische Tendenz verfolgt, ist es zweifellos ein Blatt, welches von allen Verwaltungen ohne Ausnahme, welcher politischen Partei deren Leiter auch angehören, zur Verteilung an ihre Arbeiter gehalten werden kann und auch gehalten werden sollte. Auch zeigt unsre Abonnementliste, daß dies auch bisher schon in erfreulicher Weise der Fall war.

Das Circular hofft, daß infolge dieser Anregung der Abonnenten-stand sich verdoppeln werde.

Run behauptet noch jemand, daß das ober-schlesische Unternehmertum nicht bemüht sei, zur Hebung der Bildung seiner Arbeiter das mögliche beizutragen! Die humanen Unternehmer arbeiten nicht nur aus Rücksicht auf ihre Arbeiter mit Verlust, sie bringen auch darüber hinaus noch finanzielle Opfer, um ihre Arbeiter mit „nüt-zlicher“ Lektüre zu versorgen! —

Togobahn und Baumwollkultur. Die Togobahn, für die der Gesekentwurf der Regierung die Reichsgarantie für eine Anleihe von 8 Millionen Mark fordert, wird mit dem Hinweis auf die Fort-schritte der Baumwollkultur in Togo begründet. Zu dieser Begründung wird der „Breslauer Zeitung“ geantwortet:

„Noch ein besonderer Trick wird jetzt versucht, um vom Reiche Gelder für Afrika zu erlangen. Die Baumwollpreise sind außer-ordentlich gestiegen. . . . Natürlich muß dies anregen, den Baumwoll-anbau zu steigern. In Britisch-Indien ist die Erntefläche z. B. für 1903/04 um 1 Million Acres oder 6 Proz. gegen das Vorjahr erhöht worden und nur die Bitterungsverhältnisse haben eine entsprechende Erhöhung des Ertrages verhindert. So haben sich denn auch in England, Frankreich und Belgien Komitees gebildet und Gelder auf-gebracht, um neue Baumwoll-Anpflanzungen zu fördern. In Deutsch-land hat sich das Kolonialwirtschaftliche Komitee des Kolonialvereins, eine Gesellschaft für Projektentwerfer in den Kolonien auf Kosten des Reiches, des Ademas bemächtigt und glaubt die Baumwoll-frage als Handhabe benutzen zu können, um neue Eisen-bahnen in Afrika auf Reichskosten durchzuführen. In erster Linie die Bahn Dar-es-Salaam-Mogoro und die oben erwähnte Togobahn.“

Wie schon wäre es doch, so wird in den Eingaben an den Reichstag, welche das Komitee dieserhalb veranlaßt hat, auszuführen ge-wünscht, wenn die deutsche Baumwollindustrie mit Baumwolle aus den deutschen Schutzgebieten versorgt werden könnte und von den Preissteigerungen der Amerikaner verschont bliebe. Run, die deutsche Baumwollindustrie wird ihre Rohstoffe in jedem Fall nach wie vor dort kaufen, wo sie am besten und billigsten zu haben sind. Die Frage, unter der sich der Anbau vollzieht, spielt dabei gar keine Rolle. Und die Baumwollproduzenten in den Schutz-gebieten — wenn erst solche einmal vorhanden sind — werden ihre Produkte nach Maßgabe der Preise auf dem Weltmarkt verkaufen und auch deutschen In-dustriellen nichts davon scheuten.

Die Frage ist daher einfach, ob in den Schutzgebieten eine Konkurrenzfähige Baumwolle produziert werden kann. . . . Die Nachsorge für Baumwollindustrie in Neulingen hat bei der Verarbeitung von 500 Pfund Togo-Baumwolle herausgefunden, daß ein wesentlicher Mangel in der Naufigkeit der Faser liegt. Das tropische Klima dürfte hieran, so heißt es in dem erstatteten Gutachten, wohl in erster Reihe schuldtragend sein, vielleicht auch der Feuchtigkeitgehalt der Atmosphäre. . . .

Bisher haben sich alle Rentabilitätsberechnungen für Afrika-bahnen als durchaus trügerisch erwiesen. Wie jetzt die Togobahn als Baumwollbahn, so sollte sich die Usambarabahn als Kaffeebahn glänzend rentieren. Sie deckt aber nicht die Betriebskosten. Ebenso wurde seiner Zeit für die Eisenbahn Swalopmund-Windhoek eine Mädchen-Neigung auf-gemacht. Auch sind die Zeiten, in denen das Reich schon Schwierig-keiten findet, die für das Ausland erforderlichen Anleihen dauernd unterzubringen, für Kolonialanleihen weniger als je geeignet. —

Ausland.

Dänemark.

Theaterzensur zum Schutz der russischen Despotie. Das „Voll-stheater“ in Kopenhagen hatte ein Schauspiel in 3 Akten „Gina“ von Dr. C. Norman-Hansen zur Aufführung an-genommen. Die Aufführung wurde jedoch vom Censor verboten, weil in dem Drama Vorgänge geschildert werden, die mit dem Kampf der Finnen gegen die verbrecherische russische Tyrannei und gegen die Vaterlandsverräter im eigenen Lager in Zusammenhang stehen. — „Social-Demokraten“ in litterarischen Kreisen hochgeschätzter Litteraturkritiker C. E. Jensen schreibt über das kürzlich im Guldemorrisen-Verlag erschienene Werk u. a.: „Es ist nicht so sehr darauf angelegt, die einzelnen Personen zu schildern, sondern Finn-lands Nationalgefühl in einem starken poetischen Wille zusammen-zufassen. Und Poesie ist in diesem kleinen Drama, das aus einer leidenschaftlichen Wahrheitsliebe und Gerechtigkeitsdrang entspringen ist. Kein Wunder, daß die Behörden im dänischen Klein-rußland — sich veranlaßt fühlten, die Aufführung zu ver-bieten.“ —

Rußland.

Russisch-Polen. Warschau, 20. März. (Fig. Ver.) Wir be-rüchteten seiner Zeit, daß die „allerunterstehende“ Aktion der hiesigen Aristokratie und Großbourgeoisie aus Anlaß des Krieges sich zu dem Anerbieten des Erz-bischofs an den Generalgouverneur ver-dichtet hat, eine spezielle Warschauer geistlich-ärztliche Expedition nach dem Kriegsschauplatz zu entsenden. Diese „patriotische“ Stiftung ist von der Regierung gnädig acceptiert worden und der

Erzählung als das Haupt und der Repräsentant der Lokalfürsorge hat auch ein Komitee aus bekannten polnischen Stützen des Patriotismus, wie der Fürst Tschetwertowski, Graf Kronenberg, Fürst Radziwill, Herr Gorski, der Großindustrielle Schlenker und andere, zur Sammlung von Beiträgen für die besagte Expedition gebildet. Ein in der feigsten Sprache geschriebener Aufruf des Erbprinzen wurde in den Warschauer Blättern veröffentlicht. Nun aber ertönte ein störender Nichtton in dieser zarenfreundlichen Harmonie: vorgestern, am Sonntag, in der Nacht, sind allen Herren des erwähnten Komitees in ihren Brunnhäusern die Fenster eingeworfen worden! Die Täter sind nicht ergriffen. In aristokratischen und bürgerlichen Kreisen herrscht infolge dieses Vorfalles mit dem Pfasterstein große Verwirrung, worauf sie sich erfahrungsgemäß nur noch mehr dem Absolutismus in die Arme werfen werden, um bei ihm Schutz gegen den Terrorismus der Straße zu suchen. Jedenfalls war dies profanierische Fensterfluren wenigstens ein Lebenszeichen seitens der schwachen kleinstädtischen Oppositionselemente, die keiner ernstlichen politischen Aktion fähig sind und die jedoch angesichts des Krieges selbst den Bankrott ihrer nationalistischen Bestrebungen in offiziellen Flugblättern verkündet haben. —

Ein Erlaß des Ministers Plehwe.

Dem „Berliner Tageblatt“ geht folgender Geheimerlaß Plehwe's zu:
Ministerium des Innern. Vertraulich.
Abteilung für Polizeiwesen. Vermittelst Rundschreiben.
Sache Nr. 6.
Den 6. März 1904.
Nr. 723.

An die Herren Gouverneure, Stadthaupter und Polizeimeister.
Die zu verschiedenen Zeiten vom Ministerium des Innern angeordneten Maßnahmen, um die sich zu Unrecht außerhalb des Anstaltstrahons niederlassenden Juden aus den neuen Niederlassungsgebieten wieder zu entfernen, haben eine Reihe von mehr oder minder strengen Verordnungen zur Folge gehabt, welche alle den Zweck hatten, die betreffenden Juden zurück nach dem Anstaltstrahon zu befördern.

Aus den anlässlich dessen von Seiten der gemahregelten Juden im Ministerium eingelaufenen sehr zahlreichen Beschwerden sowie aus den auf diese Beschwerden hin von Seiten der örtlichen Verwaltungsbehörden erteilten Auskünften ist zu ersehen, daß die von den Gouverneuren und den ihnen unterstellten Organen behufs Aufrechterhaltung der das Wohnrecht der Juden beschränkenden Bestimmungen getroffenen Maßnahmen manchmal von schweren Folgen für die Betroffenen begleitet sind.

Indessen läßt sich nicht verkennen, daß die Gründe, welche manche Juden dazu veranlassen, an ihnen verbotenen Plätzen zu wohnen, nicht selten in dem mangelhaften Zustand unsrer Geseßgebung in Bezug auf die Juden zu suchen sind. Die in den höheren Verwaltungskreisen anerkannten Mängel haben diese bereits veranlaßt, an die Vorarbeiten zu einer Revision der die jüdische Bevölkerung des Reiches betreffenden Geseße zu schreiten. Die Unklarheit der betreffenden Geseße, welche selbst innerhalb der höchsten Instanzen die widersprechendsten Auslegungen erfahren haben, hatten zur unabweislichen Folge, daß die Einseitigkeit wie die Ausführung der auf Grund dieser Geseße von den oberen, namentlich aber von den unteren lokalen Behörden getroffenen Vorkehrungen in überaus ungünstiger Weise beeinflußt wurden.

Unter solchen Umständen wäre es nicht ganz gerechtfertigt, wollte man alle schweren Folgen einer ungesetzlichen Niederlassung von Juden außerhalb der ihnen zum Wohnsitz angewiesenen Gebiete ausschließlich die Juden allein tragen lassen. Es wäre das namentlich in heutiger Zeit ungerechtfertigt, da durch die kriegerischen Ereignisse im fernem Osten mit den durch sie bedingten Mobilisierungen in einigen Militärbezirken und der Einberufung der Reservisten, unter welchen sich ebenfals Angehörige der ausgewiesenen jüdischen Familien befinden können, die schweren Folgen der Ausweisungen von den Betroffenen doppelt schwer empfunden werden müssen.

Aus diesen Gründen, sowie aus dem Bestreben heraus, alles zu vermeiden, was den normalen Gang im Innern des Reiches stören und in manchen Fällen die Unzufriedenheit der Bevölkerung hervorrufen könnte, halte ich es für notwendig, einstweilen und bis zur Wiederherstellung des Friedens alle diejenigen Juden, welche nach Ansicht der lokalen Behörden sich in ihrem gegenwärtigen Wohnorte zu Unrecht niedergelassen haben, in Ruhe zu lassen, falls diese Niederlassung ursprünglich berechtigt und erst nachträglich ihre rechtliche Grundlage verloren hat, oder wenn die betreffenden schon seit längerer Zeit an ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsorte wohnen und daselbst Familie und Besitz haben. Ein Exzellenz möge von obigen Kenntnis nehmen und danach ihre Maßnahmen treffen. Ich füge hinzu, daß als unbedingte Voraussetzung für die Anwendung der vorstehenden Verordnung die Ueberzeugung der lokalen Behörden gelten muß, daß der zum Wohnen außerhalb des für ihn bestimmten Gebietes zugelassene Jude die öffentliche Ruhe nicht gefährdet und durch seine Anwesenheit nicht die Unzufriedenheit der Bevölkerung, in deren Mitte er wohnt, erregen wird.

Der Minister für die inneren Angelegenheiten.

gez. Plehwe, Staatssekretär.

Es bleibt abzuwarten, ob man nach Beendigung des Krieges wieder rigorosere vorgehen oder ob man dann wirklich mit der Revision der die Juden betreffenden Bestimmungen ernst machen wird. —

Der Vormarsch der Japaner.

Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Seoul vom 1. d. M. gemeldet: Die erste japanische Armee, bestehend aus der kaiserlichen Garde, der 2. und der 12. Division, die in Andschu konzentriert ist, rückt jetzt auf drei Straßen nach Widschu vor. In Haidschu und Tschinamtu werden Lebensmittel gelandet und von dort in Dschunten nach Andschu befördert. Ebenso sind Pferde, deren jede Division 5200 hat, gelandet worden; sie sind in schlechter Verfassung und da jedes Pferd geführt werden muß, muß eine gleiche Anzahl Mannschaften von dem jetzigen Effektivbestande in Abrechnung gebracht werden. Die Truppen leiden viel an erkorenen Füßen. — Die Russen überschätzen die Stärke der japanischen Streitkräfte im Norden von Korea und ziehen sich deshalb zurück, ohne die natürlichen Vorteile des Landes auszunutzen.

Die Japaner befestigen Jusan und die Insel Abdsche, um Masampho zu verteidigen und die Straße von Korea beherrschen zu können. —

Folgendes Telegramm des Generals Kuropatkin an den Kaiser vom Dienstag wird amtlich veröffentlicht: Der Generalmajor Kaschalski meldet unter dem 4. April: Am Jalu ist alles ruhig. Gegenüber Turmitschen auf der Insel Matusco hatten Freiwillige ein Geplänkel mit Vorposten der bei Widschu stehenden Japaner. Auf unserer Seite kein Verlust, Japaner hatten 6 Tote; die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Die Depots in der russischen Ansiedlung Hön-ampho sind geplündert und verbrannt worden. In Hön-ampho stand eine kleine Abteilung 300 Mann japanischer Infanterie gegenüber.

Die japanische Mobilisierung.

Dem „N. Z.“ wird vom 3. April aus Tokio gemeldet: Es sieht nunmehr außer jedem Zweifel, daß Japan bis zur Stunde nur den kleineren Teil seines Heeres mobil gemacht hat, und zwar im ganzen sechs Divisionen von den vorhandenen dreizehn aktiven Divisionen. Es sind mobil:

1. Armee: General Kuropatkin 2. Division, 12. Division.

2. Armee: General Oku 1. Division, 8. Division, 4. Division.

Die ganze 1. Armee ist bis auf den letzten Mann seit dem 26. März in Korea. Das Gros ihrer Kräfte hat Andschu erreicht. Die 2. Armee ist in Ujina und Osaka zur See verladen, zur Zeit unterwegs angeblich nach der Liautung-Küste. Es stehen noch auf Friedensfuß immobil in ihren bisherigen Garnisonen auf Japan die 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11. Division.

Aus diesen sollen noch eine dritte und vierte Armee gebildet werden. Die eine dieser beiden Armeen soll noch der zweiten Armee demnächst nachgeführt werden, die vierte bis zur letzten Stunde im Lande zurückgehalten die Hauptreserve bilden, die man erst im gegebenen Moment zum entscheidenden Schlage loslassen will, und mit der man womöglich den Russen in den Rücken bringen will, wenn sie die Operation gegen die drei anderen japanischen Armeen aufgenommen haben.

Die russische Finanznot.

Petersburg, 6. April. Der „Regierungsboten“ veröffentlicht Mitteilungen über infolge des Krieges beschlossene Einschränkungen einiger Staatsausgaben. Denselben ist zu entnehmen, daß es für zweckdienlich befunden wurde, vorläufig für Kriegszwecke den freien Vorbestand der Staatsrenten zu verwenden, ohne zu anderen Quellen Zuflucht zu nehmen, außerdem aber durch Streichungen im Budget 1904, besonders der Zivilressorts, die Mittel der Staatsrenten zu vergrößern. Eine besondere Konferenz unter Vorsitz des Grafen Soloki hat Vorschläge ausgearbeitet, welche nach der Begutachtung durch die Minister vom Reichsrat geprüft und am 19. März vom Kaiser bestätigt worden sind. Das leitende Prinzip bei den vorgenommenen Streichungen war, dieselben nur für neue Maßnahmen, welche zur Verbesserung schon bestehender geplant waren, zuzulassen, ohne den gewöhnlichen Gang des Staatslebens zu stören und die Rechte irgend jemand's hinsichtlich der Verpflichtungen der Staatskasse zu verletzen. Die Gesamtsumme der vorgenommenen Streichungen beträgt 134 377 106 Rubel; davon entfallen auf in den Vorjahren eröffnete Kredite über 18 Millionen Rubel. Der Rest von 115 498 306 Rubel entfällt auf das Budget von 1904. Am bedeutendsten gekürzt sind die Ausgaben für Bahnbauten, nämlich um 54 Millionen, für Verbesserung bestehender Bahnen, sowie für einige Arbeiten in den Kriegshäfen Wladiwostok, Port Arthur usw. Im allgemeinen wurde das Budget für 1904 um 5,3 Proz. gekürzt. Die gewöhnlichen Ausgaben wurden um 60 Millionen Rubel gegen den Budgetvoranschlag herabgesetzt, also um 3 Proz.; dabei überwiegen sie auch nach den vorgenommenen Streichungen die gleichen Posten des Budgets für 1903 noch um 26 Millionen Rubel. Nach dem Prozentverhältnis wurden die meisten Ersparnisse durch Streichungen bei den außerordentlichen Ausgaben erzielt, nämlich 26 Proz.; sie belaufen sich auf 55 Millionen Rubel.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen der oberen Rheinprovinz (Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier) hielten Ostern in Wülheim a. Rh. ihren Bezirks-Parteitag ab. Es waren 30 Delegierte aus 17 Reichstags-Wahlkreisen erschienen; sechs Kreise waren untervertreten. Zum Punkte Organisation wurde folgender Beschluß gefaßt: „In allen Kreisen ist die Bildung einer straffen Centralorganisation zu erstreben. Es sind Kreisvereine zu gründen, deren Vorstand sämtliche Parteigeschäfte des Kreises leitet. Die örtlichen Vertrauensleute sind Unterlassierer des Vereins. Nur wo die Gründung solcher Vereine nicht möglich ist, darf das Vertrauensmänner-System weiterbestehen.“ Ferner wurde das Agitationskomitee beauftragt, zeitig vor dem nächstjährigen Parteitag ein Organisationsstatut für den Bezirk der oberen Rheinprovinz zu entwerfen, zur Besprechung in der Presse zu veröffentlichen und dem Parteitag zu unterbreiten. Weiter wurde beschlossen, daß das Agitationskomitee zum nächsten Parteitag den Entwurf eines allgemeinen Kommunalprogramms für die obere Rheinprovinz ausarbeiten möge. Die Einnahme des Komitees belief sich auf 7587 M., die Ausgabe auf 7552 M. Die Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung“ hat eine Auflage von 500 und erforderte einen Zuschuß von 450 M., d. i. 278 M. weniger als im Jahre vorher. Der Parteitag hatte einen ausgezeichneten Verlauf und ließ in der schwarzen oberen Rheinprovinz überall einen Fortschritt erkennen.

Partei-Presse. In die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen wird an Stelle des zum Parteisekretär in Frankfurt a. M. gewählten Genossen Dittmann der Genosse Paul Bröder aus Hamburg eintreten.

Ueber die sozialistische Partei Portugals enthält die letzte Nummer des „Avenir Social“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen: Am 10. Januar 1875, so heißt es dort, versammelte sich die „Vereinigung des 18. März“, die zu jener Zeit den Mittelpunkt der Arbeiterbewegung von Lissabon bildete, und schritt zur Gründung der sozialistischen Partei Portugals. Das Programm, ausgearbeitet von Gucco, wurde von der Kommission angenommen und der erste Kongreß der portugiesischen Sozialisten, der im Jahre 1877 in Lissabon stattfand, stimmte demselben zu. Der zweite Kongreß fand im Jahre darauf in Porto statt und im Jahre 1879 tagte wiederum ein solcher in Lissabon. Mit der Organisation der Partei ging es sehr langsam von statten; in den ersten Jahren gab es heftige Kämpfe mit der republikanischen Partei, welche in der Arbeiterklasse noch große Anhängerzahl hatte. In den späteren Jahren wurden die Schwierigkeiten fast noch größer, indem sich fortgesetzt neue Gruppen bildeten, die als „Junge“ die „Alten“ unter Gucco bekämpften. Immer neue destruktive Elemente, namentlich auch anarchistische Gruppen, traten auf und zersplitterten und entkräfteten die sozialistische Partei wie die Arbeiterbewegung überhaupt. Dieser Zustand hat so ziemlich das ganze letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts gedauert. Die sozialistische Partei Portugals, so heißt es zum Schluß, besteht jetzt 29 Jahre und sie hat noch Berge von Hindernissen und Schwierigkeiten zu überwinden; sie hat eine große Aufklärungsarbeit zu leisten, der portugiesischen Arbeiterschaft Willenskraft einzuflohen und sie zur Disziplin und Solidarität zu erziehen, alles Eigenschaften, die dem portugiesischen Volke vollkommen mangeln. Es gilt, die Gefirne eines Volkes zu revolutionieren, welches durch das Elend und die Priesterherrschaft vergangener Jahrhunderte des Denkens entwöhnt ist. Diese Kulturarbeit muß und wird die sozialistische Partei in Portugal leisten.

Pollzelliges, Gerichtliches usw.

Den Ausdruck „Häuslicher Brotwucher“ hatte die sozialdemokratische „Nordwest“ in Vant mit Bezug auf den Reichstags-Abgeordneten und Präsidenten des Herrenhauses Fürsten zu Jans- und Anspausen gebraucht. Der Redakteur des Blattes wurde vom Landgericht in Oldenburg zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der mitangeklagte Verleger wurde freigesprochen. Auch dem Kaiser wird das Wort vom Brotwucher in den Mund gelegt.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Aus dem Solinger Ärzteverein ist der Augenarzt Sanitätsrat Dr. Rheindorf senior in Reuß abgetreten. Er begründet diesen Schritt, der mit dem Kampfe der Solinger Ärzte gegen die Ortsklasse zusammenhängt, in einer kleinen Flugchrift, worin er ein interessantes Interim als Beweis für ärztliche Kampfmethoden veröffentlicht. In Solingen war das wichtigste Mittel, die Kasse unterzukriegen und das Einschreiten der Behörde zu erzwingen, die künstliche Erzeugung eines Notstandes der augenärztlichen Hilfeleistung. Nachdem am 1. Januar d. J. die Mitglieder des Solinger Ärztevereins ihre Tätigkeit für die Kasse eingestellt hatten, weil diese die freie

Arztwahl nicht bewilligte, erlangte die Kasse zwar sechs praktische Ärzte, jedoch gelang es ihr nicht, einen Augenspezialisten anzustellen. Die Solinger Augenärzte gehören dem Ärzteverein an und lehnten die Behandlung der Kassenmitglieder ab.

Die Aufsichtsbehörde begann ihr Einschreiten mit der Forderung der Anstellung eines Augenarztes und daraus entwickelte sich alles weitere.

Als im Januar ein Mitglied der Kasse augenärztlicher Hilfe bedurfte, wandte es sich an Dr. Rheindorf, der in Reuß eine Klinik hat. Dr. Rheindorf erklärte künstliche Behandlung für notwendig, da der Patient vor der Gefahr gänzlicher Erblindung stand. Die Kasse überwies darauf den Mann der Klinik Dr. Rheindorf's und fragte zugleich nach den Bedingungen für dauernde augenärztliche Behandlung der Kassenmitglieder. Dr. Rheindorf stellte diese Bedingungen mit und es wäre danach ohne Zweifel die Erfüllung der Forderungen der Aufsichtsbehörde möglich gewesen, wenn nicht jetzt der Verein der Solinger Augenärzte, der mit dem Verein der Solinger Ärzte gemeinschaftliche Sache gemacht, eingegriffen hätte. Die Art dieses Eingreifens, die schließlich Dr. Rheindorf's Austritt aus dem Ärzteverein veranlaßt hat, schildert dieser nun in seiner Flugchrift wie folgt:

„Gegen den 12. oder 13. Januar erhielt ich vom Vorsitzenden unsres augenärztlichen Vereins eine Aufforderung, kein Mitglied der Orts-Krankenkasse Solingen augenärztlich zu behandeln. Da erst hörte ich von den Differenzen. Ich entließ den Kranken aber nicht, einmal weil die Kur schon, wie es schien, erfolgreich voranschritt, zweitens weil dieselbe doch nur noch kurze Zeit dauern sollte, und drittens weil der arme Mensch nach meinem Dafürhalten in Gefahr war, total zu erblinden.“

Am 16. Januar, mittags 1 Uhr, erhielt ich ein Telegramm aus Solingen: „Keinen Kranken der Kasse annehmen!“ und um 3 Uhr erschien ein Arzt aus Solingen, der mir endlich volle Aufklärung brachte: freie Arztwahl bestände schon in Solingen, es handle sich nur um Erhöhung des ungenügenden Honorars. Sofort sagte ich nun meine Unterstützung zu, die ich verweigert haben würde, wenn der Kampf sich um freie Arztwahl gedreht hätte. Nur bei schweren Augenverletzungen, erklärte ich, würde ich meine Hilfe nicht verweigern. Darauf der Solinger Kollege: „Die Düsseldorf'schen Augenärzte verweigern auch dann die Hilfe.“ „Kein“, erwiderte ich, „das werde ich nicht thun; wenn die praktischen Ärzte in gleichen Verhältnissen, wo das Leben auf dem Spiele steht, ihre Hilfe nicht verweigern, so werde ich als Augenarzt es nicht thun, wenn die Existenz eines Auges bedroht ist. Kommt Humanität mit Kollegialität in Konflikt, dann setze ich immer auf Seiten der Humanität. Andre mögen anders empfinden, ich aber würde es mir nie verzeihen, wenn ich aus Kollegialität einen Menschen erblinden ließ.“ Nun erklärte sich der Kollege (notgedrungen?) befriedigt, zumal ich darauf hinwies, daß, wenn der Streit durch meine Parteinahme voranschreiten in wenigen Tagen entschieden sei, ich wohl kaum einen so schweren Fall zu sehen bekommen würde.

Am Abend desselben Tages gegen 7 Uhr kam eine Depesche des Oberbürgermeisters von Solingen an: „ob ich einen Augenkranken der Kasse aufnehmen hätte.“ Antwort: „Ja, Brief folgt.“ Am selbigen Abend teilte ich den obigen Sachverhalt mit.

Sonntag, den 17. Januar 1904 erhalte ich einen neuen Brief vom Vorsitzenden unsres Vereins mit nochmaliger Mahnung, alle Augenkranken der Solinger Kasse abzuweisen. Dann aber zugleich einen Brief von einem Düsseldorf'schen Augenarzt, abgeschrieben jedenfalls am 16. Januar abends. Dieser lautete folgendermaßen:

Dr. med. Düsseldorf, 16. 1. 1904.
Augenarzt fr. Nr. . . .

Sehr geehrter Herr Kollege!
Nicht für mich, sondern im Namen bedrängter Kollegen appelliere ich an Ihr Standesgefühl. In Solingen hängt es zur Zeit nur noch von der Frage ab, ob die Solinger Augenkranken Hilfe bekommen; danach entscheidet sich der Kampf der dortigen Ärzteschaft gegen den Uebermut der Kassenvorstände zu Gunsten oder Ungunsten der Ärzte. Kriegt der Kassenvorstand von einem Augenarzt der Nachbarstadt Hilfe, so gewinnt er Zeit, bis er einen der vielen Halspezialisten gewonnen hat. Wie ich gehört habe, ist Ihr Name als Helfer der Kassen gegen Ihre Standesgenossen sowohl in Solingen wie in Bieren genannt. Herr Kollege, ich kann so was nicht glauben, denn die Klugheit muß Ihnen sagen, daß Sie nur der Nothelfer sind, dem man einen Fußtritt giebt, sobald am Orte Ertrag ist. Für die paar Mark momentanen Einkommens würden Sie aber an der Achtung der Standesgenossen schweren und dauernden Schäden leiden. Wir Spezialisten in der ganzen Gegend sind ehlig. Nothfälle kennen wir nur, wo es sich um Lebensgefahr handelt. Sonst mögen die Leute nach Vorn gehen. Da geht den Kassen in kurzer Zeit der Atem aus, die Reiskosten werden zu hoch, die Kassenmitglieder thun nicht mit. Haben die Kassenvorstände kein Mitleid mit den Mitgliedern und mit den Ärzten, die sie fast lächelnd auf die Straße setzen, so gebietet das Geseß des Krieges, die Kranken mitleidlos außer in Fällen alleräußerster Not, abzuweisen.“

Hier stehen wir mit der Eisenbahnbetriebs-Krankenkasse (Eberfeld wohl) seit gestern auch auf Kriegsfuß. Werden Sie auch da für die hiesigen Eisenbahner der Helfer sein, weil die Düsseldorf'schen Ärzte die Hilfe verweigern? Denken Sie an Reuß. Es kann Ihnen da auch blühen, daß Sie auf Hilfe in Düsseldorf rechnen müssen.

Ich hoffe, daß mein Appell an Ihr Standesgefühl überflüssig war.
Mit kolleg. Gruß!
Dr. . . .

*) Ist es im Kriege auch inhuman, die Menschen tot zu schicken?

Für diesen Brief verlangte Dr. Rheindorf, der sich durch ihn schwer beleidigt fühlte, Genugthuung vom Vorstande des Vereins der Augenärzte. Die Genugthuung wurde ihm verweigert, so daß man die Solinger Ärzte insgesamt mit dem Briefe identifizieren muß, der an Brutalität nichts zu wünschen übrig läßt.

Dr. Rheindorf giebt am Schluß seiner Schrift dieses Urtheil über die Ärzteforderungen ab:

1. Die Ärzte-Misere ist durch die Ueberproduktion bedingt. Die Krankenkassen können sie nicht beseitigen, aber man dürfte es eventuell auch nicht von ihnen verlangen.

2. Verlangen kann man von ihnen eine anständige, den jetzigen Verhältnissen und den Mängelzuständen der Ärzte entsprechende Honorierung.

3. Allgemein freie Arztwahl durch Gewalt oder durch den Gebrauch der Macht irgend eines Faktors zu erzwingen, ist ein schweres Unrecht gegen die Kassen; sie im Interesse der jüngeren Ärzte zu wünschen und zu begünstigen, wird kein Arzt, besonders kein älterer, Bedenken tragen.

Der Achtstundentag in Amerika. Die Entwicklung zum Achtstundentag macht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika immer weitere Fortschritte. Das „Labor Bulletin“ des Staates Massachusetts bringt in seiner letzten Nummer eine Zusammenstellung, aus der ersichtlich ist, daß der Achtstundentag bereits in die Geseßgebung von 27 Staaten Aufnahme gefunden hat. Bei den meisten allerdings ist der gesetzliche Achtstundentag nur vorgesehen für Staatsverhältnisse, beziehentlich für Arbeiten und Lieferungen für den Staat und die Kommunen. In einer Reihe von Staaten ist die achtstündige Arbeitszeit für die Gefängnisse, Straf- und Erziehungsanstalten, in andern auch für die Vertheilungsbereitschaft festgesetzt. Wieder andre haben die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit für Berg- und Hüttenwerke, Goldwäschereien eingeführt. In sechs Staaten aber ist die achtstündige Arbeitszeit durch Geseß für alle Industrien und Gewerbe, mit einigen Ausnahmen, festgelegt. Es sind das die folgenden Staaten: Connecticut, Illinois, Indiana, Missouri, New York und Pennsylvania.

Aus Industrie und Handel.

Stimmungsmaße. Seit einiger Zeit bringen wieder verschiedene Blätter des rheinischen Unternehmertums recht optimistische Berichte über die Lage des rheinisch-westfälischen Hoheisenmarktes. Allerdings wird die reichliche Förderung nicht konsequent eingehalten, je nachdem es die Interessen der Syndikate oder einflussreicher Banken-Koalitionen verlangt, werden in den allgemeinen rosafarbenen Anstrich einige dunkle pessimistische Pinselstriche hineingebracht. Dabei haben die betreffenden Pressorgane durchaus nicht nötig, zu direkten Fälschungen zu greifen. Im Wirtschaftsgetriebe der Gegenwart mit seinen einander mannigfach widerstrebenden Tendenzen treten im bunten Wechsel die verschiedenartigsten Erscheinungen an die Oberfläche, und wenn man hier ein wenig übertreibt und dort einige entgegenstehende Thatsachen vergißt, lassen sich die hübschesten Stimmungsbilder zusammensetzen. Man braucht z. B. bei der jetzt in einzelnen Branchen der Eisenindustrie hervortretenden stärkeren Nachfrage nur zu vergeßen, daß solche „Velebung“ oder „feste Tendenz“ des Eisenmarktes regelmäßig in jedem Frühjahr eintritt und eine einfache Folge des sogenannten „Saisonalcharakters“ dieser Branchen ist, so ergeben sich die schönsten Gründe für die Folgerung, daß der neue Aufschwung bereits kräftig einsetzt.

Gegenüber dieser Stimmungsmache verdient der nachfolgende Bericht der „Industrie“, Fachzeitung für Kohlen-, Stahl- und Erz-Bergbau, über den rheinisch-westfälischen Eisenmarkt entschiedene Beachtung, da er die Lage ziemlich nüchtern beurteilt:

„Auf dem Hoheisenmarkt spürt man noch verhältnismäßig wenig von einem Aufschwung, der hier auch wohl nur mit einer bedeutenden Zunahme des Bedarfs eintreten kann, und diese ist selbstverständlich nicht plötzlich zu erwarten. Die „Wöln. Ztg.“ spricht allerdings von einem „plötzlichen und starken Wiederhervortreten des Bedarfs“ in dem Augenblick, als der Sieger Eiseniteil-Verkaufverein die Fördererbeschränkung von 15 auf 30 Proz. erhöhte. Das stimmt schlecht zusammen! Doch jetzt alle Verbraucher ihren Bedarf für zweites und wenn möglich auch für drittes Quartal decken, liegt nahe, aber daraus kann man keine Schlüsse auf einen besonderen Aufschwung ziehen; erst wenn ein wachsender und dringender Bedarf hervortritt, darf man von einem solchen sprechen. Zur Zeit wird im Siegerlande sogar bitter geklagt, daß die Lage selten so schlecht gewesen sei. Das hängt nun wohl mit den besonderen und vielfach eigenartigen Verhältnissen des Siegerlandes zusammen, wo die reinen Hoheisen die Mehrzahl bilden und die jetzt störende Ausfuhr eines besonders wichtige Rolle spielt. In Rheinland-Westfalen und bei den gemäßigten Mitteln sieht es allerdings besser aus, zumal auch wo Siedereisen in Frage kommt, das immer noch einen guten Bedarf aufweist. Wenn daher die Syndikate ihre Hoheisenpreise für zweites und drittes Quartal bestehen lassen, so thun sie klug daran und tragen der Marktlage Rechnung, die heute für höhere Hoheisenpreise doch noch nicht genug gestiegen erscheint.

Nach der „Wöln. Ztg.“ ist dieser vernünftige und fast ideale Gesichtspunkt für eine weise Mäßigung allerdings nicht bestimmend, sondern nur der zu bekämpfende Wettbewerb eines „billigen Wertes“ und des englischen Hoheisens, dessen Einfuhr noch immer versucht werde. Danach werden die Hoheisen-Syndikate also zu Preis-erhöhungen schreiten, wenn sie jenem Wettbewerb nicht mit niedrigen Preisen begegnen müßten. Wenn man aber nun sieht, daß die Erzeugung jenes Wertes sehr gering ist und gegenüber der Erzeugung der genannten westlichen Werke kaum ins Gewicht fällt, so kann man einen solchen Grund nicht als recht stichhaltig anerkennen. Offenbar ist die Gesamtlage des Hoheisenmarktes noch keine befriedigende und daher die Zeit noch nicht gekommen, die Preise heraufzusetzen.

Das Übergeschäft der Berliner Konfektionsbranche ist nach dem „Konfektionär“ weit lebhafter gewesen, als es anfangs den Anschein hatte. Die Detailisten, deren Lager an und für sich klein waren, haben zum größeren Teil vorzüglich geräumt und brauchen jetzt nach dem Feste Ware. Das Engrosgeschäft in den letzten Tagen vor dem Feste war ganz bedeutend, die Nachfrage nach Ware war enorm und konnte in keiner Weise ausgeführt werden, da die hier antretenden Käufer alles aus der Arbeit kommende direkt mitnahmen.

Die Landbank in Berlin, die katastrophische Gründung des Herrn Ferdinand v. Hansemann, des Sohnes des längst verstorbenen Adolf v. Hansemann, zahlt wiederum 7 Prozent Dividende, ein Beweis, daß die Verbreitung des Deutschtums im polnischen Osten, richtig geschäftlich angefaßt, sich noch immer recht gut rentiert, besonders wenn man sich hoher Protektionen erfreut.

Von der „kulturellen Tätigkeit“ der Bank in den polnischen Bezirken wird im Redaktionsbericht gemeldet:

Der Umsatz von Restgütern und Vorwerken ist größer gewesen, als in irgend einem der Vorjahre. Unter den verkauften Gütern befinden sich einige, deren Abgabe mit Zustimmung des Ministeriums an die königliche Anordnungs-Kommission erfolgte, weil dieser der Gewerbetreibenden nach ihrer Lage und Beschaffenheit in Rücksicht auf die von ihr zu erfüllende nationalpolitische Aufgabe besonders erwünscht erschien. Die Zahl der Abverkäufe an Adjacenten ist eine geringere gewesen, einmal, weil die besonderen Verhältnisse der zum Verkauf gelangenen Güter an sich eine starke Abgabe von Land an Nachbarbesitzer nicht zuließen, und sodann, weil, abgesehen von dem vermehrten Verkauf ganzer geschlossener Besitzungen, die eigentliche Klein-Kolonisation eine stärkere Ausdehnung erfahren hat. Dementsprechend ist die Gründung selbständiger Bauernstellen kleineren und mittleren Umfangs in einem ganz erheblich verstärkten Maße erfolgt.

Die Klein-Kolonisation erfolgt thunlichst im Einverständnis mit den Staatsbehörden und neuerdings überall unter Mitwirkung der zuständigen königlichen Generalkommissionen. Durchgeführt ist im abgelaufenen Geschäftsjahre die Klein-Austeilung der Güter Bendisch-Prüßernow und Wroig, Kreis Greifenberg i. P., Krämp, Kreis Ravensburg, und Jemmen, Kreis Wäro, sowie des für die Klein-Austeilung vorgesehenen Teiles von Rosin, Kreis Soldin. Bei der Auswahl der zahlreichen, zur Ausweisung bestimmten Güter, welche sich zur Zeit in Bearbeitung befinden, sind sowohl volkswirtschaftliche, als auch nationalpolitische Rücksichten bestimmend gewesen insofern, als die Bank in den Provinzen Posen und Westpreußen, dem eigentlich staatlichen Ansetzungsgebiet, von einer Konkurrenz mit der königlichen Anordnungs-Kommission thunlichst absteht und dafür in anderen nicht minder national gefährdeten Gegenden der östlichen Provinzen in verstärktem Maße mit Ankaufen vorgegangen ist. Das trifft insbesondere auf Oberschlesien zu, woselbst die in den Kreisen Pleß und Rohnitz belegene Herrschaft Worin-Dschin, ca. 1088 Hektar, sowie die Güter Gollaschowitz, Kreis Pleß, ca. 418 Hektar, und Kottischowitz, Kreis Loß-Steinitz, ca. 1036 Hektar, im vollen Einverständnis mit allen beteiligten Behörden für die Gründung von Bauernkolonien vorgesehen sind.

Die Lage des Ruhrkohlenmarktes hat, nachdem schon die erste Hälfte des März eine stärkere Beseitigung gebracht hatte, in der zweiten Hälfte sich noch mehr gebessert, so daß im letzten Monat mit 28 Arbeitstagen der Vahverband der Ruhrkohlenbesitzer an Steinkohlen, Coals und Steinkohlenbriketts im Tagesdurchschnitt die Ziffer von 192 000 Tonnen erreichte. Die um diese Jahreszeit außerordentlich starke Beschäftigung der Bechen, die gegen März 1903 eine Mehrleistung von arbeitstäglich rund 30 000 Tonnen ergibt, ist jedoch weniger auf die Zunahme des deutschen Konsums, als auf die großen Anforderungen zurückzuführen, die von den Rheinischen an die Bechen gestellt wurden, veranlaßt durch das Bestreben der Verbraucher in Holland und am Mittel- und Oberrhein, ihre Absatzmengen vor der Aufnahme der Tätigkeit des Kohlenkonsums abzunehmen, um nicht vielleicht mit diesem in Konflikt zu kommen.

Hollands Handelsflotte hat sich in den letzten Jahren nach einem zehnjährigen Stillstand wieder kräftig zu entwickeln

begonnen. Im Jahre 1890 verfügte Holland über 886 Handelsschiffe mit 371 160 Brutto-Registertonnen, 1899 über 573 Schiffe mit 374 213 Tonnen. Mit dem Jahre 1900 beginnt der lebhafteste Aufschwung, der im Jahre 1903 bereits 689 813 Brutto-Registertonnen aufzuweisen kann. Die Zahl der Schiffe stellt sich im gleichen Jahre auf 647. Während also vor 13 Jahren das holländische Kaufschiff im Durchschnitt 541 Tonnen wog, wuchs die Schiffgröße auf 647 Tonnen im Jahre 1899 und 988 Tonnen im Jahre 1903. Die Zahl der Dampfer betrug im letzten Jahre 277. Nicht groß ist die Zahl der Reedereien, deren Schiffsbesitz die angegebene Flotte zusammenbringt, nämlich 387; 1890 waren es sogar 428. Ein beträchtlicher Anteil der niederländischen Handelsflotte gehört der Holland-Amerika-Linie.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Kühnemänner und der § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Die Kühnemänner haben bekanntlich ihren Arbeitern einen Nebers vorgelegt, in dem diese sich verpflichten, an Vereinbarungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht teilzunehmen.

Die Sache endigte mit einem Niasko; die Arbeiter waren zur Unterschrift einer solchen Erklärung nicht bereit.

Jetzt wird der Versuch gemacht, sie langsam und zielbewußt nach Kühnemännermanier dazu zu zwingen.

Ein Arbeiter sollte bei der Firma Ahrend u. Co., Alexandrinenstraße, anfangen. Der Mann war brauchbar, auch seine Papiere waren in Ordnung, democh wurde er nicht eingestellt. Warum? Man verlangte von ihm, er solle den famosen Nebers unterschreiben.

Hier ist doch ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zweifellos. Durch die Drohung, ihn im Falle der Verweigerung seiner Unterschrift nicht einzustellen, zwingt man den Arbeiter, an Verabredungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht teilzunehmen oder von ihnen zurückzutreten. Es liegt also eine ganz flagrante Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung vor.

Ein wahres Glück für die Kühnemänner, daß der Staatsanwalt mehr zu thun hat, als jeden Tag den „Vorwärts“ von vorn bis hinten auf etwaige strafbare Handlungen durchzusehen; dies Vergehen gegen die Gesetze würde ihnen schwer aufstoßen. — Wir sind neugierig, wie die Arbeitgeber-Zeitung diesen Fall von Terrorismus beurteilen wird.

Köln, Rast und Anstreicher!

Die Kollegen in Frankfurt a. O. sind in den Streik getreten. Zugung ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Kera der Aussperrungen im Baugewerbe

Wir wiesen schon vor einem halben Jahre darauf hin, daß das Jahr 1904 das Jahr der Aussperrungen im Baugewerbe sein würde. Die Unternehmer der Bauindustrie haben beschlossen, überall an Forderungen der Arbeiterschaft mit Aussperrungen im großen Stile zu antworten. Wo aber Forderungen nicht gestellt werden, sollten sogenannte „Arbeitsnachweise-Bureaus“ eingeführt werden, lediglich zu dem Zweck, unter den Arbeitern eine Auswahl zu halten und die „Arbeitsnachweise“ auf Straßensperrung zu werfen. Niemand sollte auf diesen Nachweisebureaus Arbeit erhalten, ohne einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein, der natürlich allen Streikenden — und mochten sie aus dem berechtigtesten Grunde zum Streik geschritten sein — verweigert wurde, den aber ein launischer Arbeitgeber auch jedem andern Arbeiter verweigern kann, vielleicht schon dann, wenn ein tüchtiger Mann aus einem schlecht bezahlten Posten anderwärts in einen besseren aufzurücken trachtet.

In Königsberg kam es zu einer Aussperrung, weil die Bauarbeiter recht minimale Forderungen stellten. An den Unterwerfungen ist es am Dienstag zu einer Aussperrung gekommen, weil dort die Arbeiter sich das Maßregelungsbureau nicht aufzutreten lassen wollten.

Der Schlag gegen die Arbeiterschaft an den Unterwerfungen ist lange vorbereitet. Man hat sich dort bemüht, künstlich eine starke Arbeitslosigkeit zu schaffen, indem man auf der einen Seite Arbeiter hinausjoch, auf der andern Seite von auswärtigen Arbeitern heranzog. Die Arbeiterschaft petitionierte dagegen mit dem Erlauchen auf Errichtung eines partiellierten Arbeitsnachweises. Die Behörden antworteten ablehnend darauf mit dem Hinweis auf die Arbeitsnachweise der Unternehmer, auf die Maßregelungsbureaus, die den von den Arbeitern getadelten Zustand herbeiführten.

Zunächst mußte man nicht, gegen welche Arbeiterkategorie sich der zweifellos geplante Schlag zuerst richten würde; vielleicht war sich darin nicht einmal das Unternehmertum einig. Da sagte die Baukonjunktur etwas flötter ein und es schien zweifellos, daß dieselbe durch den Abtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen noch an Ausdehnung gewinnen müßte. Mit allen Mitteln suchte man nun die Bauarbeiter zum Streik zu reizen, um bis zum Eintritt der Hochkonjunktur deren Organisation vernichtet zu haben. Ihre minimalsten Forderungen ignorierte man in der bestmöglichen Weise, auf ihre höflichsten Ersuchen antwortete man mit Beleidigungen und Ehrenentwürfen. Als die Arbeiter merkten, wohin die Abticht des Scharfmachertums ging, setzten sie alles daran, um den Herren einen Streik durch ihre Rechnung zu machen. Sie beschloßen, auf sämtliche Forderungen zu verzichten, die Arbeit also in bisheriger Weise und zu den bisherigen Bedingungen fortzusetzen. Den Vorführern im Arbeitgeberverband kam dieses geschickte Verfahren der Arbeiter außerst ungelogen, sie wollten den Kampf, dem sie brauchen ihn.

Als die Arbeiter durch kein Mittel zu provozieren waren, schritt man zur Gründung des Maßregelungsbureaus. Ende voriger Woche liegen die Unternehmer an sämtliche Arbeiter des Baugewerbes Karten folgenden Inhalts zur Verteilung gelangen:

Unterzeichnet erklärt hierdurch, daß er den vom Arbeitgeber-Verein für das Baugewerbe errichteten Arbeitsnachweis als für die Anstellung von Gesellen, Lehrlingen und Arbeitern im Baugewerbe maßgebend anerkennt.

Bremerhaven, Seestrand, Lehe, den 2. April 1904.

Rome
Veruf

NB. Wer nach Ostern weiter arbeiten will, hat diese Karte zu unterschreiben und abzugeben.

Mit der Ausgabe dieser Karten holte das Unternehmertum zum letzten Schlage aus. Die Arbeiter waren sich des Ernstes der Lage bewußt, in voller Ruhe und Kaltblütigkeit saßen sie ihre Entschlüsse. Alles hatten sie getan, um den Konflikt abzuwenden, alles daran gesetzt, die Wagnationen der Arbeitgeber in sich zusammenfallen zu lassen. Hier aber handelte es sich um ihre Ehre, hier handelte es sich um das Verlangen der Anerkennung einer Institution, die sich gegen ihre Organisation, gegen ihre vitalen Interessen richtete, und da gab es für sie nichts andres, dem an sie gestellten Verlangen mußten sie mit einem klaren und bestimmten Nein entgegenzutreten.

In drei überfüllten Berufsversammlungen beschloßen die Arbeiter dem auch, die Unterschrift der Karte abzulehnen, mag da kommen, was da wolle.

Die Unternehmer führten den Schlag, mit wenigen Ausnahmen warfen sie am Dienstag früh die gesamten Maurer, Zimmerer und Sanarbeiter, die gekommen waren, in gewohnter Weise ihre Arbeit

zu verrichten, auf Straßensperrung. Die Generalaussperrung ist perfekt.

Über tausend fleißige Arbeiter liegen auf der Straße! Der Kapitalist ist drauf und dran, neben seiner Ueberflüssigkeit für die Gesellschaft auch seine Gefährlichkeit für dieselbe zu beweisen!

Die Arbeiter der Schuhfabrik Bayersdorf in München befinden sich in Lohnkämpfen. Ursache derselben ist: Verschlechterung der bisherigen Lohnverhältnisse. Da Kündigung bereits eingereicht ist, so werden die Schuhfabrik-Arbeiter allerorts ersucht, keine Arbeitsangebote für München zu berücksichtigen, sondern für Fernhaltung des Zuges zu sorgen. Die Arbeiterblätter werden gebeten, von vorstehenden Zeilen Ratiz zu nehmen.
Der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher.

Hirsch-Dundersche Gewerkevereiner gegen den „Liberalismus“.

Seit einiger Zeit besteht innerhalb der Gewerkevereiner, besonders in Berlin, das Bestreben, ein Tagesblatt zu gründen, das speziell den Interessen der Hirsch-Dunderschen Organisationen dienen soll. Mit diesem Plan befaßte sich der an den beiden Ostertagen in Köln abgehaltene vierte Delegiertentag des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereiner. Wie der Referent, Ziegler, Bieglor, Düsseldorf, ausführte, soll nach einem Projekt des Landtags-Abgeordneten Goldschmidt ein Blatt dreimal wöchentlich für alle Gewerkevereiner-Mitglieder obligatorisch erscheinen bei einem Sonderbeitrag von wöchentlich 5 Pf. Das würde also ein Blatt mit 110 000 bis 120 000 Zwangsabonnenten. Wie Herr Goldschmidt dem Redner mitgeteilt hat, ist das Blatt politisch gedacht „auf breiter liberaler Grundlage“. Demgegenüber erklärte Ziegler unter dem Beifall der von 70 Delegierten besuchten Versammlung. Ein solches Blatt müssen wir ablehnen; es wäre Arbeiterverrat; mit den Leuten von der national-liberalen Partei, der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung können wir nicht zusammengehen. — Die folgenden Redner sprachen sich alle für die Gründung von Tageszeitungen aus, die der Hirsch-Dunderschen Sache dienen, weil die Gewerkevereiner ohne jede Stütze daständen, während die andern gewerkchaftlichen Richtungen in jeder Weise von der auf ihrer Seite stehenden politischen Presse gefördert würden. Jedoch waren die Redner für Zeitungen in den einzelnen Provinzen. Der Delegiertentag nahm eine Resolution an, worin es heißt: „Der Delegiertentag hält die Vorlage des Verbands-Redakteurs Goldschmidt zur Tageszeitungsfrage für verfehlt und ist der Ansicht, daß die Tageszeitungsfrage für die Gewerkevereiner nur von unten heraus durch Volksblätter gelöst werden kann.“

Weiter befaßte sich der Delegiertentag mit der politischen Stellung der Gewerkevereiner. Die Redner bezeichneten neben einer selbständigen Presse auch eine selbständige Vertretung im Parlamente für die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereiner für unbedingt erforderlich. Melchior-Sturum forderte die Schaffung einer „wirklichen“, selbständigen Arbeiterpartei mit einem vollständigen politischen Programm. Er forderte selbständige Beteiligung an allen Wahlen. Der Düsseldorfer Arbeitersekretär und Redakteur des „Gewerkevereinsboten“, Erlelenz, äußerte sich ähnlich: Es sei ein Fehler gewesen, daß die Gewerkevereiner sich keiner politischen Partei angeschlossen hätten. Damals habe man sich der Fortschrittspartei anschließen müssen, wodurch man den Niedergang des Liberalismus habe verhindern können. Aber sich der heutigen Partei anzuschließen, wäre ein Arbeiterverrat. Es sei ein Unsin, wie die katholischen Arbeiter es thun, Unternehmern in den Reichstag zu verheßen, mit denen man auf der andern Seite im schärfsten wirtschaftlichen Kampfe stehe. Der Redner ließ sich schon näher über die neue, „wirkliche Arbeiterpartei“ aus. Er meinte: Wir müssen Verunftimonarchisten sein; die Forderung der Republik dürfe man nicht stellen, weil dies die Gewerkevereiner im wirtschaftlichen Kampfe schädige, indem es ihnen neue Feinde schaffe. Im Lauf der Debatte stieß Herr Erlelenz aber wieder einige Löcher zurück. Schließlich nahm der Delegiertentag einstimmig folgende sehr vorsichtig gehaltene Resolution an: „Der vierte Delegiertentag des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes erkennt im Prinzip an, daß den Berufsvereiner der Arbeiter in erster Linie die Vertretung der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit gebührt. Er beauftragt, ohne sich auf Einzelheiten festzulegen, den Vorstand, im „Gewerkevereinsboten“ über die Frage der politischen Betätigung der Berufsvereiner Artikel zu bringen und dem nächsten Delegiertentag ein Referat zu unterbreiten.“

Ausland.

Streik in Norwegen. Die Schuhfabrikarbeiter von Drammen sowie die Arbeiter von Salomons Schuhfabrik in Kristiania haben die Arbeit niedergelegt; die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 200. — Sämtliche Tapezierer von Kristiania haben ihre Stellungen gefündigt, weil die Arbeitgeber sich weigern, bestimmte Mindestlöhne sowie die 54stündige Arbeitswoche einzuführen. — Die Maurer von Sandesjord sind am 1. April in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber sich weigern, einen neuen Tarifvertrag anzuerkennen. In Bergen stehen die Maurer in Unterhandlung über einen neuen Tarifvertrag, während die Maurer von Fredrikstad durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern einen neuen Tarif mit nennenswerten Verbesserungen bereits erzielt haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der österreichische Marine-Etat.

Wien, 6. April. Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Wie verlautet, wird der Voranschlag für die Kriegsmarine für 1905 im Vergleich zum diesjährigen Budget keine nennenswerte Steigerung erfahren. Renforderungen für den Bau von Schlachtschiffen werden nicht eingestellt werden. Die nach Veranschlagung der Schlachtschiffe für die im Zuge befindlichen Neubauten übrig bleibenden Budgetmittel sollen zunächst zur Modernisierung und Verstärkung der Torpedoboots-Flottille verwendet werden, die zum Teil den Fortschritten der Technik nicht mehr entspricht. Nach der in fastmännlichen Streifen herrschenden Ansicht scheint die bereits geplante Auflegung von 8 Torpedobooten nicht länger verschoben werden zu können. Auch die Ergebnisse des russisch-japanischen Krieges lassen bereits jetzt erkennen, welchen Wert eine leistungsfähige Torpedoboots-Flottille besitzt.

Berlin, 6. April. (B. L. Z.) Oberst Leutwein telegraphiert aus Olohandja: 80 Dübbois, eine Feldcompagnie sind am 2. von Windhut nach Olohandja abgerückt. Nach Auslage von Gefangenen und Ueberläufern Hauptmacht der Hereros noch bei Oganjera. Abteilungen bei Olanumba und Kasjapa. Glosnapp ist am 1. April von Olohandja nach Ojikholo vorgezogen.
Ein Trupp der Djinbinger Hereros ist in der Nacht vom 29. zum 30. März bei Tontelabach ostwärts über die Bahn gegangen. Von Olohandja eine Compagnie mit der Eisenbahn vorgefandt. Bafards verfolgten von Olohandja aus. Rest der Djinbinger aufschmend in das Kommando-Hochland zurückgegangen.

Sturmnachrichten.

Kiel, 6. April. (B. L. Z.) Die Kieler „Neuesten Nachrichten“ melden aus Husum: Infolge orkanartigen Nordweststurmes trat heute nachmittags das Wasser der See über die Duinmauer. Die Schleusenpforte brachen. An der Schiffbrücke lag das Wasser 1 1/2 Meter hoch auf der Straße. Die benachbarten Häuser sind gefährdet.

Brandstiftlerhasen, 6. April. (B. L. Z.) Hier herrscht heftiger Sturm. Das Osterriff-Feuerschiff wurde gegen Abend losgerissen und elbauwärts getrieben.

An die sozialistischen Vereine und Arbeiter-Organisationen.

Liebe Genossen!

Das internationale sozialistische Bureau ladet Euch ein, an dem vom 14. zum 20. August 1904 in Amsterdam (Holland) stattfindenden Internationalen Kongress teilzunehmen.

Das Bureau, das am 7. Februar d. J. in Brüssel eine Konferenz abhielt, hat folgende Tagesordnung beschlossen:

- 1. Prüfung der Mandate; 2. Wahl des Bureaus; 3. Bericht des Sekretariats; 4. Berichte der Nationen; 5. Internationale Regeln der sozialistischen Politik; 6. Kolonialpolitik; 7. Auswanderung und Einwanderung; 8. Generalstreik; 9. Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; 10. Trübs und Arbeitslosigkeit.

Verschiedene Fragen.

- 11. Schutzvoll und Freihandel; 12. Militarismus; 13. Der Merkantilismus und die Schulen; 14. Gewerkschaftsbewegung und Politik; 15. Internationale Schiedsgerichte; 16. Arbeiterwohnungen; 17. Internationale Solidarität.

Das Bureau erinnert alle sozialistischen Vereinigungen und die gewerkschaftlichen Organisationen an die auf dem Londoner Kongress (1896) gefassten Resolutionen, die 1899 auf der Brüsseler Konferenz ergänzt und vom Pariser Kongress (1900) bestätigt wurden...

Londoner Resolution.

Zugelassen sind:

- 1. Die Vertreter von Organisationen, die sich als Ziel gesteckt haben, an Stelle der kapitalistischen Eigentumsordnung und Produktionsweise die sozialistische zu setzen; 2. Die Vertreter der rein gewerkschaftlichen Organisationen (Trade-Unions), die, ohne an politischen Kämpfen teilzunehmen, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Aktion anerkennen.

Brüsseler Resolution.

- 1. Alle Vereinigungen, die Anhänger der wichtigsten Grundzüge des Sozialismus sind; 2. Alle beruflichen Organisationen, welche sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Aktion anerkennen.

Gemäß den Beschlüssen, die bei der Konferenz des Bureaus am 7. Februar gefasst wurden, sind nachstehende Bestimmungen für die Prüfung der Kongressmandate getroffen worden:

Die Delegierten der verschiedenen nationalen Gruppen sollen sich am Morgen des ersten Kongressstages mit ihrem Mandat einfinden, um gegen Erlegung von 10 Franc für jeden Delegierten eine provisorische Eintrittskarte zu erhalten...

Die Mandate werden anerkannt in den nationalen Sektionen durch Mehrheitsbeschluss. In letzter Instanz prüft der Kongress selbst, entscheidet also über die angefochtenen Mandate.

Der für die internationalen Verhandlungen gemietete Saal ist der des Konzerthauses (Concertgebouw) in Amsterdam. Die sozialistischen und Berufsorganisationen werden ersucht, so bald als möglich einen Bericht über die sozialistische Arbeiterbewegung und die Lage der Partei in den betreffenden Ländern seit dem Pariser Kongress von 1900 einzusenden.

Ihre Antwort richten Sie, bitte, recht bald an das Internationale Sekretariat, Rue Neuve 63, Brüssel.

Der Sekretär Victor Serway.

- Das internationale sozialistische Bureau: England: G. R. Hyndman, S. Duesch; Deutschland: J. Auer, P. Singer, R. Kautsky; Argentinien: A. Cambier, M. Ugarte; Australien: Ch. Ayre; Dänemark: E. W. Adler, J. Skaret; Belgien: E. Vandervelde, E. Anseele; Böhmen: A. Rémec, Fr. Soucup; Bulgarien: K. Garlatow; Dänemark: P. Knudsen; Spanien: P. Iglesias, A. G. Quejido; Vereinigte Staaten: G. D. Herron; Das Organisationskomitee des Kongresses: Der Schatzmeister: P. L. Laf. Der Sekretär: Henriette Roland-Holst-van der Schell. Mitglieder: J.-B. Antersmit, J.-G. van Ruijck, Jos. Loopuit, J.-B. Stief.

Landeskongress der Sozialdemokratie Sachsens.

Chemnitz, 5. April. (Eig. Ber.)

In dem neu erworbenen Heim der Chemnitzer Genossen, dem ehemaligen Ballsaal „Kolosseum“, fanden sich heute die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zur Beratung über sächsische Parteifragen ein. Es waren 56 Delegierte aus allen Wahlkreisen erschienen. Durch die Vertreter des Agitationskomitees und die Reichstags-Abgeordneten, von denen 17 anwesend sind, erhöhte sich die Teilnehmerzahl auf 85. Vom Parteivorstande war Genosse Gerisch anwesend.

Die Beratungen begannen mit dem Bericht des Central-Komitees. Ueber die Kassensverhältnisse und den Stand der Organisationen konnte nur günstiges berichtet werden. Es ist im letzten Jahre auf allen Gebieten und in allen Kreisen in erfreulicher Weise vorwärts gegangen. In den zum Teil sehr lebhaften Verhandlungen beschäftigte man sich aber weniger mit dem Stande der Partei-Organisationen und Parteifinanzen, es wurde vielmehr schon durch den Genossen Sindermann, der den Bericht des Central-Komitees als erster Referent gab, die Niederlage im 20. Reichstags-Wahlkreis (Zschopau-Marienberg) und die damit im Zusammenhange stehende Kandidatenfrage in den Vordergrund der Verhandlungen gerückt. Außerdem lag noch ein durch den Vorgang veranlaßter Antrag der Parteigenossen des 7. Wahlkreises (Reichen-Großenhain) vor, der den Agitationskomitees ein Mitspracherecht bei Aufstellung von Reichstags-Kandidaten sichern will.

Genosse Sindermann wies in seinem Referate auf den glänzenden Wahlsieg der sächsischen Sozialdemokratie im Juni vorigen Jahres hin. Leider sei durch die Niederlage in Zschopau-Marienberg ein bitterer Vermittlungsfehler in die Siegesfreude gefallen. Dann kommt er auf den Fall Göhre zu sprechen und weist darauf hin, daß G. erst vor kurzem ein Mandat niedergelegt habe. Göhre habe dadurch gezeigt, daß es ihm an der elementaren Erkenntnis fehle, daß ein Mandat der Partei und nicht dem zufälligen Abgeordneten gehöre. Fast die gesamte Parteipresse habe anerkannt, daß Göhre mit seinem Mandate einen unerhörten Mißbrauch getrieben habe. Im Oktober 1903 habe er im 15. Reichstags-Wahlkreis ein Mißtrauensvotum erhalten; dennoch habe er wenige Wochen später die Kandidatur im 20. Wahlkreis angenommen. Göhre hätte nicht aufgestellt werden dürfen, das Vorgehen der Genossen im 20. Kreise sei ein schwerer Fehler gewesen und die Kandidatur Göhres unter den obwaltenden Umständen ein Ding der Unmöglichkeit (Lebhafter Zustimmung). Eine Einigung sei mit Göhre nicht zu erzielen gewesen. Die Komitees hätten aber nicht ruhig zusehen können, wie gewissermaßen ein Preis auf die Disziplinsüchtigkeit gesetzt worden sei. Ein Einsprechen sei im Interesse der Partei geboten gewesen. Wäre die Kandidatur Göhres aufrecht erhalten worden, hätte es einen Enttäuschungssturm in der Partei gegeben. Es sei falsch, in dem Vorgehen der Komitees die Ursachen der Niederlage zu suchen. Der Kreis hätte auch mit Göhre als Kandidaten verloren gehen können. Wie dem auch sei, jedenfalls dürften bei einer sozialdemokratischen Wahl nicht die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten ausschlaggebend sein, sondern unsere Ziele, unser Programm. Unsere Partei sei stark geworden unter einer strengen Disziplin. Wenn jeder Wahlkreis auf eigene Faust Politik treiben würde, würden bald ähnliche Zustände bei uns eintreten wie in Frankreich. Wenn der 20. Wahlkreis verloren gegangen sei, wäre das weniger den Auseinandersetzungen über den Fall Göhre, als dem Umstande zuzuschreiben, daß die Organisation des Kreises außerordentlich schwach sei und auch die Verbreitung der Presse im Argen liege. (Beifall.)

Der zweite Referent, Genosse Braune, hob hervor, die Agitationskomitees seien in einer schlimmen Lage gewesen. Hätten sie nicht eingegriffen, hätte man ihnen von der einen Seite Vorwürfe gemacht, jetzt kommen die Angriffe von der anderen Seite. Die Parteigenossen des 20. Wahlkreises hätten den schweren Fehler begangen, ohne Verständigung mit dem Central-Komitee die Kandidatenaufstellung vorgenommen zu haben. Es sei keine Voreingenommenheit gegen Göhre gewesen, die das Komitee veranlaßt habe, gegen die Kandidatur Göhres vorzugehen. Man habe sehr wohl die Person von der Sache getrennt, aber man hätte dem Central-Komitee nicht zumuten können, ein Spiel mitzumachen, das eine Komödie geworden wäre. Im übrigen weist Genosse Braune, der Kassierer des Central-Komitees, darauf hin, daß größere Mittel notwendig sind, wenn die Genossen Sachsens ihre Aufgaben in der Agitation erfüllen sollten. Es sei bedauerlich, daß in einigen Kreisen noch Wochenbeiträge von durchschnittlich zwei und drei Pfennigen für die Partei-Organisation erhoben würden und infolgedessen noch immer lediglich die Bezirke Dresden und Leipzig Mittel für das Central-Komitee zur Verfügung stellen könnten.

In der darauffolgenden Debatte vertrat zunächst Müller-Glauchau die Ansicht, daß die Genossen im 20. Wahlkreis mit der Aufstellung Göhres einen Fehler gemacht hätten. Es sei bedauerlich, daß mit Göhre ein solcher Personenkultus getrieben worden sei. Aber ein ebenso großer Fehler sei in dem Vorgehen der Komitees zu erblicken. Man hätte unter keinen Umständen so weit gehen dürfen ohne Rücksicht auf die nachteiligen Folgen für den Wahlausfall, die bekannte Erklärung gegen Göhre zu veröffentlichen.

Rieyeld-Zschopau versucht das Verhalten der Genossen in dem vielgenannten Wahlkreise zu rechtfertigen. Es sei nicht wahr, daß sie bei der Aufstellung Göhres ohne jede Prüfung mit den Komitees vorgegangen seien. Sie hätten sich vielmehr erst in Veräm beim Parteivorstande befragt, dort sei ihnen gesagt worden, in die Angelegenheiten des Kreises reden wir nicht hinein. Dann hätten die Vertrauensleute des Kreises beschlossen, Göhre aufzustellen. Darauf habe das Chemnitzer Agitationskomitee erklärt, wenn Göhre kandidiert, bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. (Lebhafter Beifall im Publikum.) Noch schärfer hätten sich einzelne Genossen ausgesprochen wie Genosse Niemann. Hätte Göhre sofort verzichtet, als die Komitees es verlangten, hätte man ihm sicher wieder Vorwürfe gemacht. Er wolle nur noch betonen, daß Göhre den Genossen des 20. Kreises nicht nachgelaufen, daß er diesen vielmehr aus dem Wege gegangen wäre. Er sei der Ansicht, daß die Niederlage nicht auf die schwache Organisation des Kreises zurückzuführen sei, sondern auf das Eingreifen und Vorgehen der Komitees. (Lebhafter Beifall bei einem Teil der Zuhörer.) Außerdem sei Pinckau viel zu anständig für die Antisemiten gewesen, auch die besseren Redner der Partei hätten im Wahlkreise nicht in genügender Anzahl zur Verfügung gestanden.

Demmler-Geyer: Es sei jedenfalls ein Fehler gewesen, Göhre in Vorschlag zu bringen. Ein Wahlkreis, der an die Persönlichkeit des Kandidaten gebunden sei, habe keinen großen Wert. Wir wollen Sozialdemokraten haben, keine Mitläufer.

Rieyeld-Zschopau (Reichstags-Abgeordneter): Es handelte sich bei dem Fall Göhre nicht in erster Linie darum, ob die Komitees ein Recht gehabt hätten, in der Weise vorzugehen, wie sie tatsächlich vorgegangen wären. Es sei nicht richtig, daß die Landeskongress oder das Central-Komitee bisher ein Vetorecht bei Aufstellung von Kandidaten gehabt habe. Die demokratische Freiheit sei in der Partei nur durch das Programm begrenzt, aber nicht durch die Willkür einzelner Personen. (Widerspruch und Zustimmung.) Eine gewisse Selbständigkeit der Wahlkreise müsse erhalten bleiben. Was solle werden, wenn nach Annahme des Antrages der Parteigenossen des 7. Wahlkreises das Central-Komitee einen Kandidaten nicht acceptieren wolle? Wer solle da entscheiden? Uns sei das sächsisch-preussische Regierungssystem zuviel in Fleisch und Blut übergegangen. Leipzig und Dresden würden sich die Proteste des Central-Komitees auf keinen Fall gefallen lassen. Man hat Göhre beinahe die parteigenösslichen Ehrenrechte genommen, aber nicht die Gesamtheit habe das getan, sondern eine autoritäre Behörde, als

welche sich die Komitees gezeigt hätten. Man hätte Göhre, der ja entschieden einen Fehler gemacht hätte, den Kopf waschen können, man dürfte aber nicht in so autoritärer Weise eingreifen. Der Redner erhebt schließlich darum, den Antrag aus dem 7. Kreise abzulehnen.

Lehmann-Olbernhau erörtert die Kandidatenfrage vom Standpunkt der Genossen des 20. Wahlkreises und protestiert dagegen, daß man diesen Wahlkreis bevorzugen wolle. Zur Aufstellung Göhres habe der Kreis keiner Erlaubnis bedurft, denn nach § 3 des Organisationsstatuts könne jeder Kreis seine Angelegenheiten selbst regeln. Man habe daher den Kandidaten aufgestellt, den man für den geeigneten gehalten habe. Maßgebend war für uns, daß er vollgültiger Parteigenosse ist, und das würde man nicht bestreiten können.

Gerisch-Berlin: Im Falle Göhre sei die Parteileitung eingeschritten, nachdem sich herausgestellt habe, daß sich Göhre über die wichtigsten Pflichten gegen die Gesamtpartei hinweggesetzt habe. Er fühle sich von aller Voreingenommenheit gegen Göhre frei und er bedauere, daß er den Streich begangen hat. Aber, wenn man sagt, Göhre habe in der Aufstellung das Mandat niedergelegt, so ist darauf zu erwidern, daß Göhre in seiner Rechtfertigung ausdrücklich bemerkt, es sei nicht ein Akt der Ver Stimmung gewesen, er würde unter ähnlichen Umständen wieder so handeln. Es sei ihm neu, daß Göhre zugegeben habe, einen Fehler begangen zu haben. Er sei überzeugt, daß der Parteivorstand wenig danach strebe, sich in die Angelegenheiten des Kreises einzumischen, aber wenn er angerufen werde, müsse er auch das letzte Wort haben.

In der Nachmittags-sitzung wird zunächst der Bericht der Mandatprüfungskommission entgegengenommen, sodann werden einige Anträge begründet, unter anderem bekräftigt Genosse Schöpflin eine Resolution, die eine neue Einteilung der Agitationsbezirke empfiehlt und Genosse Goldstein verlangt in einem Antrage die Errichtung einer Centralstelle zur Sammlung gegen die Arbeiter gerichteter Volksbegehörungen und Gerichtsurteile.

Geyer-Leipzig fährt zum Falle Göhre aus, die Genossen des 20. Kreises beriefen sich mit Unrecht auf den § 3 des Organisationsstatuts, denn dieser Passus gebe den Wahlkreisen nur das Recht, lokale Partei-Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Den Genossen des 20. Kreises habe er dringend empfohlen, nicht außerhalb Sachsens auf die Kandidatensuche zu geben. Es berühre ihn schmerzhaft, daß man weder im 22. noch im 20. Wahlkreise seinen Rat befolgt und alte erprobte und befähigte Genossen in Sachsen juristisch gefehlt habe. Die ganze Sache sehe aus, als wolle Göhre die Genossen brüskieren. Hätte er die Kandidatur von vornherein abgelehnt, wäre der ganze Spektakel nicht gekommen.

Haubold-Chemnitz: Das Chemnitzer Agitationskomitee ist vor allem der Ansicht gewesen, es wäre auch in Sachsen möglich, geeignete Kandidaten zu finden. Noch ehe das Komitee zur Kandidatenfrage Stellung nehmen konnte, hätten schon einige Genossen aus dem 15. Wahlkreise für Göhre in Zschopau-Marienberg Stimmung gemacht; die Hauptarbeit im 20. Wahlkreise sei von jeder von Chemnitz aus besorgt worden, es sei daher nur zu natürlich, daß die Chemnitzer ihren Einfluß nachdrücklich geltend gemacht hätten.

Goldstein-Pinkau spricht sich sehr scharf gegen Göhre aus. Er hebt hervor, daß Göhre auf Vorhalt erklärt habe: Wie soll ich für die Partei arbeiten, wenn man mir ein Mandat nach dem andern abnimmt. Alle die alten Genossen, die er in der Versammlung sehe, hätten unter den schwierigen Verhältnissen ohne Mandat gearbeitet. In rastloser Tätigkeit und unter unzähligen Opfern hätten sie aus den sozialdemokratischen Minoritäten in den Kreisen Majoritäten gemacht. Und jetzt kommen Leute, die nicht arbeiten können, wenn sie kein Mandat haben; da müsse man auf den Gedanken kommen, daß gewisse Leute nur deshalb zur Partei kämen, weil man nirgends so schnell ein Mandat bekommen könne, wie in der sozialdemokratischen Partei. Unter solchen Umständen sei es berechtigt, diesen Leuten zu jurieren: Ihr seid Mandatsjäger, aber keine Parteigenossen. Göhre hätte, als er sah, daß sich die ganze Partei gegen ihn lehnte, verzichtet und sich sagen lassen: Jetzt wirst Du von unten herauf dienen. Das hat er aber nicht getan. Er hat sich vielmehr an die Kandidatur geklammert. Es kam daher zu der peinlichen Auseinandersetzung und zu der schließlichen Niederlage.

Rieyeld-Dresden verteidigt das Vorgehen der Komitees und bekräftigt sich mit den Organisationsverhältnissen im 20. Wahlkreise. Niemann-Chemnitz wendet sich scharf gegen die Genossen aus dem 20. Wahlkreise, die in ihrer verärgerten Stimmung nicht mit der nötigen Energie gearbeitet hätten. Ja, vom Vertrauensmann des Kreises, dem Genossen Riegel, sei ihm mitgeteilt worden, dieser habe erklärt: Er werde dafür sorgen, daß Pinkau durchfalle. Riegel bezeichnet das als Lüge. Im übrigen wendet sich Niemann noch scharf gegen Göhre. Er betont unter anderem: Wenn in andern Parteien einzelne Offiziere ohne Soldaten beiständen, kämen sie zur Sozialdemokratie, wo die Soldaten sofort anmarschieren kämen.

Die Debatte muß abgebrochen werden, weil die Chemnitzer Genossen einen Kommerz veranstaltet haben. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Chemnitz, den 6. April. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

In Fortsetzung der gestrigen Debatte spricht Grenz-Leipzig gegen die Schreibweise der Chemnitzer „Volksstimme“, gegen Schippels Haltung in der Zollfrage und die Revisionisten, gegen die in Dresden nicht genügend vorgegangen sei. Raden wendet sich gegen Göhres Verhalten und warnt vor den Heberläufern aus dem bürgerlichen Lager. Schippel sucht seine Haltung in der Zollfrage zu rechtfertigen; er sei Schutzvölker, aber man habe ihm Ansichten zugesprochen, die er als gegnerische gekennzeichnet habe. Im Fall Göhre seien von den Komitees Fehler begangen. Rieyeld-Großenhain, Hoffmann-Berlin, Geyer-Leipzig wenden sich gegen Schippel und Göhre. Gradnauer spricht gegen Schippels Haltung in der Zollfrage, bedauert die Verschärfung der Parteifreiheiten, aus denen heraus der Fehler Göhres verstanden werden müsse, wendet sich gegen die Resolution Rieyeld-Geyer, die große Bedenken habe. Rieyeld und Lehmann-Zschopau vertreten das Verfahren ihres Kreises. Geyer spricht gegen Schippel und für seine Resolution. Diese Resolution wird nach Sindermanns Schlußwort mit 66 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Resolution lautet: „Kommt eine Einigung bezüglich der Kandidaten-Aufstellung zwischen der Wahlkreis-Organisation und dem Agitationskomitee bezw. Central-Komitee nicht zu stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung (Parteivorstand und Kontroll-Kommission) zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.“

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Landtagswahlrecht flüchtet Geyer die Situation in Sachsen.

Ueber Gemeinbewahlen spricht Lange-Leipzig in längeren interessanten Ausführungen.

Nach längerer Debatte wird Leipzig als Ort der nächsten Konferenz bestimmt.

Außerordentlicher schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Luzern, 4. April.

Genosse Niemann, der Präsident der Geschäftsleitungs-Kommission, eröffnete um 10 Uhr im „Löwengarten“ den Parteitag, zu dem sich 188 Delegierte eingefunden haben. In längeren Ausführungen besprach er das Zustandekommen der 20 Millionen-Initiative

zur Einschränkung der Militärtausgaben auf dem Diktator Parteitag und die weitere Behandlung derselben durch die Geschäftsleitung, eine von derselben in Verbindung mit der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates eingesetzte Kommission und durch das Parteikomitee. Es wurde fast von allen Seiten die 20 Millionen-Initiative für unzumutbar erklärt, eine neue Initiative mit sieben Franken pro Einwohner und Jahr formuliert und beschlossen, zur weiteren Behandlung derselben den außerordentlichen Parteitag auf heute einzuberufen. Der an diesen Vorgängen von der Parteipresse geübten Kritik befreit er die Verantwortlichkeit nicht, allein es kann die ganze Partei als mitverantwortlich bezeichnet werden.

Der eigentliche Referent, Genosse Müller-Bern, begründete die neue Initiative, nach der die Dauer der Rekrutenschulen verlängert und die spätere Dienstzeit verkürzt werden soll, um den älteren Bürger und Familienvater zu schonen und zu entlasten. Der Hauptteil der Dienstleistungen soll auf die Altersklassen von 20 bis 25 Jahren verlegt werden. Ferner soll der tägliche Sold des Soldaten von 80 Cts. auf 1 Fr. erhöht, für die Familien der Diensttuenden Fürsorge getroffen, endlich sollen die Divisionskommandanten, die ihre verantwortungsvollen Posten heute im Ehrenamt und neben ihren bürgerlichen Berufen bekleiden und daher vielfach Dilettanten sind, fest angestellt und besoldet und die Gesamtausgaben für das Militärwesen durch die Beschränkung auf 7 Fr. pro Einwohner vermindert werden.

An das beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der zunächst der Antrag der Züricher Arbeiter-Liga, nun auf jede Initiative zu verzichten, begründet wurde. Eine Reihe anderer Redner waren derselben Meinung, wobei auch betont wurde, daß die Diktator Initiative betreffend Beschränkung der Militärausgaben auf 20 Millionen Franken ihren Einfluß auf die Frage der Militär-Reorganisation gehabt hat, also nicht umsonst war. Bei der weiteren Behandlung der Militär-Reorganisation sollen die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat entschieden die Arbeiterinteressen vertreten und wenn nichts Besseres zu Stande kommt, soll dagegen sofort das Referendum ergriffen werden. Raine-Chauffardons kritisierte scharf die Parteileitung wegen der Nichtausführung des Diktator Initiativbeschlusses und verurteilte den ganzen Militarismus, für den gar keine Ausgaben gemacht werden sollten. Dr. Brücklein betonte demgegenüber die derzeitige Unausführbarkeit der Raineischen Forderungen. Leimann-Zürich wandte sich ebenfalls gegen den Militarismus, für den sich zu begeistern die Arbeiter keine Ursache haben. Im übrigen meinte er, soll von jeder Initiative heute abgelehnt werden. Nachdem noch eine weitere Anzahl Redner, worunter Dr. Schuler, Kapin-Laufanne, Hof-Gent, im Sinne des Verzichts auf die Aufstellung einer Initiative, ihre Ansichten dargelegt, wird mit 119 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Der Parteitag in Luzern hält an den vom Parteitag in Olten aufgestellten Grundätzen bezüglich unfreies Heerwesen vollkommen fest und verlangt also eine erhebliche Reduktion der militärischen Ausgaben; die Volkswirtschaft über außerordentliche Ausgaben von über einer Million, das Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks, die Besserstellung des Lehmanns in militärischer und ökonomischer Beziehung, die Abschaffung der Militärjustiz. Er erklärt es als Pflicht der Partei, mit allen Mitteln für die Erreichung dieses Zielsetzungen zu kämpfen. Aus tatsächlichen Gründen aber sieht er vorläufig von der Ergriffung einer Initiative ab. Er beauftragt das Parteikomitee, die Frage der Revision der Militärorganisation im Sinne der Thesen Kapin-Müller gründlich zu prüfen und auf dem nächsten Parteitage bestimmte Postulate zur Beratung und Entscheidung zu stellen und diese Anträge so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß bis zum nächsten Parteitage genügende Zeit zur ausgiebigen Diskussion in den Sektionen und in der Parteipresse bleibt.

Eine lebhafte Debatte gab es schließlich noch über die Frage, ob dem Parteikomitee wegen der Nichtausführung des Diktator Beschlusses betreffend die 20 Millionen-Initiative ein Tadelvotum erteilt werden soll. Kameralisch die Delegierten aus der schweizerischen Schweiz forderten entschieden einen Tadel. Schließlich fand eine Resolution Annahme, welche ausdrücklich einen Tadel ablehnt, aber die Erwartung ausdrückt, daß die Parteileitung in Zukunft die Beschlüsse der Parteitage prompt ausführt.

Vom Parteitag der belgischen Sozialdemokratie und vom internationalen sozialistischen Sekretariat in Brüssel waren Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Allgemeiner Kongress der im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

Zu der Resolution betreffs Schaffung einer Reichs-Verkehrsordnung nahm der Kongress noch folgenden Zusatzpaffus an:

Die Führer von mit Namen und Nummern bezeichneten Fahrzeugen sind bei Uebertretungen von den Beamten auf die Bestimmungen der Polizeiverordnungen aufmerksam zu machen. Anzeigen, welche auf Grund der Kennzeichnung des Fahrzeuges erfolgen, sind dem Führer desselben innerhalb 24 Stunden mitzuteilen.

Hierauf referierte Berner-Berlin über die Notwendigkeit der Errichtung von Fahr- und Fachschulen. Unter Hinweis auf die große Verkehrssicherheit im Straßengebiet der Städte, durch die so häufig Leben und Gesundheit des Publikums wie auch der Fuhrwerksführer gefährdet, ist Redner zwar der Meinung, daß diesen Uebelständen am sichersten durch Verkürzung der Arbeitszeit und anständige Entlohnung abzuhelfen ist. Als drittes Mittel aber empfiehlt er die Errichtung von Fahr- und Fachschulen aus staatlichen oder kommunalen Mitteln. Nur in derartigen Instituten, wie beispielsweise eins in Leipzig besteht, könne sich ein Gelehrter oder Automobilführer die zum Fuhrberufe notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aneignen, besonders dann, wenn solche Fachschulen noch besser ausgestattet würden wie die Leipziger. Es wäre dann auch möglich, den Fuhrberuf an sich zu heben und das Eindringen von allerhand unläuteren Elementen in denselben besonders bei Streiks z. zu verhindern. Mit der Errichtung solcher Fachschulen dürfe nicht so lange gewartet werden, bis die Unternehmer auf eigene Hand noch mehr derartiger Privatinitiativen gründen, als jetzt bereits von ihnen geschaffen seien, denn diese „Schulen“ seien nur Zuchtstätten von Streikschechern oder Lohnbrütlern. Genau so wie heute schon überall kommunale Fortbildungsschulen für Handwerker bestehen, müßten auch Fachschulen für das Fahrpersonal errichtet werden. Seine speziellen Wünsche sagte Redner in folgender Resolution zusammen:

Die ständig fortschreitende Entwicklung des Verkehrs und die dadurch bedingte Zusammendrängung von Transportfahrzeugen der verschiedensten Art in den Verkehrsadern der Städte hat naturgemäß eine große Gefährdung der Verkehrssicherheit zur Folge.

Zie hieraus sich ergebenden Gefahren machen sich nicht nur, wie die Unfallsziffern zur Evidenz beweisen, in äußerst bedenklichem Maßstabe bei den Lenkern der Gefährte bemerkbar, sondern sie üben auch ihren unheilvollen Einfluß auf das die Straßen passierende Publikum aus.

Im Interesse der größtmöglichen Verkehrssicherheit ist es daher unbedingt notwendig, daß Fahrzeuge aller Art nur von geschulten, des Fahrens kundigen Lenkern geführt werden.

In Anbetracht dessen fordert der Kongress:

1. Die Errichtung von Fahr- und Fachschulen in Orten resp. Kommunalverbänden mit mehr als 20.000 Einwohnern, und zwar aus allgemeinen Staats- und Kommunalmitteln, zur Heranbildung eines geschulten, zuverlässigen Fuhrpersonals.
2. Stellung der Fachschulen unter eine sachmännlich-paritätische Kontrollkommission, welche sich aus Vertretern der Kommune sowie Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berufes zu gleichen Teilen zusammensetzt. Die Lehrer müssen aus dem Berufe hervorgegangen sein.
3. Nur in Fachschulen ausgebildete und von der Prüfungs-Kommission dieser mit einem Ausweis über ihre Befähigung zum

Fuhrdienst versehenen Personen dürfen zur Leitung von Fahrzeugen zugelassen werden. Die verkehrspolizeilichen Organe haben darüber zu wachen, daß alle Lenker von Fahrzeugen sich im Besitze des vorbezeichneten Ausweises befinden.

Außerdem, die bei der Errichtung der Fahr- und Fachschulen bereits ein Jahr gefahren sind, erhalten den Ausweis über ihre Befähigung ohne Besuch der Fachschule.

Ueber die Zweckmäßigkeit der geforderten Fahr- und Fachschulen gingen die Ansichten der Delegierten auseinander. Besonders ein Teil der sächsischen Delegierten war der Meinung, daß von dieser Art „Befähigungsnachweis“ keinerlei Vorteil für den gesamten Fuhrberuf zu erwarten sei. Einmal siehe es nicht jedem auf der Stirn geschrieben, ob er noch je in seinem Leben Fuhrer werde; dann aber würde durch solche Institute nur ein Verunsicheln erzeugt. Keineswegs aber könne bei Streiks verhindert werden, daß nicht anstatt der Berufslehre dennoch die ererbten ungelübten Kräfte auf den Bod gesetzt werden; den besten Beweis in dieser Hinsicht habe ja der Berliner Omnibusfuhrer-Streik geliefert. Die Resolution wurde nach beendeter Debatte gegen die Stimmen dieser Delegierten mit großer Mehrheit angenommen. Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt.

Die 7. ordentliche Generalversammlung des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Vierter Sitzungstag, Dienstagvormittag.

Die beiden von Crimmitschau eingelassenen Begrüßungstelegramme, deren Ankündigung und Verlesung mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall aufgenommen wird, haben folgenden Wortlaut: Den Vertretern der organisierten Textilarbeiter Deutschlands anbieten wir die herzlichsten Grüße, hoffend, daß die Beratungen vom besten Erfolg gekrönt sein werden.

Die organisierten Textilarbeiter Crimmitschaus. Glückauf zur Arbeit senden der Generalversammlung.

Die Beschlüsse der Generalversammlung. Die Zechnstundenlämpfer, Crimmitschau, Gesellschaftshaus.

Die Beratung wird fortgesetzt bei den Anträgen, die Austritt und Ausschluß betreffen. Herr Crimmitschau begründet einen Antrag, der austretende Mitglieder verpflichtet, das Mitgliedsbuch an den Verband abzuliefern und dieses zum Verbandsvermögen erklärt. Er verweist auf die besonnenen Vorgänge in Crimmitschau, wo die Unternehmer nicht nur die Blätter für sich „erbeten“, sondern sie auch der Dreiviertelverwaltung vorenthalten haben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ebenso wird beschlossen, daß verheiratete weibliche Mitglieder, die sich ordnungsgemäß abgemeldet haben, innerhalb eines Jahres ohne Beitragszahlung wieder aufgenommen werden können.

Bezüglich des Beitritts wird beschlossen, daß übertretenden Mitgliedern anderer Centralverbände die Mitgliedszeit bei Festsetzung aller Unterstützungen angerechnet wird. Auf Anträge wird festgestellt, daß unter Centralverbänden der Centralverband „Christlicher“ Textilarbeiter nicht eingeschlossen ist.

Ueber Befreiung vom Beitrag liegen gleichfalls mehrere Anträge vor, von denen nach kurzer Debatte folgende zwei Annahme finden:

1. Nach 52wöchigem Ruhen der Mitgliedschaft, z. B. infolge von Arbeitslosigkeit, erlischt die Mitgliedschaft.
2. Bis zur Dauer eines Jahres können weibliche Mitglieder, wenn sie vorübergehend arbeitslos sind, ihre Mitgliedschaft ruhen lassen, ohne daß die Karenzzeit dadurch unterbrochen wird. Die übrigen, das Statut betreffenden Anträge werden zusammengefaßt.

Inzwischen hat die Kommission für Revision der Statuten ihre Arbeiten beendet. Berichterstatter vonden Verg-Streikfeld: Das jetzige Statut ist durch die vielen Nachträge unübersichtlich geworden. Nachdem jetzt eine fast unabhärbare Zahl neuer Änderungen beschlossen worden sind, ist eine durchgreifende Neifassung des Statuts zur unbedingten Notwendigkeit geworden, wenn auch die Kommission nicht noch diesem Kongress die Lösung der Aufgabe zumuten konnte. Sachlich hat sich die Kommission im wesentlichen auf den Standpunkt der Vorschläge gestellt, die kollege Paulsen im „Textilarbeiter“ gemacht hat. Sie erbittet den Auftrag für den Vorstand und Ausschuß, der nächsten Generalversammlung ein in diesem Sinne revidiertes Statut vorzulegen. An Einzelheiten sei hervorgehoben: Zunächst muß ein einheitlicher, kurzer Name für den Verband gefunden werden, wir schlagen vor: Centralverband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen. In die Statuten muß ferner die Verpflichtung der Filialen hineingeschrieben werden, die Wahl ihrer Vorstände unverzüglich dem Centralvorstande mitzuteilen. Weiterhin sollen in unserm Verband Aufnahmebewerber zu statutarischen Zwecken eingeführt werden. Ich bitte Sie, unserm Vorschlag debattelos zuzustimmen. — Es wird so beschlossen.

Es folgt der Punkt Generalversammlung. Rowawes und Berlin I beantragen, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter entsendet werden soll. Bisher durfte jede Filiale nur einen Delegierten entsenden, dafür aber jede, die 200 Mitglieder aufweist. Verschiedene Kompromißanträge wollen statt der bisherigen 200 Mitglieder 300 zur Voraussetzung der Vertretung auf der Generalversammlung machen, oder wollen 500 dafür einsehen. Wieder andre Anträge schlagen vor, es bei dem jetzigen Modus zu belassen, aber Orten mit mehr als 1000 Mitgliedern zwei Delegierte zuzugestehen. Beschlossen wird schließlich, es beim bisherigen Modus zu belassen.

Aus der Mitte der Versammlung wird beantragt, das Gehalt der drei Centralbeamten auf 2000 bzw. 1800 M. festzusetzen oder eine stufenmäßige Gehaltserhöhung um jährlich 50 M. einzuführen. Nahezu einstimmig wird beschlossen, den Centralvorstandsbeamten die stufenmäßige Gehaltserhöhung mit rückwirkender Kraft vom vorigen Kongress an zu bewilligen.

Auf Antrag der Revisionskommission für die Statuten werden Vorstand und Ausschuß ermächtigt, im Bedarfsfalle eine neue besoldete Kraft, eventuell einen Comptabilisten, anzustellen.

Als Sitz des Verbandes wird einstimmig wieder Berlin bestimmt, der Vorstand Häblich, 1. Vorsitzender, Treue, Kassierer und Köffel wird einstimmig wiedergewählt.

Als Ort für die nächste Generalversammlung wird Rühlhausen i. Th. mit großer Mehrheit gewählt. Zeit ist Ostern 1908.

Als Berichterstatter der Kommission für Kranken-Unterstützung beantragt

Defner-Augsburg, die Unterstützungsätze für männliche Mitglieder durchschnittlich um 50 Pf. pro Woche zu erhöhen, für die weiblichen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Unterstützungs-dauer ist die gleiche geblieben, nur im dritten Jahr, das bisher keine eigne Stufe bildet, ist sie um zwei Wochen verlängert. Die jetzigen Sätze sollen also sein:

1. Bei den männlichen Mitgliedern:	
Im Falle einjähriger Mitgliedschaft	2,50 M. für 6 Wochen
„ „ „ „ „ „ „ „	3 „ „ 8 „
„ „ „ „ „ „ „ „	3,50 „ „ 10 „
„ „ „ „ „ „ „ „	4 „ „ 10 „

Bei weiblichen Mitgliedern ist unter sonst gleichen Bedingungen der Satz jeweils um 50 Pf. geringer.

Dienstagvormittag-Sitzung.

Bis die Anträge der Krankenunterstützungs-Kommission gedruckt vorliegen, wird über die anderen Unterstützungsätze beraten. Die Anträge auf Einführung eines Sterbegeldes, einer Heim-arbeiter-Unterstützung werden nicht genügend unterstützt. Die Reise-Unterstützung bleibt unverändert, die Gewahrgelten-Unterstützung, die bisher 9 M. betrug, wird einstimmig erhöht: männliche Mitglieder sollen von jetzt an 12 M. erhalten; wenn sie verheiratet sind 1 M. pro Kind unter

14 Jahren mehr, bis zur Höchstsumme von 15 M. Verheiratete Mitglieder, die infolge von Streik, Aussperrung oder Abfertigung ihren Wohnsitz wechseln müssen, sollen auch eine Umzugs-Unterstützung in Höhe von 10—40 M. erhalten.

Inzwischen ist folgende Resolution eingelaufen:

In Erwägung, daß die Arbeit in den Betrieben der Textilindustrie die Kräfte und Nerven der Arbeiter und Arbeiterinnen überanstrengt und vorzeitig erschöpft und eine gesetzliche Arbeitsbeschränkung von der medizinischen Wissenschaft, von zahlreichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten als ein unabweisbares Bedürfnis anerkannt ist —

daß die auf eine Verallgemeinerung des Zechnstundentages gerichteten Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter scheitern an dem organisierten Widerstand des rüchständigen aber einflußreicheren Teiles der Textilindustriellen, vor allem der Besitzer der großen und größten Betriebe —

fordern die gewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands den Bundesrat und alle Parteien des deutschen Reichstages auf, die baldige

gesetzliche Einführung des Zechnstundentages in der deutschen Textilindustrie zu fördern. Unbeschadet der Forderung auf eine gesetzliche Festsetzung der achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter jeden Berufs, Geschlechts und Alters verlangt die Textilarbeiter-Gesellschaft Deutschlands die schleunige Einführung des gesetzlichen Zechnstundentages (oder der 56-stündigen Arbeitswoche) für alle Betriebe der Textilindustrie als eine schon längst verabsäumte Reform. Die deutschen Textilarbeiter erwarten, daß der deutsche Reichstag noch in der laufenden Session dem Bundesrat einen diese Reform bestimmenden Beschluß zur dringlichen Berücksichtigung überweist und daß der Bundesrat dem Reichstage sofort eine entsprechende Vorlage zugehen läßt.

Es folgt die Vertung der Anträge zur Streik-Unterstützung. Es werden drei Änderungen angenommen. Zunächst wird vorgeschrieben, daß Ledige beim Streik den Ort sofort verlassen sollen. Ferner soll bei Angriffsstreiks erst von der zweiten Woche an Unterstützung gezahlt werden. Schließlich werden künftig bei Streiks usw. nur diejenigen als vollberechtigt anerkannt werden, die mindestens seit 13 Wochen dem Verband angehören.

Zur Krankenbeihilfe wird der Abänderungsvorschlag der Kommission ohne wesentliche Debatte angenommen. Die anderen Anträge, die hierzu Annahme finden, sind lediglich redaktioneller Natur.

Der Bericht über die Fachpresse wird von dem Verleger Bieweg erstattet: Das Blatt scheint mir in privatem Besitz zu sein. Der Drucker Robert Walther in Burgfeld hat aus Begeisterung für die Arbeiter Sache das Blatt noch unter dem Socialistengesetz gegründet. Nach dessen Fall mußten wir ihn ablösen. Aus Vorsicht wurde es in der Form eines privaten Unternehmens gegründet und übernommen. Wir sind mit der „Volkstimme“ in Chemnitz verbunden, haben unsern vollen Teil an der Verwaltung und dem Vermögen des Chemnitzer Parteiblattes. Der Redaktion ist jeder Wunsch erfüllt worden. Deshalb bitte ich Sie, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen.

Geschäftsleiter Reichelt-Chemnitz: Der Verleger bekommt nicht einen Pfennig. Suchen Sie sich einen anderen Unternehmer in ganz Deutschland, der es ebenso macht. Was soll da der Antrag heißen, das Blatt in eigne Regie zu übernehmen. Redner läßt dann auf, warum als Expedient ein Chemnitzer angestellt worden sei, weil der in Aussicht genommene, einstimmig gewählte Kollege plötzlich absagte und Vertretung nötig war. Nehmen Sie das Blatt nicht aus Sachsen weg. Sie würden die Agitation in Sachsen lahm legen. Auch die „Volkstimme“ ist Arbeitereigentum, großenteils gesammelt. Warum läßt man nicht dort, wo wir Mitteilnehmer sind, sondern in einer Privatredaktion den Redaktionsbericht drucken? (Sehr richtig!) Wir sind dort nach unserem Umsatz am Geschäftsgewinn beteiligt. Aber wir als Personen nehmen keine Ueberlässe. Entweder geben wir es dem Verband oder erweitern den Kreis des Blattes. Mit der Uebernahme des Blattes in eigne Regie werden Sie dem Verband nicht nützen. (Lebhafte Bravo!)

Früher-Görlitz: Schon vor vier Jahren wollten wir das Blatt zum Verbandsorgan machen. Jetzt können wir nicht länger warten. Die Blätter der andern Gewerkschaften werden ganz anders geleitet. Der „Textilarbeiter“ bringt keinen Mut, kein frisches Blut in die Organisation. Das Blatt geht nicht voran. Ueber Crimmitschau hat es nur fremde Urteile abgedruckt. Redner verliest einen Artikel, in dem die Beleidigungsstrafe für den Ausbruch „Streikbrecher“ gerechtfertigt wird. In dem Blatte fehlen auch belehrende Artikel völlig. Es kann nicht zwei Centralen geben. In Berlin ist das geistige Leben konzentriert. (Lachen.) Es ist uns jetzt auch keine Gewähr dafür gegeben, daß wirklich so wirtschaftlich vorgefahren wird, wie es möglich ist.

Köffel-Berlin tritt dafür ein, den „Textilarbeiter“ nach Berlin zu verlegen. Dann könnte der Vorstand auch seine Druck-sachen dort herstellen lassen. Der Zusammenhang zwischen Vorstand und Redaktion müßte viel enger werden. Heute sehe dem Vorstand sogar jeder Einbild in die Verhältnisse des Blattes. Darum bitte ich Sie, eine Konferenz zwischen dem Geschäftsführer des Blattes und dem Centralvorstand anzuordnen.

Redakteur des „Textilarbeiter“ Wagener: Ich habe diese Angriffe erwartet. Aber ich bin an den Umständen nicht schuld. Ich muß unter allen Umständen die Artikel mit dem Freigeist in Einklang bringen; da erlischt dann das Feuer. Belehrende Artikel müssen wegen Platzmangel fortbleiben. Die örtlichen Mitteilungen kann ich auch nicht so stark kürzen; Sie schreiben ja so lang. Der Artikel über „Streikbrecher“ war sehr gut gemeint; ich wollte die Arbeiter vor Strafe schützen, aber ich gebe zu, daß ich da entgleist bin. Ich war einfacher Webergeselle in Burgfeld. Damals war ich der beste Mitarbeiter des „Textilarbeiter“. Seitdem gelebt viele junge Kollegen, die mich an Arbeitskraft und vielleicht auch an Ehrgefühl übertreffen. Aber das kann ich nicht zu ändern versprechen, ich werde ja auch nicht jünger. Schärfer könnte auf die Dauer doch keiner schreiben, sonst läme er nicht aus dem Gefängnis heraus. Wenn Sie aber wünschen, daß ein anderer Kollege an meine Stelle tritt, ich nehme es Ihnen nicht übel. Ewig kann ich schließlich auch nicht Redakteur bleiben, ich bin auch mit Nebenarbeiten in Chemnitz zu sehr überhäuft.

Der Antrag Köffel wird mit großer Mehrheit angenommen.

Auf dem nächsten Gewerkschafts-Kongress soll der Textilarbeiter-Verband durch 12 Delegierte vertreten sein.

Auf dem nächsten internationalen Textilarbeiter-Kongress in Mailand 1905 soll Deutschland durch 12 Delegierte vertreten sein. Wahl und Bezirkseinteilung soll Redakteur Wagener leiten. Als Vertrauensmann der Textilarbeiter Deutschlands wird Wagener für zwei Jahre durch Juras wiedergewählt.

Zum Schluß wird die Zechnstundentags-Resolution einstimmig angenommen.

Vorsitzender Häblich: Wir sind am Schluß unserer Beratungen. Kollegen! Sie alle werden das Bewußtsein mit sich davontragen, hier in ernster, schwerer Arbeit nach bestem Wissen und Können das Wohl des Verbandes angestrebt zu haben. Und wir haben auch die Organisation einen Schritt weiter gebracht. Wir haben die Arbeits-lojen-Unterstützung beschlossen, haben vor allem den Verband finanziell auf eigene Füße gestellt. Freilich, hätten wir nicht von Crimmitschau gelernt, wir wären freiwillig zur Beitragszahlung gelangt. (Lebhafte Beifall.) Jetzt können wir hoffen, mit einer gut geschulten Truppe und genügend Mitteln recht bald den Unternehmern Achtung vor uns beizubringen. (Wiederholter Beifall.) Ich danke noch einmal den Kollegen Hannover für die freundliche Aufnahme und schließe mit den besten Wünschen für Ihre Heimreise den Kongress. Wir können mit Genugthuung auf ihn zurückblicken. (Lebhafte, anhaltender Beifall.) — Die Delegierten singen stehend den ersten Vers der Marxlied.

Maschinen- und Heizerkongress.

Galle, 4. April.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung wird nach einem Vortrage von Scheffel-Weipzig auf dem Wege der Gesetzgebung in einer Resolution das Verbot von Nebenarbeiten von Maschinen und Heizern während des Betriebes außerhalb des Kessel- und Maschinenraumes verlangt, wenn währenddessen Dampfessel oder Betriebsmaschinen ohne sachmännliche Aufsicht sind. Begründend wird auf unzählige Unfälle in Fabriksbetrieben hingewiesen. Es sei nicht angängig, daß die Heizer nebenbei mit Stiefelputzen und Küchenbedienungen beschäftigt werden. In einem Falle, so wird ausgeführt, ist ein Dienstmädchen als Kesselheizerin thätig gewesen. Die Kessel- und Maschinenräume sind teilweise die reinen Fest- und Schwindlichthöhlen.

Punkt 9 der Tagesordnung: „Beschlussfassung über eine staatliche Prüfung für Maschinen- und Heizer“ fand nach Referaten von Reichert-Stuttgart und Kirchnid-Berlin durch Annahme einer Resolution, nach der alle Bestrebungen, welche auf Eringung eines Befähigungsnachweises für Maschinen- und Heizer hinführen, verworfen werden, seine Erledigung. Anmuthungsbegehren bieten kein wirksames Heilmittel gegen das Ueberhandnehmen von ungerathem Betriebspersonal in der heutigen Produktionsweise, sondern fördern vielmehr den Klassenhass und den Egoismus.

In Punkt 11 der Tagesordnung wird die Anzeigepflicht der Betriebsunternehmer an die Gewerbe- und Kesselinspektion beim Auslösen (Deformieren) von Dampfesselteilen gefordert, um durch amtliche Untersuchung feststellen zu können, welche Umstände zum Auslösen des Dampfessels geführt haben. Die Schuldigen sind zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Vertreter der Generalcommission, Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, wendet sich mit einigen ermahnenden und ermunternden Worten an die Kongressmitglieder. Er sei überrascht gewesen, bemerkt der Redner, so eine Fülle von Glend und unzähligen Mifstünden auf dem Kongress kennen zu lernen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird jeder Zeit die Vertretung der Forderungen der Maschinen- und Heizer im Parlament übernehmen. Obwohl die Forderungen zu bescheiden und zu mäßig sind, bitte er aber die Kongress-Teilnehmer, sich in Bezug auf Erfüllung derselben keinen zu großen Hoffnungen hinzugeben. Man sagt allerdings, wir leben im Zeitalter des Dampfes; in Bezug auf soziale Reformen werden wir aber an die Zeit der alten Volkstümlichkeit erinnert. Obwohl der Beruf der Maschinen- und Heizer ein sehr verantwortlicher ist und die geschulten Befahren auch für das Publikum sehr hoch sind, dürfte man nicht verkennen, daß das Unternehmertum den Dingen sehr gleichgültig gegenübersteht. Darum ist es absolut notwendig, auch auf gewerkschaftlichem Gebiete rüstig weiter zu arbeiten. (Beifall.)

Der Vertreter des Seemanns-Verbandes, Müller-Hamburg, bedauert, daß diesem Arbeiterparlament, in dem so grauenhafte Mifstände ausgebrochen worden sind, kein Regierungsvertreter beigewohnt habe. Die Herren von der Regierung werden aber trotzdem von den Verhandlungen lernen müssen, und der Kongress wird auch nicht ohne Einfluß auf die Unternehmer vorübergehen. Deprimierend für die Kollegenchaft sei es aber, daß es in der Organisation noch verschiedene Mifstungen giebt. Eine Einheit der Aktion sei dringend notwendig.

Der Kongress wurde mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

7. Generalversammlung des Centralverbandes der Maschinen, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

Die Generalversammlung fand nach dem Kongress statt. Es sind 70 Delegierte der Hauptverbände und Redakteur Kirchnid-Berlin, der Verbandssekretär Klein und der Obmann des Ausschusses Ungerecht anwesend. Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband in der letzten zweijährigen Geschäftsperiode gute Fortschritte gemacht hat. Nach einigen kleinen Moniten wird den Verbandsbeamten Entlastung erteilt.

Die Maßregelungen von Verbandskollegen haben sich in der letzten Geschäftsperiode bedeutend erhöht. An Arbeitslosen-Unterstützung hat der Verband im Jahre 1903 14 823 M. gezahlt.

Ein Antrag, den Anschluß des Verbandes an den internationalen Bund der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande zu vollziehen, wird von Müller-Hamburg begründet und angenommen. Es wird die Mitgliedschaft für 1000 in der Binnen-Schiffahrt beschlossen. Die Mitgliederzahl wird auf ein Jahresbetrag von 80 M. ausgeworfen werden. Das Sekretariat des Bundes befindet sich in London; durch den Anschluß wird eine internationale Verständigung in den Gewerkschaftsfragen erstrebt. Als Delegierter für den internationalen Transportarbeiter-Kongress und den gleichfalls im August dieses Jahres in Amsterdam stattfindenden internationalen Arbeiterkongress wurde Hopp-Hamburg gewählt. Zum nächsten Gewerkschafts-Kongress werden Kirchnid-Berlin und Scheffel-Weipzig delegiert.

Bezüglich der Raiffeisen wurde unter allgemeiner Zustimmung bemerkt, daß über diese Frage auf dem nächsten internationalen Kongress einmal ein energisches Wort geredet werden müsse. Entweder man begehrt die Raiffeisen, wie es sich gehört, oder man stellt die ganze Geschichte ein.

In der weiteren Tagung beschäftigte sich die Generalversammlung mit dem inneren Ausbau der Organisation. Der Wochenbeitrag wurde von 20 auf 25 Pfennige erhöht und die Arbeitslosen-Unterstützung wurde durch Verminderung der Karenzzeit etwas erhöht. Ein Antrag auf Einführung einer Krankenunterstützung wurde abgelehnt. Der Hauptvorstand wurde per Acclamation wiedergewählt. Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wurde Mannheim bestimmt. Den Verbandsbeamten wird es freigestellt, jedes Jahr Urlaub von acht Tagen zu nehmen. Ein Antrag, den Centralverband-Vorstand zu ersuchen, über die zehnjährige Thätigkeit des Verbandes eine Statistik herauszugeben, wurde angenommen. Ein Antrag auf Aufhebung der Gasse wurde abgelehnt; an Stelle der Gasse wurden, um Kosten zu ersparen, Wandteiler eingefügt.

Nach einem zummunternden Schlusswort von dem 2. Vorsitzenden der Generalversammlung, Scheffel-Weipzig, schließt der 1. Vorsitzende Schmidt-Weipzig die Verhandlungen mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband, worauf die Delegierten die Arbeiter-Marktblätter aufnahmen.

Die Verhandlungen dauerten vier Tage und erreichten am 3. Feiertag nachmittags 1/2 Uhr ihr Ende.

Dritter Kongress der Fliesenleger Deutschlands.

Die Fliesenleger Deutschlands hielten am 4. und 5. April in Dortmund ihren dritten Kongress ab. Erschienen waren zwölf Delegierte. Der Vertrauensmann Wegener-Berlin erstattete den Jahresbericht, aus welchem folgendes hervorgehoben sein mag. Die Zahl der Mitglieder beträgt 330. Die Einnahme des Vertrauensmannes belief sich auf 997,95 M., die Ausgabe auf 774,25 M., mithin ein Kassenbestand von 223,70 M. verblieb. Lohnbewegungen fanden u. a. statt in Hannover-Linden, Dresden, Dortmund und Berlin, die sämtlich mit Erfolg für die Organisation endeten. Aus den Berichten der Delegierten war zu entnehmen, daß neben der Fluktuation und der Accordarbeit die Streitigkeiten über die Organisationsform die Entwicklung der Organisation stark behinderten. Vielfach wurde über das Zwischenmeisterthum geklagt, ferner über die Verzögerung des Anschlusses an auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Institutionen. Einen breiten Raum in der Debatte nahmen dann die Erörterungen ein über die Bestrebungen, eine Einigung mit den Centralverbänden resp. einen Anschluß an die Generalcommission herbeizuführen. Es lag hierzu auch eine Resolution vor, welche sich mit

den bekannten, ergebnislos verlaufenen Einigungsverhandlungen in Berlin beschäftigte. Das negative Ergebnis wird den Vertretern der Centralverbände aufs Schuldlos geschrieben, es wird weiter erklärt, daß man principiell einer Einigung sympathisch gegenüberstehe, jedoch es ablehne, etwas von den Grundsätzen der „Freien Vereinigung“ preiszugeben. Redakteur Kater von der „Einigkeit“ ließ sich in längeren Ausführungen über die Aufgaben der Arbeiterbewegung aus. Redner betrat den Standpunkt, daß es nicht möglich sei, alle Arbeiter doppelt zu organisieren, in lediglich Berufsorganisationen und in politischen Vereinen. Aus diesen Gründen müßten die gewerkschaftlichen Organisationen sich auf den politischen Boden der Sozialdemokratie stellen. Weiter meint Redner, eine allzu weit durchgeführte Centralisation, ähnlich wie beim Militarismus, bringe die Gefahr eines Jena für die Arbeiterbewegung in sich. — Der Delegierte von Dresden plädierte für Austritt aus der „Freien Vereinigung“ und Schaffung eines selbständigen Centralverbandes. Sämtliche andern Redner widersprachen dem Vorschlag, erklärten dazu, daß man nach wie vor bestrebt sein werde, mit der Centralorganisation in Frieden zu leben und den Anschluß an die Generalcommission herbeizuführen. Die erwähnte Resolution fand sodann ohne Widerspruch Annahme.

Sodann referierte Wegener-Berlin über Organisation und Agitation. Redner empfahl die Einsetzung einer Agitationskommission zwecks besserer Propagierung der Bestrebungen und Ziele der Organisation an solchen Orten, wo noch keine Fliesenlegerorganisation geschaffen sei. Ein entsprechender Antrag fand Zustimmung.

Zu Punkt: „Streiks und Aussperrungen“ fand eine Resolution Annahme, in welcher ausgesprochen wird, daß die Konferenz sich auf den Boden der bezüglichen Beschlüsse der 6. Konferenz der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ stellt. Lohnbewegungen sollen stets sofort der Geschäftsleitung mitgeteilt werden, ferner sollen bei Streiks die Mitglieder nach Möglichkeit abreisen.

Eine längere Diskussion entspann sich über die Presse. Besonders wurde gerügt ein Artikel in Nr. 44 der „Einigkeit“: „Was es angeht!“ In dem Artikel wurde, wie bekannt, angeblicher Terrorismus freier Gewerkschafter besprochen, in einer Weise, die in weiteren Kreisen den Eindruck der Denunziation erweckte. Redakteur Kater von der „Einigkeit“ erklärte, daß er die Form der Publikation nicht retten wolle, sachlich halte er dieselbe für notwendig. Der Artikel sei nicht etwa, wie das „Correspondenzblatt“ behauptet habe, schuld an einer in Magdeburg vorgekommenen Denunziation, vielmehr habe gerade diese den direkten Anstoß zu der Veröffentlichung des Artikels gegeben. Eine Resolution, in welcher das Bedauern über das Vorkommnis ausgesprochen wird, gelangte einstimmig zur Annahme.

Zu Punkt „Raiffeisen“ nahm die Konferenz ohne Widerspruch eine Resolution an, durch welche die Mitglieder verpflichtet werden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Die weiteren Beratungen bezogen sich auf innere Organisationsangelegenheiten. Geschlossen wurden sodann die Verhandlungen mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Verbandstag des Deutschen Kürschner-Verbandes.

Am 2. Feiertag wurde in Dresden im Volkshaus vom Vorsitzenden Schubert der Kongress eröffnet und nach dem Wahlen der Bericht des Vorstandes gegeben. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1903: 1917 gegen 1457 im Jahre 1902. Die höchste Mitgliederzahl hat Stuttgart: 400, dann folgt Marxstadt mit 299, Limbabenau mit 220, Berlin mit 184, Schleibitz mit 149, Hamburg 133 und Dresden 68 u. c. Es dürften etwa 25—31 Proz. der Berufsangehörigen organisiert sein. Streiks fanden im Jahre 1903 8 statt, von denen 3 Angriffs- und 5 Abwehrstreiks waren. 6 verliefen erfolgreich. Es waren 407 Kollegen daran beteiligt, darunter 237 Verheiratete mit 450 Kindern. Kosten entstanden dadurch 7031 M.

Eine vom Verbandsvorstand angenommene Statistik ergab, daß 1304 Kürschner 1909/10, Tag arbeiteten und 1170 Tage krank waren.

Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug im Jahre 1903 20 736,16 M., die Ausgabe 13 018,43 M. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 7 717,73 M. Das Vermögen des Verbandes belief sich Ende 1903 auf 22 632,74 M. Daß sich die Institution der Tarifgemeinschaft immer mehr Freunde sowohl bei den Arbeitern als auch erwerbslosere Weise bei den Unternehmern erwirbt, wird ebenfalls im Verbandsbericht konstatiert. Die Unternehmer beginnen mehr und mehr einzusehen, daß es auch für sie vorteilhafter ist, sich friedlich mit ihren Arbeitern auseinanderzusetzen, als immer den Progenstandpunkt der „Herrn im Hause“ einzunehmen. Auch unter den Kollegen verschwinde die irrige Meinung mehr und mehr, daß durch Abschluß von Tarifen die Organisation den Charakter einer Kampfgesellschaft verliere. — Die internationale Solidarität unter den Berufsangehörigen wird nach dem Vorstandsbericht warm gepflegt. An den Bericht des Vorstandes schloß sich eine rege Debatte.

Dresden, 5. April 1904.

Bei Beginn der heutigen Sitzung entspann sich zunächst eine lebhafte Debatte über die Höhe der Diäten. Sodann wird in der Debatte über den Vorstandsbericht fortgefahren. Leizler-Frankfurt spricht sich für eine möglichst baldige Anstellung eines besoldeten Vorstandsmitgliedes aus. (Die Verbandsgeschäfte werden jetzt im Nebenamt besorgt.) Die Debatte beschäftigte sich, wie auch schon gestern, hauptsächlich mit den Sonderbestrebungen der Berliner Kollegen, die vielfach noch an der Lokalorganisation festhalten. Es wird ein Antrag angenommen, der das Verhalten der Berliner Kollegen bedauert und dem Vorsitzenden für sein Verhalten (er hat eine Filiale des Verbandes in Berlin gegründet) das Vertrauen ausspricht. Angenommen wird gegen eine Anzahl Stimmen ein Beschluß, der den Vorstand beauftragt, auch fernerhin eine Einigung mit den Berliner Lokalisten anzubahnen resp. dieselben zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Nach einigen Schlussbemerkungen des Vorsitzenden wird dem Vorstand und dem Ausschuss einstimmig Decharge erteilt.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung „Agitation“ giebt der Vorsitzende einen einleitenden Vortrag und schildert die Schwierigkeiten im Kürschnerberuf, in dem — außer in den großen Städten — die Hausindustrie stark verbreitet ist und sich gegen die Bildung von Agitationsbezirken aus, da dazu der Verband nicht kräftig genug ist und es auch an den geeigneten Agitationskräften mangelt. In der Debatte über diesen Punkt wird auf die Schwierigkeit der Agitation unter den Arbeiterinnen hingewiesen. Vier verschuldete viel der Umstand, daß die männlichen Kollegen eine Art Zwischenmeister für die weiblichen bildeten, und da allgemein das Accordsystem vorherrsche, so führe das dazu, daß die erlernen unwillkürlich zu Ausbeutern ihrer weiblichen Kollegen würden. Dadurch wäre die nötige Solidarität unmöglich gemacht. Schließlich findet ein Antrag Annahme, wonach in Orten, wo es wünschenswert erscheint, Agitationskomitees errichtet werden sollen. Diese müssen aber die Zustimmung des Hauptvorstandes haben. Diesem wird auch sonst die Vertreibung der Agitation überwiesen.

Zum Punkt „Arbeitsvermittlung“ hat der Centralvorstand ein Reglement zur Errichtung eines Centralarbeitsnachweises eingebracht. Dasselbe findet im Princip vielseitige Sympathie, man hat nur Bedenken hinsichtlich der praktischen Durchführung und darüber, daß die Arbeitgeber den Arbeitsnachweis der Gehilfen auch anerkennen werden. Schließlich wird die Errichtung eines Centralarbeitsnachweises im Princip mit großer Mehrheit beschlossen. Das von Centralvorstand dem Verbandstag hierzu vorgelegte Reglement wird darauf mit wenigen Änderungen angenommen.

Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

Zugern, 3. April.

Der Kongress ist von 324 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht, die 29 Verbände und 21 Arbeiter-Unionen vertreten. Als Präsident wurde Reimann u. Biel, Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats gewählt. Ohne längere Debatte wurden die Thätigkeits- und Kassenberichte des Bundeskomitees sowie der Bericht

des Beschwerdekomitees genehmigt. Der Antrag des Bundeskomitees auf Einführung des Obligatoriums der „Arbeiterstimme“ für die Mitglieder der Sektionsverbände wurde abgelehnt und zwar im Hinblick auf die lokale Arbeiterpresse.

Längere Diskussion, an der sich zahlreiche Redner beteiligten, veranlaßte der Antrag der Laufamer Gewerkschaften, in der welschen Schweiz einen Sekretär für den Gewerkschaftsbund anzustellen. Wären die Mittel dazu vorhanden, würde der Wunsch gerne erfüllt werden. Auch für die italienischen Arbeiter im Kanton Tessin wäre ein besonderer Sekretär notwendig. Wegen Mangel an Mitteln konnte bisher noch nicht einmal der vor anderthalb Jahren gefasste Beschluß betreffend die Anstellung einer Sekretärin ausgeführt werden. Für die baldigste Ausführung dieses Beschlusses trat mit lebhaften und eindrucksvollen Worten die Genossin Billinger-Jürich ein, die sich von der Wirksamkeit einer solchen unter den hunderttausenden Fabrik- und Gewerbe-Arbeiterinnen eine kräftige Förderung der Organisation derselben verspricht. In gleicher Weise äußerte sich die Genossin Frau Conzett-Jürich. Von anderer Seite wurde auf die Thätigkeit der katholischen Agitatoren unter den Arbeiterinnen hingewiesen, für die sie bereits mehrere Vereine gegründet haben; demjenigen in St. Gallen sollen 2000 Mitglieder angehören.

Greulich macht darauf aufmerksam, daß die beiden Adjunkten des schweizerischen Arbeiter-Sekretariats in Biel und Genf für die Gewerkschafts-Bewegung der welschen Schweiz da seien und es nur an den Gewerkschaften selbst liegt, sich in fester Verbindung mit ihnen zu halten. Die Anstellung eines besondern Sekretärs für die französische Schweiz durch den Gewerkschaftsbund wurde mit 140 gegen 47 Stimmen abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit eine Sekretärin anzustellen. Annahme fand schließlich auch noch der Antrag, dem Verlangen der Gewerkschaften in der französischen Schweiz durch den Gewerkschaftsbund zu entsprechen, sobald die Mittel dafür vorhanden sind.

In der Nachmittags-Sitzung begründete Genosse Greulich das vorgeschlagene Uebereinkommen zwischen dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes und dem christlichen Gewerkschaftskartell in St. Gallen. Er erinnerte an die Beschlüsse des 1902 in Bern stattgefundenen Arbeitertages, wonach die Katholiken keine christlichen Gewerkschaften mehr gründen und die bestehenden auflösen sollten. Die Vertreter der Katholiken im Arbeiterbunde bemühten sich, den Beschluß durchzuführen, allein unter den Katholiken giebt es eine Klassenkampfströmung, die die Gründung der Gewerkschaften zur Folge hatte; dagegen vorzugehen, so erklärten die katholischen Vertreter, hätten sie keine Mittel. Der Hauptgegner dieser Bewegung ist St. Gallen, wo der katholische Professor Jung die Gründung konfessioneller Gewerkschaften betreibt. In unsern Kreisen wird leider die religiöse Neutralität auch noch immer nicht gehalten; katholische Arbeiter beschwerten sich darüber, daß sie in Gewerkschaften ihrer Religion wegen verspottet worden seien. In der Sache selbst war an ein Aufgehen der katholischen Gewerkschaften in unsern Verbänden nicht zu denken. Unter diesen Umständen richtete der Ausschuss des Arbeiterbundes an die denselben gehörenden katholischen Organisationen ein Schreiben, in dem die Notwendigkeit der Regelung der Gewerkschaftsfrage betont wurde, denn andernfalls stünde der Austritt des Gewerkschaftsbundes aus dem Arbeiterbunde zu befürchten, der aber ohne jenen eine hohle Farcie noch wäre, bei der die nichtkatholischen Organisationen nicht mehr mitmachen würden. Es wurde sodann in dem Schreiben der Vorschlag gemacht, daß die christlichen Gewerkschaften sich ihren Berufsverbänden und durch diese dem Gewerkschaftsbunde anschließen sollten. Professor Ved in Freiburg war damit einverstanden und erklärte, nie für die Gründung konfessioneller, sondern nur für die neutralen Gewerkschaften einzutreten. Allein die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten, nur als ein Ganzes durch das christliche Gewerkschaftskartell sich dem Gewerkschaftsbund anzuschließen. So kam dann das vorgeschlagene Uebereinkommen zu stande, nach dem das Kartell einen Jahresbeitrag von 1500 Frank an den Gewerkschaftsbund leisten, sich den Statuten desselben unterwerfen und seine Mitglieder anhalten soll, bei Lohn- und Streikbewegungen mit den Berufsangehörigen der andern Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Andererseits soll das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes seine Verbände und Sektionen zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften und zu gemeinsamem Vorgehen in allen Fragen der Arbeitsverhältnisse anhalten. Nach eingehender weiterer Debatte aller in Frage kommenden Verhältnisse empfahl Greulich schließlich dem Kongress die gründliche Prüfung der Frage und die gewissenhafte Entscheidung derselben.

An der anschließenden Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, beteiligten sich 17 Redner, von denen 14 das vorgeschlagene Uebereinkommen beipflichten und nur drei es beipflichteten. Von den Gegnern wurde unter andern darauf hingewiesen, daß die ganze Neutralitätsbewegung nur zur Folge hatte, daß die freien Gewerkschaften parteipolitische Neutralität üben, die christlichen Gewerkschaften aber weder religiöse noch parteipolitische Neutralität bestritten wurde, daß die christlichen Gewerkschaften eine Klassenkampf-Bewegung seien, sie sind vielmehr Schutzwälle gegen die freie, klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung. Es werden nicht christliche Gewerkschaften, wo wir nicht hinlommen können, gegründet, sondern da, wo die freien Gewerkschaften Fuß gefaßt haben, da wird die Arbeiterchaft zerissen und schwer geschädigt. Den Mitgliedern des christlichen Gewerkschaftskartells wurde in St. Gallen das hier vorgeschlagene Uebereinkommen dadurch mundgerecht gemacht, daß gesagt wurde, vom politischen Standpunkte aus sei es gut. Nicht die christlichen Arbeiter haben das Bedürfnis nach konfessionellen Gewerkschaften und nicht sie haben solche gegründet, sondern die katholischen Parteiführer und die Geistlichen sind die Gründer derselben. Man hat sogar den deutschen Reichstags-Abgeordneten Gröber zu diesem Zwecke kommen lassen. Einer der Hauptgründer der katholischen Gewerkschaften, Professor Jung in St. Gallen, hat erklärt, wenn diese Organisationen durch die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsbund stark gebunden sind, können sie wieder austreten. Die katholischen Arbeiter sind Autoritätsmenschen und können daher nicht Klassenkämpfer sein. So lange die christliche Kirche die Geschäfte des Kapitals besorgt, muß sie bekämpft werden.

Von den Freunden des Uebereinkommens wurde es als der einzige Weg bezeichnet, die Schädlichkeit der christlichen Gewerkschaften zu paralysieren und ein geordnetes Zusammenwirken zu ermöglichen.

In seinem Schlusswort gab es Greulich auf, den Kongress noch für das Uebereinkommen zu gewinnen. Er betonte sich nur gegen den in der Diskussion erhobenen Vorwurf der Unaufrichtigkeit.

In der Abstimmung fiel für das Uebereinkommen keine einzige Stimme, für Uebergang zur Tagesordnung stimmten 87, für eine nochmalige Unterhandlung mit dem christlichen Gewerkschaftskartell 19, dagegen wurde mit 147 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die beantragte Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem christlichen Gewerkschaftskartell ist gänzlich abzulehnen. Die katholischen Sociologen werden aufgefordert, ihrem anlässlich des Luzerner Arbeitertages gegebenen Versprechen betreffend die Unterlassung der Neugründung von konfessionellen Gewerkschaften nachzukommen, eventuell sollten dieselben aufgelöst und ihre Mitglieder bezogen werden, sich den bestehenden Berufsorganisationen anzuschließen. Falls die genannten Sociologen dieser Aufforderung nicht nachkommen, behält sich der schweizerische Gewerkschaftsbund weitere Schritte vor und ist das Bundeskomitee beauftragt, den Verbänden und Sektionen Vorschläge zu unterbreiten, das unhaltbare Verhältnis im schweizerischen Arbeiterbund anderweitig zu regeln.“

Als Vorwort wurde Bern beifällig. In einer Resolution wird die Anstellung von Fabrikinspektorinnen verlangt. Nachdem noch Genosse Koch namens der Zugerner Arbeiterinnen eine kurze Antrags gehalten, schloß Präsident Reimann den Kongress mit den besten Wünschen für das weitere Gedeihen der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

No. 248201.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marko. Diese Marko liebt man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Marko in baar eingelöst.

Von d. Rabatt-Vergünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen.

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andree-Strasse

Porzellan Glas

- Speiseteller each 12 Pf.
Kaffeekannen verschiedene Formen 55 Pf.
Obertassen massiv für Kaffeeküchen 9 Pf.
Tassen mit Untertassen sortiert 8 Pf.
- Butterdosen gepresst 20 Pf.
Käseglocken Bandmuster 33 Pf.
Zuckerschalen geschliffen 33 Pf.
Sturzflaschen farbig mit Bild 38 Pf.

**Donnerstag
Freitag
Sonnabend**

soweit der Vorrat reicht

Emaill

- Eimer ca. 28 cm 65, 75, 85 Pf.
Eimer extra gross 1¹⁰
Schmortöpfe ohne Ring 38, 45, 60 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 55, 65, 80 Pf.
Casserollen mit Ring 45, 55, 65 Pf.
Wasserkessel 48, 60, 75 Pf.
Wasserkessel reich dekoriert 1⁰⁵
Maschinentöpfe 10, 12, 15 Pf.
Milchtöpfe 48, 60, 80 Pf.
Durchschläge 38, 48, 60 Pf.
Kinderbecher dekoriert 18 Pf.

- Brotbüchsen 1⁹⁵, 2²⁵
Teller weiss 10, 15, 18 Pf.
Schüsseln weiss 10, 15, 18 Pf.
Deckelhalter 65 Pf.
Salz- und Mehlresten 45 Pf.
Muschelkonsole m. Maass 48 Pf.
Reibeisen 28 Pf.
Waschgarnituren weiss 1⁴⁵
3 teilig 1 M.
Waschgarnituren Porzellan-Form Steil. 2⁹⁵
Spucknapfe 25 Pf.
Waschbecken extra gross 55 Pf.
Kehrichtschaufeln 38, 48 Pf.
Leuchter weiss oder neublau 25 Pf.
Boullionsiebe 48, 60 Pf.

Porzellan Steingut

- dekoriert
- Dessertteller verschiedene Formen 8, 10, 12 Pf.
Kuchenteller verschiedene Formen 20 Pf.
Salatschüsseln
ca 14 cm, 16 cm, 21 cm 25 cm
7 Pf., 9 Pf., 18 Pf., 25 Pf.
- Obertassen grosse Formen 12 Pf.
Tassen mit Untertassen 12, 15 Pf.
Tassen m. Untertassen, Goldrand, 3 Paar 50 Pf.
Satz-Milchtöpfe (Satz 6 Stück) 1³⁵, 1⁵⁵
Milchtöpfe sortierte Formen 12, 23 Pf.
Kaffeervices 3 teilig 1⁸⁵, 2⁷⁵
Waschgarnituren 5-teilig 2⁹⁵, 5⁵⁰
Waschgarnituren mit Fond und reicher Goldverzierung, 5-teilig mit Dosen 8²⁵

- Speiseteller gerippt, fach oder tief 8 Pf.
Dessertteller gerippt 7 Pf.
Satzschüsseln gerippt 4 teilig Satz 33 Pf.
Satzschüsseln gerippt 6 teilig Satz 95 Pf.
Speiseteller blau Zwiebelmuster fach oder tief 10 Pf.
Dessertteller blau Zwiebelmuster 9 Pf.
Satzschüsseln blau Zwiebelmuster Satz 6 Stück 1³⁰
Vorratstonnen blau Zwiebelmuster Stück 33 Pf.
Gewürztonnen blau Zwiebelmuster Satz 6 Stück 70 Pf.
Salz- od. Mehlresten blau Zwiebelmuster Stück 38 Pf.

Bierbecher „Victoria“
geschliffen, mit Goldrand, 1/4 Liter 23 Pf.

Conserven

- Verkauf nicht an Wiederverkäufer.
- Stangenspargel extra 1⁶⁵
1a 1 M., 1/2 88 Pf.
Stangenspargel 1⁰⁵ 58 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen 85, 48 Pf.
Abschnittspargel 45, 28 Pf.
Pfefferlinge 45, 28 Pf.
Junge Schoten 52, 31 Pf.
Frucht-Melange la 1⁰⁰ 55 Pf.
Erdbeeren 1¹⁵ 63 Pf.
Kirschen ohne Steine 1⁰⁰ 55 Pf.
Pflaumen blau, 1/4 Frucht 48, 29 Pf.
Cervelatwurst in Rinddarm Pfund 1¹⁰
Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1¹⁰
Westfäl. Mettwurst Pfund 65 Pf.

**Neu! Wasserleitungschoner emailliert 1³⁵
D. R. G. M. 1 M.**

Wirtschafts-Artikel Lampen

- Besen 45, 70, 90 Pf.
Handfeger 25, 30, 45 Pf.
Rosshaarbesen 1³⁵, 1⁰⁰, 1⁰⁵
Rosshaarhandfeger 48, 70, 85 Pf.
Schrubber 18, 25, 28 Pf.
Scheuerbürsten 8, 12, 18 Pf.
Teppichhandfeger 30, 35, 38 Pf.
Ausklöpfer 25, 35, 42 Pf.
Kleiderbürsten 15, 25, 35 Pf.
Stuhlsitze zum ausziehen 12 Pf.

- Putz- u. Wichskasten 42 Pf.
Putzschränke 2⁴⁵, 3⁷⁵
Kohlenkasten 1⁴⁵, 1⁰⁵, 2²⁵
Handtuchhalter 85 Pf., 1²⁵, 1⁰⁵
Besenhandtuchhalter 2⁹⁵
Aermelplättbretter bezogen 55 Pf.
Plättbretter bezogen 2⁹⁵
Leitern Stufe 40 Pf.
Waschständer 65, 85, 95 Pf.
Waschtische 2³⁵, 2⁶⁰, 2⁸⁵

- Nachtlampen 25, 35, 48 Pf.
Corridorlampen 25, 30, 38, 98 Pf.
Küchenlampen 28, 42, 58 Pf.
Tischlampen Zinkfuss 1⁴⁵, 1⁹⁵, 2⁴⁵
Tischlampen Onyx-Platte imitiert 2⁴⁵, 2⁷⁵
Glühstrümpfe 9, 17, 22 Pf.
Glühstrümpfe „Bewes“ 35 Pf.
Gasglühlichtcylinder Dutzend 68 Pf.
Gasglühlicht-Brenner 38 Pf.
Elektr. Taschenlampe 58 Pf.

**Messerputzmaschinen 3⁹⁵
mit 2 Rädern 3 M.**

Apfelsinen Dtz. 25, 35, 45, 60 Pf.
Citronen Dtz. 35, 45 Pf.

Kronen-Hummer 1a Qualität 1⁰⁰
1/2 Dose 1 M., 1/4 1⁰⁰
Franz. Sardinen Philippe 1/4 1¹⁵
& Canned Dose 1 M., 1/4 1 M.

Schuhwaren

- Damen-Knopf- od. Schnürstiefel Box calf 7⁸⁵, 8⁵⁰, 9⁵⁰
Damen-Knopf- od. Schnürstiefel Chevreux 7⁸⁵, 8⁵⁰, 9⁵⁰
Damen-Knopf- od. Schnürstiefel rot od. braun 7⁷⁵, 9⁵⁰, 10⁵⁰
Damen-Lederhausschuhe mit Absatzleiste 2⁰⁰
Herren-Schnürstiefel Box calf 8⁵⁰, 9⁵⁰, 10⁵⁰
Herren-Schnürstiefel Chevreux 9⁵⁰, 10⁵⁰, 13⁵⁰
Knaben-Schnürstiefel Box calf 36/39 7⁵⁰

- Mädchen-Knopf- od. Schnürstiefel Rosaled. 25/28 27/30 31/35
3⁵⁰, 3⁰⁰, 4⁰⁰
Mädchen-Knopf- od. Schnürstiefel Box calf 4⁷⁵, 5⁷⁵, 6⁷⁵
Mädchen-Knopf- od. Schnürstiefel rot oder braun 4³⁵, 4⁷⁵, 5⁷⁵
Kinder-Knopf- od. Schnürstiefel schwarz od. braun 1⁷⁵, 2⁰⁰
Pantoffel Paar 35, 48, 65, 75, 95 Pf.

Sonnenschirme

- Sonnenschirme Crepon 1⁶⁵
Sonnenschirme mit Einsatz u. Spitzen-Volsat 1⁰⁰
Sonnenschirme Chiné Muster 2⁶⁰
Sonnenschirme Crepon weiss und beige 2⁷⁵
Sonnenschirme Chiné, Halbseide mit Bordüre 3⁰⁰
Sonnenschirme Chiné, Halbseide 4²⁵
Sonnenschirme Chiné, „Jasmin“ 4⁷⁵

Weisswaren

- Spachtelcollarettes 38, 48, 75, 98 Pf.
Knabenschleifen getupft 14, 25 Pf.
Kinderschärpen aus Pongée 58, 75 Pf., 1¹⁰
Damen-Lavalliers ca. 125 cm lang, getupfte Libertyseide 88 Pf.
Spachtelpelerine 1⁷⁵
Libertyband Reine Seide, ca. 11 cm breit, in grossem Farbensortiment, Met. 45 Pf.
Lackledergürtel mit Points, in vielen Farben 58 Pf.
Velvetgürtel in mod. Formen 55 Pf.
Schnurgürtel 98 Pf.

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe engl. lang, Doppelseide und Ferse, schwarz u. lederfarb. 38 Pf.
Damenstrümpfe engl. lang, buntfarbig geringelt Paar 48 Pf.
Damenstrümpfe Fil d'Ecose engl. lang, schwarz, ganz durchbr. Paar 70, 95 Pf.
Damenstrümpfe deutsch lang, schwarz, Paar 40, 60 Pf.
Herren-Socken „Fuss ohne Naht“ Paar 30 Pf.
Herren-Schweisssocken Paar 30, 40, 65 Pf.
Herren-Socken macofarbig, „Fuss ohne Naht“ Paar 35, 48 Pf.
Corsetschoner mit langen Aermeln, weiss, rosa, hellblau 48 Pf.

Schürzen

- Tändel-Schürze weiss gestreift Batist, farbig garniert 50 Pf., 65 Pf.
Hausschürze mit Volant und Tasche 98 Pf.
Hausschürze mit Achselband reich garniert 1¹⁵
Kleider-Reform-Schürze gestreift, hohloch garniert 1⁰⁵
- Damen-Taghemden Leonsanath, Achsel- und Priesenform 1¹⁰
Damen-Taghemden mit handgestickter Herzspitze 1⁴⁵
Damen-Taghemden aus Renferod mit breit. Stickerivolant 1⁸⁵
Damen-Beinkleider mit Stickerivolant 95 Pf.
Damen-Beinkleider mit Sticker- Hin- u. Ansetz 1⁰⁵
Damen-Röcke weiss Barchend mit Languetto 1⁵⁵

Garten-Tischdecken in hübschem Farbensortiment 95 Pf., 1²⁵, 1⁴⁵, 1⁹⁵

Ganz besonderes Angebot! **Edie Schweizer Mull- u. Batist-Stickereien** Prima Qualität, hübsche Dessins Coupon ca. Meter 4,10 **68, 85, 110, 145 Pf.** Ganz besonderes Angebot!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Am Freitagabend 7 Uhr findet von Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, aus eine Flugblatt-Verbreitung zur Gemeinderatswahl statt.

Himmelsburg. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag früh 7 1/2 Uhr zur Agitation für den „Vorwärts“ eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet.

Brieg. Die Versammlung des Wahlvereins findet nicht diese Woche, sondern am 16. April bei G. Weniger, Werderstr. 27, statt.

Lokales.

Verhütung der Feuerwehmannschaften

wird jetzt sogar von unserem hochwohlwollenden Magistrat getrieben, der doch sonst aller Verhütung so gänzlich abhold ist.

Wie üblich, ist es wieder der „Vorwärts“, der angefangen hat. Der sonst sollte sich auch zu dergleichen hergeben! Als nach dem Chitagoer Theaterbrand in den Großstädten aller Länder die Feuerficherheit der Theater geprüft wurde, da durfte auch Berlin nicht zurückbleiben, und unsere Theater bekamen die Vermehrung der Feuerwehmposten.

Die Haltung der Presse gegenüber diesen Darlegungen und Vorschlägen war recht interessant. Zunächst nahmen nur ein paar Blätter von der Sache Notiz. Sie machten auch einige Worte des Bedauerns, aber sie fügten hinzu, daß sei ja schon immer so gewesen und die Gewährung einer daren Vergütung sei unthunlich.

Rachher wurde es stiller von den Theaterwachen. Aber dann tauchte mit einem Mal das Gerücht auf: das Feuerwehrcorps soll verstärkt werden, weil es unzulänglich ist, die demerzten Theaterposten länger aus den „dienstfreien“ Mannschaften allein zu nehmen.

Geplant wird eine Verstärkung um 12 Oberfeuer-männer und 37 Feuer-männer. Der Magistrat erwidert die Stadtverordneten um Bewilligung der Mehrkosten und schlägt Wiedereinziehung von den Theaterdirektoren vor.

Man sieht, wie der Magistrat in die Fußstapfen des „Vorwärts“ tritt und dessen heftigste Forderungen zum Teil unterstügt. Aber Magistrat kann freilich nicht anders, er muß ja zustimmen, ob's ihm paßt oder nicht.

Fransösisch in der Volksschule. Ueber die Einführung des französischen Unterrichts an den Gemeindefchulen berichtet jetzt der Charlottenburger Magistrat. Er besteht seit Michaels 1903 als Wahlfreier Unterricht. Er wird an den drei freien Nachmittagen zweimal in 1 1/2, und einmal in 1 Stunde erteilt.

Wenn wir recht unterrichtet sind, wird auch in Wilmersdorf der fremdsprachliche Unterricht in den Gemeindefchulen vorbereitet.

Zwei neue Omnibuslinien sind mit dem jetzt in Kraft getretenen Sommerfahrplan der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft in Betrieb genommen worden. Die eine Linie (Nr. 14) verbindet die Bahnhöfe Gesundbrunnen—Stettiner Bahnhof und Friedrichstraße.

Großstadtviertel. Im Monat Februar dieses Jahres wurden von den Beamten der hiesigen Postzeit 2285 Bettler festgenommen und nach dem Revier-Polizeibureau gebracht.

Beim Amtsgericht I (Alexanderplatz) wurden verurteilt: wegen Bettel: 657 männliche und 18 weibliche Personen; wegen Obdachlosigkeit: 281 männliche und 9 weibliche Personen, und wegen sittenpolizeilicher Kontravention 302 weibliche Personen.

Im städtischen Obdach wurden im Februar d. J. 70 893 männliche Obdachlose (78 473 männliche und 1420 weibliche) aufgenommen. Davon wurden 44 dem Krankenhaus im Friedrichshain, 13 dem Krankenhaus Roabit, 22 der Charité, 14 dem Krankenhaus am Urban, 1 der Anstalt für Epileptische Subjungen, 64 der Geschlechtsfrankensation und 663 der Polizei überwiesen.

Aber auch im städtischen Familien-Obdach hatte noch eine große Zahl unglücklicher Unterthanen gefunden. Dort befanden sich am 1. Februar d. J. 89 obdachlose Familien mit 127 Personen und 185 Einzelpersonen (138 Männer, 27 Frauen).

Der neue Botanische Garten in Dahlem soll in diesem Jahre regelmäßig an den Sonntagnachmittagen von 2 Uhr an geöffnet werden. Die Gartenanlagen sind zwar bereits fertig, aber die Gewächshausbauten sind noch sehr im Stadium, so daß die Eröffnung des Gartens, die ursprünglich auf den 1. April 1903 festgesetzt worden war, voraussichtlich erst im Jahre 1906 stattfinden wird.

Es ist erreicht. Wir berichteten kürzlich, daß die Arbeiter-Anschüsse in den Spandauer Militärwerkstätten sich von unserm Parteigenossen Jacob aus Spandau beleidigt fühlen sollten, weil er im Rahmen der in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter auf den Gräbern der Märzgefallenen einen Kranz wiedergelegt hatte.

Die Prüfung der Vierdruckapparate. Eine den gesamten Gewerbestand berührende Strafsache beschäftigte gestern das Schöffengericht. Der Restaurateur Weich in der Waldemarstraße war angeklagt, trotz der Aufforderung des Polizeipräsidenten die Prüfung seines Vierdruckapparates auf seine Kosten verweigert zu haben.

Die Liebe des Freiherrn. Zu dem Doppelmord und Selbstmordversuch in Nürnberg wird weiter bekannt, daß die Eltern des Mörders, des cand. juris Freiherrn Alexander v. Watter,

in Grunewald bei Berlin wohnhaft sind. Seine vor ihm erschossene Geliebte, die 25jährige Kellnerin Helene Kramers, soll ein auffallend hübsches Mädchen gewesen sein. Das Motiv zu der That ist darin zu suchen, daß in einem hinterlassenen Briefe des Vaters v. Watters die Unmündigkeit der Durchführung seiner Heirat mit der Geliebten näher ausgeführt war.

Junge Leiden. Die 17 1/2 Jahre alte Tochter Ulma des Schuhmacher Lawrenzschens Ehepaars aus der Memelerstr. 89 hatte ein Liebesverhältnis mit dem 21 Jahre alten Fabrikarbeiter Otto Lehmann, dem Sohn eines Kaufmanns aus der Königsbergerstr. 7.

Verstorbener Rechtsanwalt. Einiges Aufsehen verursacht das Verschwinden des Rechtsanwalts Dr. Deufcher aus der Markgrafenstraße 82, der vor etwa vierzehn Tagen unter Zurücklassung von Frau und Kind von Berlin abgereist ist.

Die „Verf. Jtg.“ meldet noch zu der Angelegenheit: Thaisache ist, daß V. kurz vor seiner Abreise von Berlin sich in den Besitz eines Betrages von 10 000 M. gesetzt hat, die er als Hypothek auf ein angeblich ihm gehöriges Haus in der Kankestraße aufgenommen haben soll.

Die Inselbrücke wird behufs Erneuerung des Vollenbelages vom 6. d. Mtz. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Ein Eisenbahn-Unfall hat sich, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, auf der Meinhofstraße Ludenwalde—Jüterbog ereignet. Als der von Dahme kommende Mittagszug sich zwischen den Stationen Meinhof und Verbig befand, sprang aus noch nicht aufgeklimmter Grube die Maschine aus dem Geleise und die Räder bohrten sich tief in den Sand der Böschung ein.

Bootsunfall auf dem Seddiner. Zu den gestern von uns gemeldeten Bootsunfällen wird aus dem Seddiner bei Jüterbog zutrug, und bei dem wieder ein Mensch seinen Tod in den Fluten fand, gemeldet.

Cyber des Automobilsports. Unvorsichtiges Steuern war die Veranlassung eines Automobilsunfalles, der sich gestern früh in der Nähe der medienburgischen Stadt Ludwigslust abgespielt hat.

Die Angelegenheit des Reichsanwalts. Einiges Aufsehen verursacht das Verschwinden des Rechtsanwalts Dr. Deufcher aus der Markgrafenstraße 82, der vor etwa vierzehn Tagen unter Zurücklassung von Frau und Kind von Berlin abgereist ist.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 7. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Die Hugenotten.
Schauspielhaus. Bärenstehs Lager.
Die Piccolomini.
Deutsches. Johannes.
Berliner. Wasserland.
Befling. Japankrieg.
Wespen. Die Stimme von Portici.
Neues. Minna von Barnhelm.
Residenz. Vater und Sohn.
Central. Jason Pamela.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Wilbente.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Ferdol.
Aleines. Safford Riehe.
Suisen. Der Rigeimerbaron.
Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb.
Carl Weiss. Ein toller Einfall.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Reich.
Gebr. Herrschel. Nur eine Nacht.
Um andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Der Raub der Sabinerinnen.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubentruhe 48/49.
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr: Aus dem Haushalt der freien Natur.
Im Hörsaal um 8 Uhr: Professor Dr. G. Müller: Der Einfluss der Ernährung auf die Gestalt.
Invalidentrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Hrn. Paula Worm:
Façon Pamela.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Koketterie. — Schwester Beatrix.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
2 Operetten-Gastspiel des Central-Theaters in erster Besetzung:
Der Zigeunerbaron.
Freitag zum erstenmal: Ehrliche Arbeit.
Sonntag: Die Kohlenhändler von Berlin.
Sonntagnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Residenz-Theater.
Direktion S. Lautenburg.
Heute: Drittes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Vater und Sohn.
Lustspiel in 5 Akten v. A. Dumas Sohn.
Morgen: Viertes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Nathan der Weise.

Metropol-Theater.
Zum 24. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

HEUTE:
Zum
225.
Male:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.

Sanssouci.
Königlicher Hof — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 12. April:
Keine Vorstellung.

Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Hrn. Paula Worm:
Façon Pamela.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Koketterie. — Schwester Beatrix.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
2 Operetten-Gastspiel des Central-Theaters in erster Besetzung:
Der Zigeunerbaron.
Freitag zum erstenmal: Ehrliche Arbeit.
Sonntag: Die Kohlenhändler von Berlin.
Sonntagnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Residenz-Theater.
Direktion S. Lautenburg.
Heute: Drittes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Vater und Sohn.
Lustspiel in 5 Akten v. A. Dumas Sohn.
Morgen: Viertes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Nathan der Weise.

Metropol-Theater.
Zum 24. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollander. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

HEUTE:
Zum
225.
Male:
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30.

Sanssouci.
Königlicher Hof — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 12. April:
Keine Vorstellung.

Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Hrn. Paula Worm:
Façon Pamela.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Koketterie. — Schwester Beatrix.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
2 Operetten-Gastspiel des Central-Theaters in erster Besetzung:
Der Zigeunerbaron.
Freitag zum erstenmal: Ehrliche Arbeit.
Sonntag: Die Kohlenhändler von Berlin.
Sonntagnachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Residenz-Theater.
Direktion S. Lautenburg.
Heute: Drittes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Vater und Sohn.
Lustspiel in 5 Akten v. A. Dumas Sohn.
Morgen: Viertes Gastspiel von Adolf Sennenthal:
Nathan der Weise.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage:
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Ferdol.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Melorien Carben.
Freitagabend 8 Uhr:
Ferdol.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Wildente.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 233.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute Donnerstag:
Götterweiber.
Freitag, 8. April, zum 1. Male:
Freut Euch des Lebens.
Große Lust. Posse in 3 Akten u. Tanz in 3 Akten.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft.
Die 24 besten Ringer der Welt — Es treten in Konkurrenz:
Jacob Koch (Deutschland) gegen **Urban Christoph**, der rheinische Riese.
Paul Belling (Berlin) gegen **Aimable de la Calmette** (Frankreich).
Ausgeschieden sind bis jetzt: Eigemann, van Doo, Lemmerz, Ewerfken, Paul le Ramier, Kocpell, Bill, Roebnad, Palsioff, Bernard, Robinet, Berner: Herr Burkhardt-Footitt auf Neapolitano Soja, von Neapolitano Trompeta a. d. Soja von Wido.
Eine 'Irschjagd, geritten mit 20 Voll- und Halbblutpferden.
Aus den Alpen. Der Automobilsturz.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 10. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater 8./6. Abteilung:
Lessing-Theater 8./6. Abteilung:
Frau Warrens Geschäft. **Zapfenstreich.**
228/14 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr:
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. O. Müller: Der Einfluss der Ernährung auf die Gestalt.
Invalidentrasse 57/62.
Sternwarte

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Letzter Monat die Tunesen-Truppe.
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschau! Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Das grosse April-Specialitäten-Programm.
9 Uhr: Die sensationelle Novität **Liebesgötter.**
Burleske Operette von Schlaack und Herrmann.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug und die **Sensations-Apotheose.**

Kleines Theater.
In der den Linden 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Casino-Theater.
Fottingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
„Der Raub der Sabinerinnen.“
Vorher das vollst. neue Aprilprogramm
Freitag, den 15. April: Premieren-Abend.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Badekuren.
Beckers Geschichte.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
(Arnold Scholz.)
Jeden Donnerstag:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Heute:
Muttersegen.
Nach dem Konzert:
Familienkränzchen.
Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Reichshallen
Stettiner Säger
Zum Schluss: Real Circus Leuz und Circus Busch.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstr. zwischen Friedrich- und Universitätsstr.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion M. C. Fischer.
Große Frankfurt-Strasse 132.
Gastspiel des Herrn Fritz Bockmann.
Ein toller Einfall.
Schauspiel in 4 Akten von Karl Laus.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Die schöne Ungarin.**

Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Novität
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht!“
Komödie von H. und D. Herrnfeld.
Vorher:
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Beide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Frühels Allerlei-Theater
Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Vollständig neues Programm.
Oskar Fürst * Lina Goltz.
Heute abend Fortsetzung der **Ringkampf-Konkurrenz.**
Die Ringkämpfe beginnen jeden Abend um 10 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Stadt und Land oder: Der Viehhändler aus Oberösterreich.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, den 7. April cr.:
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Elsa Jucosa vom **Bernhard Rose-Theater!**
Schützenlied!
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepton.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
Heute u. folgende Tage, abends 8 Uhr:
Zankteufelchen.

Im Specialitätenteil:

Miss Darnett, athletische Spiele.
Miss Aida, Trapes-Akrobaten.
The Crullers Comp., der Satan a. Reiter.
Hedda Petracca, Jongl.-Soubrette.
Miss Cayra, Handball-Akrobaten.
Emmelina Hochberg, Volt.-Soubrette.
Miss Stora, die musikalische Laube.
Freitag, den 8. April:
Elite-Vorstellung!
Dorf und Stadt
Schauspiel in 3 Aufzügen u. 5 Aufzügen von Charlotte Birch-Berger.

Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Novität
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht!“
Komödie von H. und D. Herrnfeld.
Vorher:
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Beide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“.

Nur eine Nacht!

2 Akte aus einer Ehe.
Beide Stücke mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: „Nur eine Nacht“ und „Am andern Morgen“.

Frühels Allerlei-Theater

Schönehauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosse Extra-Vorstellung.
Harburger Säger
Anf. 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Max Kaplan

Friedrich-Strasse 1 am Belle-Alliance-Platz.
Gegründet 1875.
Special-Geschäft für **Herren- und Knaben-Bekleidung**

Fertig und nach Mass.
Verkauf nur gegen bar zu niedrigen, aber festen Preisen.
Reichhaltige Auswahl in sämtlichen einschlägigen Artikeln.

Jackett-Anzüge in allen Formen, farbig, schwarz und blau M. 16, 18, 20, 24, 26, 30 usw.

Gehrock-Anzüge, schwarz und marengo M. 30, 33, 36, 40, 45, 52 usw.

Rock-Anzüge, einreihig, schwarz Satin, Kammgarn und marengo Cheviot M. 22, 25, 28, 30, 33, 35 usw.

Palatots für Frühjahr und Sommer, moderne Formen mit geraden und schrägen Taschen M. 15, 16, 18, 20, 22, 25 usw.

Beinkleider, gestreift, in allen Farben M. 6, 7, 8, 10, 12, 15 usw.

Fertige Garderobe ist auch für ungewöhnlich schlanke oder beleibte Figuren vorrätig.
Für Mass-Anfertigung sind sämtl. Neuheiten in deutschen und englischen Stoffen bis zu den allerbesten Qualitäten am Lager.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Kellner-Truppe Italienische Akrob.
Littke Carlsen Im Ball-Foyer.
Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springor.
Cincinnati Jongleur.
Helene Land Vortrage-Soubrette.

Costantino Bernardi

Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist.
Orford's Wunder-Elefanten.
Peschkoff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissem.
Biograph.

Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.

(Eing. Genossenschaft m. b. Haftpfl.)
Bilanz pro 1903. 108/1
Kassa.

Raffen-Gkonto	2 340	94
Bau-Gkonto	4 388	70
Debitoren	15 249,71	
Ab-habens	1 452,65	13 797 06
Maschinen- u. Utenz.-Gkonto 27 801,97		
20 Proz. Ab-schreibung	5 560,39	22 241 58
Drucker-Gkonto 4 271,70		
15 Proz. Ab-schreibung	630,70	3 641 —
Buchhandlungs-Gkonto 6 733,00		
15 Proz. Ab-schreibung	1 009,95	5 723 05
		62 132 33

Kreditoren	16 933 38
Genossenschafts-Gkonto	3 301 —
Darlehens-Gkonto	5 525 53
Rücklage-Gkonto	1 000 —
Gewinnreserve-Gkonto	11 778 31
Jahresgewinn	13 594 11
	62 132 33

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1903 114
Im Jahre 1903 ausgeschieden durch Tod 1
Im Jahre 1903 eingetreten 3
Summa der Mitglieder 116

Die Stammzahl der Mitglieder betrug pro 1903 R. 3 211,—
Dieselbe pro 1903 3 301,—
Mitteln gelegen um 90,—
Gewinn- und Verlust-Gkonto.
Verlust.

Jahresgewinn am 31. Dezember 1903 28 611 95
Kreditoren-Eingang 36 996 90
Lohn-Gkonto 36 157 28
Handlungsunkosten-Gkonto 13 260 23
Borte-Gkonto 1 502 73
Darlehenszinsen 224 53
Ab-schreibungen 8 653 69
Jahresgewinn 13 594 11
189 001 42

Gewinn.
Kreditoren-Ausgang 100 099 97
Banzinsen 94 78
Jahresgewinn am 31. Dezember 1903 88 806 67
189 001 42

Solingen im März 1904.
Der Aufsichtsrat.
H. A.: Karl Aschoeur.
Der Vorstand.
H. A.: Ernst Bollengraben.

Die Restbestände zum **Inventur-Ausnahmepreis!**
Reichgestickte **Portieren** abgepasste
Die **komplette Dekoration** (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbohang)
in **Pflusch** 9³⁵ (Wert 16.00)
in **schwerer Wollserge** 6²⁵ (Wert 10.50)
in **Victoriatuch** 8²⁵ (Wert 13.50)

Eine **Partie Wollportieren**, 3 Meter lang, mit allerliebster Blumenkante per Shawl 2 M.

Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin Oranienstr. 158.
Nach *uswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustration. franco.

Socialdemokratischer Wahlverein für Johannisthal.

Nachruf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Ernst Brust** am 1. Osterfesttage im Kranken-hause an Bruch seinem Leiden erlegen ist.
Ehre seinem Andenken!
202/15 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein Alt-Glienieke.

Nachruf!
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Eduard Siebert** am 1. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
2905 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Bewaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler **Emil Zimmermann** am 1. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
113/20 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(G. H. 88, Hamburg.)
Bewaltungsstelle Berlin C.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Paul Feist** am 2. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nachruf!

Am Mittwoch, den 30. März, verschied plötzlich unser lieber Kollege, der Schriftfeger **Walter Haugk** im vollendeten 19. Lebensjahre.
Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm **2686**
Das Personal der Geschäftsbücherei L. Juergens.

Die Restbestände zum Inventur-Ausnahmepreis!

Reichgestickte **Portieren** abgepasste
Die **komplette Dekoration** (bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbohang)
in **Pflusch** 9³⁵ (Wert 16.00)
in **schwerer Wollserge** 6²⁵ (Wert 10.50)
in **Victoriatuch** 8²⁵ (Wert 13.50)

Eine **Partie Wollportieren**, 3 Meter lang, mit allerliebster Blumenkante per Shawl 2 M.

Teppich-Special-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin Oranienstr. 158.
Nach *uswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustration. franco.

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

soweit der Vorrat reicht:

Gardinen

Tüllgardinen Mtr. 45, 68, 80 Pf.
 Fenster = 3.15, 5.75, 7.25
 2 Châles
 Tüllstores Stck. 2.90, 5 Mk., 7.25
 Lacet-Gardinen
 Fenster = 10.75, 15.50, 19 Mk.
 2 Châles
 Lacet-Stores 6.75, 10.75, 16.25
 Tüllbetdecken
 für 1 Bett für 2 Betten
 2.25, 4 Mk., 6 Mk. 4.50, 7.25, 11.50

Lacet-Betdecken
 für 2 Betten 14.75, 19.75, 27 Mk.
 Tüll-Vitrages Mtr. 32, 45, 68 Pf.
 Kongress-Stoffe Mtr. 45, 68, 80 Pf.
 Scheiben-Gardinen (Brise-bise)
 Stück 35 Pf., 70 Pf., 1.25 Mk.
 Körper-Rouleaux
 mit Spachtel-Arbeit, Stück 2.25, 3.50, 5.40 Mk.
 Körper-Vitrages
 mit Spachtel-Arbeit, Paar 2.75, 4.50, 6.25 Mk.

Teppiche

Imitiert Perser-Teppiche 4.25 7.25 11.25 18.50 Mk.
 Grösse ca. 135/200 170/235 200/300
 Axminster-Teppiche 8.75 15 Mk., 21 Mk.
 Tapestry-Teppiche 11.25 18.75 29 Mk.
 Velour-Teppiche 14.25 24 Mk., 34 Mk., 365/380
 Ia Axminster-Teppiche — 35 Mk., 52 Mk., 76 Mk.
 Imitiert Perser-Vorleger 1 Mk., 1.55 2 Mk.
 Axminster-Vorleger 1.65 2.35 3.50 Mk.
 Tapestry-Vorleger 2.60 3.50 Mk.
 Velour-Vorleger 3.50 3.90 5.50 Mk.

Portièren Decken Läuferstoffe

Portièren mit eingewebter Bordüre Châles 2.25 3.15 5.50
 Garnituren 2 Châles, 1 Lambrequin, Wollserge oder Filzstuch, mit Kurbelsticker 7.25 10.50
 Garnituren 2 Châles, 1 Lambrequin, Leins nplisch, Kurbelst. 8.25 13.50 17 Mk.
 Phantasie-Tischdecken 3.25 4.50 6 Mk.
 Filztuch-Tischdecken Kurbelsticker, 2.60 4.50 7 Mk.

Plüsch-Tischdecken 5.25 8.25 11.75
 mit Kurbelsticker 7.25 8.50 11.50
 Divandeen 3.90 8.50 11.50
 Steppdecken Wolltüll oder merzeris. Satin 5.25 6.50 9.50
 Schlafdecken meliert 3.15 4.75 6.75
 Velvet-Kissen mit Volant od. Schnurbesatz, Grösse ca. 40-50 cm 1.85 Mk.

Jute-Läuferstoff Mtr. 45, 68, 90 Pf.
 Kokos-Läuferstoff Mtr. 1 Mk. 1.15 1.65
 Tapestry-Läuferstoff 1.65 2.30 3.15
 Gardinenstangen verstellbar 1.10, 2.25
 Portièrenstangen mit Zubehör 2 Mk., 3.15

Die höchste Temperatur
 gibt
MERKUR
 Kessel- und Feuerung.
 Heizmaterial
MERKUR
 gibt die höchste Temperatur!
 4339L*
 Alleinverkauf für Berlin und Provinz Brandenburg durch:
Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.
Dr. Schünemann
 Spezialist für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
 12-1/2, 3-1/2, 6-1/2, 9, Sonnt. 9-11
Pianino sofort vertauslich Ritterstr. 120, I. Etage.

Gegen
Monatsraten von 2 Mk.
 an liefern wir
 Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. anwärts.
 Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 30 Mk. anwärts. Beispiele und unbespielte Walzen Ia. Qualität.
 Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.
 Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Guitarr-Zithern etc.
Bial & Freund in Breslau II.
 Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Marienburger Geld-Lotterie.
 Ziehung schon 14. - 16. April.
 Gew. 60 000 - 50 000 - 40 000 Mk. etc.
 Lose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfiehlt:
J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.
Restaurant „Forsthaus“
 Hermsdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang.
 Inhaber: Karl Dimke.
 Herrlicher Garten und Saal, Regelmässige, Kuchspannung, Station für Radfahrer. Familien-Kaffeehaus. — Für gute Speisen u. Getränke wird bestens gesorgt.
 Fernsprecher: Amt Tegel Nr. 100.
Achtung, Händler!
 Zur Waffenzugängiger Artikel (Neuheit). Zu erfragen schon jetzt:
Bleichschmidt,
 Golmstr. 24 im Keller und Rixdorf, Jägerstr. 52, II. von 12-2. 2515*
Waffenzug-Abzeichen,
 Abzeichen für Gesangsvereine u. Turnvereine mit Text: „Frei-Willi“.
 Katalog kostenlos und franco.
Albin Langer, Chemnitz,
 Brühl 22. 45092*

Eine Mark
 wöchentliche Teilkahlung liefert elegante fertige Herren-Roden. Bestellungen nach Maß in kürzester Zeit. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
 direkt am Alexanderplatz.

Blumen- und Kranzbindererei
 19032
Richard Engelke,
 Reichenberger-Strasse 164,
 Ecke Mariannenstr.
 Spezialität: Vereinskränze.

Seltene Gelegenheit!

Nur kurze Zeit!

Räumungs-Verkauf

Konkursmasse

Rosenthaler Str. 60
 Avant I. Etage

A. Levy, Goldschmidt & Co., Heine'schen
 Konkursmasse stammenden und anderer Waren.

Rosenthaler Str. 60
 I. Etage Avant

Ein Posten, 2000 Herren-Anzüge in Jadedt-Fassons soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis	von M. 6 an u. h.
Ein großer Posten, bestehend in ca. 2000 Herren-Hosen, jetzt herabgesetzt	von M. 1 1/2 an u. h.
Eine große Partie, bestehend in 455 Frühjahrs-Weberziehern, jetzt herabgesetzte Preise	von M. 6 an u. h.
Ein Cavelling, bestehend in 156 Herren-Rock-Anzügen, zu dem jetzt herabgesetzten billigen Preis	von M. 12 an u. h.
Ein Posten Herren-Joppen und Jadedts aller Sorten zum herabgesetzten Preis	jetzt von M. 1 an u. h.
Eine große Partie, 1364 Jünglings- und Burschen-Anzüge zu dem bedeutend herabgesetzten Preis	von M. 4 an u. h.
Ein Posten, 1000 Knaben-Anzüge zu den noch nie dagewesenen Preisen	von M. 1 1/2 an u. h.

146/2*

Der erste Internationale Kongress für Schul-Gesundheitspflege

trat am Oster-Dienstag in Rärnberg zusammen. Derselbe ist auf Anregung des deutschen Vereins für Schul-Gesundheitspflege einberufen und außerordentlich zahlreich besetzt.

Mit dem Kongress ist eine Ausstellung verbunden, die besonders von den Regierungen der süddeutschen Bundesstaaten sehr stark besucht ist, während Preußen und die übrigen norddeutschen Staaten durch gänzliche Abwesenheit glänzen.

Den ersten Vortrag hielt Prof. Dr. Cohn-Dreslau über: „Was haben die Augenärzte für die Schulhygiene geleistet und was müssen sie noch leisten?“ Er hat sich schon vor 40 Jahren mit dieser Frage befaßt und in den Jahren 1864 bis 1886 in Breslau die Augen von Tausenden von Schülern untersucht.

Der Vortragende besprach sodann die Resultate der Forschungen über Schülerei, Gerabehalter, Steilschrift, Wäckerdruck usw. Die Reclam'schen Klassiker Ausgaben bezeichnete er als augenmörderisch, sie hätten seiner Ansicht nach schon längst vom Reichs-Gesundheitsamte verboten werden müssen.

Beim Ausschlußbericht sprechen sich die Delegierten über einen Anlauf im „Fleischer“ zur Unterstützung der Frankfurter Zahlstelle aus. Diese hat einen schmerzhaften Kampf mit von der Meisterchaft unterstützten indifferenten Elementen zu führen.

Mehrere Anträge verlangen eine Verbesserung des Fachorgans. Gegen ein Erscheinen aller 14 oder gar 8 Tage wird geltend gemacht, daß es dann der Anstellung eines zweiten Beamten bedürfen werde.

Am zweiten Verhandlungstage wird nach einem Referat von Jervas-Frankfurt a. M. beschlossen, fünf Gaubezirke zu errichten. Vororte sind Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart und Leipzig.

Müller-Hamburg referiert, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen, über die künftigen Lohnbewegungen und Streiks. Eine allgemeine Lohnbewegung sei noch lange unmöglich.

Verchiedene Anträge verlangen eine Erhöhung des Beitrages von 20 auf 25 oder 30 Pf. Der Hauptvorstand verlangt 25, Leipzig 30 Pf. Die indifferenten Berufsvereine seien dem Centralverbande durch ihre Unterführungs-Vereinigungen im gewissen Sinne überlegen.

Die Ortsverwaltung Hamburg will, daß der Sitz des Hauptvorstandes nach Hamburg verlegt werde; Leipzig beantragt, ihn in Berlin zu belassen. Die meisten Redner sind gegen den Hamburger Antrag. Der Sitz wird in Berlin belassen.

Der nächste Verbandstag soll schon im Herbst 1905 abgehalten werden; dann aber soll wieder alle zwei Jahre gelagt werden. Ein Antrag, nur alle drei Jahre einen Verbandstag abzuhalten, weil durch die Gasse und Gassenkonferenzen die zweijährige Tagung unnötig werde, wurde abgelehnt.

Es wird eine Krankenunterstützung eingerichtet und so festgesetzt: Nach einer Dauer der Mitgliedschaft von 52 Wochen für männliche Mitglieder 3 M., für weibliche 2 M. in jeder Woche, bis zur Höhe von 21 resp. 14 M.; nach einer Mitgliedschaft von zwei Jahren für männliche 4 M., für weibliche 3 M., bis zur Höhe von 28 resp. 21 M.

Eine interessante Debatte entspinnt sich über die Erhebungen des Verbands für Arbeiterstatistik. In Koblenz und Waldheim i. E. suchten Meister durch Freibier die Gesellen in der Ausfüllung der Statistikbogen zu beeinflussen. Mehrfach wurde nur ein Drittel der Bogen statt der vorgeschriebenen Hälfte an die Gesellen gegeben.

Der nächste Verbandstag soll in Leipzig sein. Als Delegierter für den Gewerkschaftskongress wird Hensel wiedergewählt. Dieser wird auch wiederum zum Verbandsbeamten ernannt, und sein Gehalt wird von 1500 auf 1800 M. erhöht.

Gaukonferenz der Steinarbeiter.

Am ersten Diertage fand im Gewerkschaftshause die Gaukonferenz des ersten Gaus des Centralverbandes der Steinarbeiter statt. Betreten waren die Zahlstellen Berlin I, Berlin II, Brandenburg, Stettin, Greifswald und Frankfurt a. D.; die übrigen Zahlstellen des Gauses hatten aus finanziellen Rücksichten auf die Beschädigung der Konferenz verzichtet.

herbor, daß in manchen Städten noch recht traurige Arbeitsverhältnisse herrschen und für die die Gesundheit schwer gefährdende Arbeit der Steinmetzen, Schleißer und Hilfsarbeiter Löhne bis hinunter zu 12 und 10 M. pro Woche gezahlt werden.

Eine Verbesserung der Verhältnisse ist selbstverständlich nur von einer starken Organisation zu erwarten. Die meisten Redner sprachen sich dafür aus, daß ein auf die örtlichen Verhältnisse bezugnehmendes Flugblatt ausgearbeitet und verbreitet werde.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde über die Bundesrats-Verordnung vom 1. Oktober 1903 und ihre Wirkungen gesprochen. Der Referent Moriset wies auf die Untersuchungen und das Gutachten des Prof. Sommerfeld über die gesundheitschädlichen Einflüsse, der die Steinarbeiter ausgesetzt sind, hin, und führte des weiteren aus, daß die Bundesrats-Verordnung, die diese schädlichen Einflüsse einigermaßen vermindern soll, noch viel zu wenig berücksichtigt und viel zu oft umgangen wird.

Im allgemeinen sind die sanitären Zustände in Kleinbetrieben schlechter als in den Großbetrieben. — Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Konferenz geschlossen.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Jastram, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 13 des 7. Jahrganges unter anderem: Kreisjahrs-Bericht im Baugewerbe. — Allgemeines: Internationales Arbeitsmarkt, Generalkommission der Gewerkschaften und Central-Arbeitssekretariat.

„Das Gewerbegericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Dr. Jastram, Charlottenburg-Berlin, Dr. Meiß, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 7 des 9. Jahrganges außer der Rechtssprechung in deutschen Gewerbe- und Vermittlungsgerichten (Schöneberg, Mainz, Opatowitz, Frankfurt a. M.), anderen deutschen Gerichten, u. a.: Das Wohlstand der Arbeitergeber. Von Magistratssekretär Dr. Kuppe. — Verfassung und Verfahren: Die Vorbildung der Gerichtsschreiber bei den preussischen Gewerbegerichten. Von Amtsgerichts-Sekretär Meiß. — Verbandsentscheidung der Abend-sitzungen des Gewerbegerichts. — Gutachten und Anträge: Gutachten des Gewerbegerichts Rünchen über die rechtliche Stellung des Personals der Gastwirtschaften. — Recht des Arbeitsvertrages: Aus der Rechtssprechung des Gewerbegerichts Götha. — Allgemeines: Kaufmannsgerichte. — Die Praxis der Gewerbegerichte und der kaufmännischen Interessensvertretungen. — Das kaiserliche Regler-Gewerbegericht. — Petition betr. weitere Ausgestaltung der Gewerbegerichte. — Statistik der württembergischen Gewerbegerichte. Von Gewerbegerichts-Berichtenden Reichle. — Literatur: Över, Kollektiver Arbeitsvertrag. — Bernhard, Accorodatbeit. — Barneyer, Entscheidungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

„Sozialer Fortschritt“, Nr. 1. Warum interessiert sich heute jedermann für Fragen der Volkswirtschaft und Socialpolitik? Von Werner Combari. — Nr. 2. Koalitionsrecht. Von R. v. Schulz. — Nr. 3. Was will die Bodenreform? Von R. Zimmermann. — Nr. 4. Kinderarbeit und Kinder-schutz. Von R. Agard. — Nr. 10. Zum Kampfe gegen den Schmutz in Dorf und Wild. Von Otto v. Veigner. Preis jedes Heftes 15 Pf., Doppelheft 30 Pf., Reihe von 10 Heften 1,20 M., Leipzig 1904. Felix Dietrich, Verlag.

„Bericht deutscher Schuhmacher“, Bericht des Vorstandes über die Geschäftsperiode 1902/1903 an die Generalversammlung in Berlin 1904. 64 Seiten. Nürnberg 1904. Adelsdorferstr. 10.

„Charlottenburger Statistik“, 16. Heft. Beiträge zur Schulstatistik in Charlottenburg. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg 1904. Kommmissionsverlag Carl Ulrich u. Co.

„Künster Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Wittenburg S. M.“ für das Jahr 1903 nebst einem Bericht über die Gewerkschaftsbewegung. 54 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

„Jean Jaurès“, Discours Parlementaires. 906 Seiten. Paris 1904. Edouard Cornély et Cie, Éditeurs. 101, Rue de Valenciennes.

„Dr. W. Giese, Vorwärts oder zurück? Beiträge zur Revision des Böhrgengesetzes.“ Preis 2 M. Berlin und Leipzig 1904. Friedrich Luchterhand.

„Bericht über den neunten internationalen Kongress gegen den Alkoholismus.“ Abgedr. in Bremen vom 14. bis 19. April 1903. Herausgeber, von Francisus Kämel. Preis 5 M. Jena 1904. Gustav Fischer.

„Ziebener Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Stuttgart“ für das Geschäftsjahr 1903. 72 Seiten. Selbstverlag der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart.

„Mitteilungen der Deutschen Oelen-Gesellschaft zu Berlin.“ Nr. 21. März 1904. 53 Seiten. Berlin, Victoriastr. 33.

Witterungsübersicht vom 6. April 1904, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, and Temperature.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. April 1904. Abger, teilweise auflockernd, jedoch sehr häufig mit Regen oder Hagelstauern und ziemlich starken nördwestlichen Winden.

Zweiter Verbandstag des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands

am 3. und 4. April in Hamburg. Es fand 27 Delegierte anwesend, außerdem zwei Vertreter des Hauptvorstandes, einer vom Ausschuss, zwei Vertreter des dänischen Schlächtereiarbeiter-Verbandes und Sabbath von der General-Kommission.

Nach dem Bericht der Hauptverwaltung greift der Organisationsgedanke zulehends um sich, wenngleich sich dem Verbande aus der unangenehmen Kollegenchaft und der Meisterpresse allerhand Hindernisse in den Weg stellen. Der Verbandsleitung entstanden durch den zweimaligen Wechsel in der Hauptkassiererstelle erhebliche Schwierigkeiten. Jene wird seit September 1903 vom Vorsitzenden mit-berwaltet. Der Agitation dienen 98 Versammlungen. Einzelne Verwaltungsstellen klagten über Mangel an Agitationskräften.

Die dänischen Gäste Hartmann und Parson überbringen die Grüße ihres Verbandes, der 90 Proz. der Fleischer Dänemarks umfaßt!

Buchdrucker!

Freitag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr,

Louis Kellers Festsälen,

Koppenstraße 29:

Allgemeine

Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ist der Kampf gegen den Gutenbergbund ein berechtigter? Referent: Kollege Albert Massini.

2. Diskussion.

Bei der großen Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir ein zahlreiches Erscheinen der Berliner Gehilfenschaft. Der Leitung des Gutenbergbundes ist durch Einberufung dieser Versammlung Gelegenheit gegeben, ihre Ansichten in der freiesten und ausgedehntesten Weise zu äußern.

Der Einberufer: Alb. Wachs.

Mit dem heutigen Tage habe ich mich in Lichtenberg, Wilhelmstrasse 76, als Arzt niedergelassen.

Dr. Schübel.

2345* Sprechstunden 8 1/2-10, 4-5.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Typographia.

Wegen der am Freitag stattfindenden Allgem. Buchdrucker-Versammlung fällt die Hebungshunde an diesem Tage aus. Näheres siehe Freitagshunde. Der Vorstand.

Das beste Husten-Mittel

sind die altbewährten, echten Spitzweigerichsft-Bonbons, nortzählich im Geschmack, sicher in der Wirkung und billig im Gebrauch. Nur allein echt zu haben bei Gustav Behm, Frankfurter Allee 120; Hixdorf, Hermannstraße 46.

Vereinigung d. Maler, Lackierer, Anstreicher.

Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Berlin und Vororte, außer Charlottenburg, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Die Anstellung der Bezirksbeamten und der Beisitzer des Provinziallages. Referent: Kollege Tobler-Hamburg. 2. Wahl von zwei Mitglieder zur Agitationskommission. Mitgliedsbuch legitimiert. 124/8

Regen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Parkettleger. Achtung!

Heute, Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten. Der Obmann.

Bildhauer!

Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I, spricht der Kunstschaffsteller

Dr. Osborn über Constantin Meunier, ein Maler u. Bildhauer der Arbeiterwelt.

Vortrag in Lichtbildern.

Die Versammlung wird pünktlich um 7 1/2 Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch, auch von Seiten der Damen, erwartet

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

Korbmacher-Gewerbes zu Berlin.

Donnerstag, 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassendbericht. 2. Bericht der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung. 3. Verschiedenes.

Von 8-8 1/2 Uhr findet ebenda die Erziehung eines Arbeitgebers zum Vorstände statt.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersucht

272/9 Der Vorstand.

S. K.: Karl Schwedler, Rauerstr. 16.

Teilzahlung.

Auf allerbequemste Art (wöchentlich nur 1 Mk.)

Herrn-, Damen-, u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen

Ringe, Kotten. 47902*

Jahre & König, Warschauerstr. 72

Künstl. Zähne

fadellose Ausführung

von 3- Mk. Plomben y 2- Mk. an.

Max Guckel, Lausitzer Platz 2.

Vorzeige eines schätz 4 Mk. Ermässigung bei Auftrag v. 20- Mk., unter 20- 2 Mk

Teilzahlung gestattet.



Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 60.

Nieder mit den Sozialdemokraten

von Wilhelm Bracke

ist (soeben in neuer Lederabteilung herausgegeben.

Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.

„Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer wirkungsvollen Agitationsbroschüren für die ländliche Bevölkerung. Bracke hat die landläufigsten Vorurteile, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Leben“, von der Zerstörung der Familie und Religion“, die auch heute noch in entlegenen Gegenden von unsern Gegnern folpostiert werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

Alle Wanzen

werden nicht Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. - N. 50 Pf. u. 1.00. - Genio Schwanen, Ruffen, Franzosen, Blattläuse u. Schilf. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00.

Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Richter-erfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstraße 11, früher Nr. 18.

Italiener Kühner

garantiert beste Lager, Brusteier hoch- oder Stammes, Brustputen verkauft

reicht F. Wegner, Berlin, Mariannenstraße 34. 88/4

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Waisenzettel, Vereinsabzeichen, Lundbänder, extra von Gemalgelichten verfertigt, liefert das Gewerkschafts-Tariff Büro, Goll, Spitalstraße 30, Lössack i. St. 21948*

Rekonstruktion mit Vereinszimmer, Grammophon, Wohnung (2 Stuben und Küche), für annehmbaren Preis sofort verkauft Heimann, Neue Hochstraße 47, Cigarrenladen. 2620*

Garbinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Beinkleider, aus feinsten Stoffen (spottbillig) täglich, zurückgelagerte Paletots, Beinkleider, Anzüge, Havelocks, Zoppen entsprechend billiger. Sonntagserverkauf. Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, I. *

Stoppdecken kauft man am besten und billigsten direkt in der Fabrik Köpenickerstraße 62, I. 1126*

Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Schladdecken, Stores, Küchertische wegen Umbau spottbillig bis Ultimo. Goldamerstraße 100, Conrad Fischer.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhofs Börse. 93/22*

Betten spottbillig Handliche Küstnerplatz 7. 21628*

Gardinen spottbillig Handliche Küstnerplatz 7. 21628*

Verfallene Pänder aller Art Handliche Küstnerplatz 7. 21628*

Bekanntmachung. Zum Umzug stelle der werten Kauf-landschaft zu aufergenöthlich spottbilligen Preisen einen großen Vollen Betten, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche sowie Aussteuerwische für Brautleute, Tischdecken, Vorhänge, Bettvorleger zum Verkauf. Nur Hand-lichhaus Weidenweg 19. 432*

Verkauf verfallener Pänder, spottbilligsten Preisen. Handliche Küstnerplatz 19. 432*

Zaunend billige Regulatoren, Avelschwinger, Spiegel, Tischuhren, Mantelständer, Brautgeschenke, nur Handliche Küstnerplatz 19. 432*

Betten, Stoppdecken, Tischdecken, Wäpche, Kleidungsstücke spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6. 85/20*

Spiegel, Silber, Piano, Möbel spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Gardinen, Stores, Vorhänge spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Kanarienhähne und Weibchen, vielfach prämiert mit Ehrendiplom und Ehrenpreis, vielen Medaillen, zur Ansicht. Krebs, Köpenickerstraße 134a. 1144

Kingschiffen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 498*

Teppiche, Vorleger, Diwanddecken spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrreifen, spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6.

Teilzahlung, Teppiche, Betten, Gardinen, Regulatoren, Remontoiruhren, Bilder, Spiegel, Möbel, Stoppdecken spottbillig Leihhaus Reanderstraße 6. 85/20*

Möbelverkauf empfehle meine Möbelstücke für Wohnungs-Einrichtungen. Moderne Küchen, Küchen- und andere Farben, Neu, billig. Teilzahlung, Garantie. Garnad, Dresdenerstraße 124. 22238*

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbel-fabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochlegante Einrichtungen bis zu 1000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit vertriehen gemessenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Nussbaum, Salons, Altkabinett, auch Baumstühle, sehr billig. Gefaltete Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausser-nacht, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach auferhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Queisenastraße 15, am Kallischen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, vertriehen ge-meine und neue Einrichtun-gen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich lie-re gebogene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-elegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat vertriehen gewesener und zurückgekehrter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kuschel-sitze, Verilios 36, Salon-garnitur, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Drogenstühl. 21778*

Diesenauswahl hochleganter Ledertanzüge, Hochseitzanzüge, Sommerpaletots, Hosen. Spottbillig. Handliche Küstnerplatz 19, rechter Aufgang. Geöffnet bis 9 Uhr. 432*

Zahlung verlaufe fünf Zimmer Möbel, noch neu, auch einzeln, spottbillig, darunter Kuschel-sitze 26,00, Spiegel 10,00, Säulentrumeau 35,00, Tischensofa, elegante Säulenschränke, Piano, Bilder, Küchenschänke, Verschönerung. Gartenstraße 85, I links, Stettiner Bahnhof. 7125*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 21748*

Teppiche mit farbenschönen Herbiniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertsitzige Mark, Invalidenstrasse 148 (Eingang Bergstraße), Taltherstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Post-fakti genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 7142*

Strickmaschinen, auch Teilzah-lungen, Brederer, Engelstraße 20. 82/9*

Vorjährige hochvermeine Herren-hosen aus feinsten Stoffen, 9-12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 21698*

Stoppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Billig verlaufe gutes Bett, Teppich, Gardinen, zwei Stoppdecken, Tisch-garnituren 105, Kuschel-stühle mit Matratzen 40, gezeichnete Büffete, Bücherstän-d, Paneele mit Sattelstühlen 85, Schreib-tisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Nussbaum, Salons, Altkabinett, auch Baumstühle, sehr billig. Gefaltete Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausser-nacht, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach auferhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Wanzentzettel am Vorortbahnhof Hixdorf! Quadratmeter 75 bis 90 flammig, keine Anzahlung; Strahlenland und Bäume gratis. Post, Köpenickerplatz 18. Hixdorf, Kleine Andreasstraße 17. 2766*

Sofa, billig, Koyhaarpolster, Schilke, Dresdenerstraße 96, IV.

Abreißbuch 1903 verlaufe 2,00, Kleinenstraße 16 (Restaurant). 2776*

Möbel, verschiedene, (Kleinmühl, Kuschelstühl, Verilios, Spiegel, Tischensofa, Vigarrenschiff, Springenstrasse 77. 2558*

Garnitur, Tischensofa, verlaufe Invalidenstrasse 126, Hof Seiten-lügel I. 88/3*

Nähmaschinen ohne Anzahlung bis 10,00 Vergütung, Postfakti. Drei-holz, Rodenbergstraße 35. 432*

Mengenwägen-Schiffrechtiger so-fort, 8,00, Brunnenstraße 100, Strabel. 88/3*

Verschiedenes.

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grinnerweg vierundneunzig. Lang-jähriger Gerichtsbeistand! Rat-berathung! Eingabengehe! Steuer-berathung! 2525*

Rechtsbureau Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozessbeistand, Geschäfts-geschäften, Strafsachen, Klimenten-sachen, Steuer-sachen, Eingabengehe, Rat-berathung. 2585*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzstraße achtzehn! Gerichtssachen, Interventionen, Strafsachen! Rechts-berathung! Eingabengehe! 139/5*

Steuerberatung 0,75! Rechts-bureau Clarastraße 96, (Koch-kalettor). 1985*

Kunstschöpferei von Frau Kolofsky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hoch-parterre. 2525*

Umpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auferm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 21738*

Handliche. Geld auf Verleihen, Resten von Teppichen. Wäpfer, Rosenstraße 35. 87/5*

Handliche, Schönhauser Allee 35, Kronleuchter-Ged. 490*

Bücher kauft, bezieht Antiquariat Kochstraße 58, I. Amt I. 8831. *

Fahrradgesch, auch bezieht, Nach-laf, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Schleier, welche sich einem zu gründenden Verein anschließen wollen, werden gebeten, sich in Hixdorf bei Galtwitz Paul Heim, Kaiser Friedrich-straße 22, melden zu wollen. 732

Rechtsbureau Liebigsstraße sechs (Frankfurter Allee). Beistand in Prozess-sachen, Strafsachen, Verträge, Eingaben. 88/6

Platin, alte Goldsachen, Silber, Gebilte, alte Uhren, Blattgold, Steig-gold, Brillanten, sämtliche Retolle kauft Goldschmelze Brod, Brangel-straße 4. 88/5*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Verein getrocknet, großer Bezug 0,15, Salen, Leibwische 0,10. Ab-holung Sonnabends. Emil Pantath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40.

Rechtsbureau (früherer Gerichts-beamter) Schulstraße 2. 7115*

Vermietungen.

Wohnung, 3 Stuben, Küche, Zubehör (auch für Konfektions-schneider passend) sofort zu vermieten Capri-straße 11. 2806

Möblierte Schlafstelle Witte

Golze, Rantenschiffstraße 25, vorn III.

Zimmer.

Sommerfrühjahr. Direkt am Balde und Boffer freundliches Zimmer, leer oder möbliert, Ballon-bemalung, herrliche Aussicht, preis-wert, eventuell Pension. Frau Haase, Jhmstraße 4, Ober-Schöneeweide. 2666

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Suche Arbeit, Kleider und Wäpche ausbessern, in und aufer dem